Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1948

30 (23.7.1948)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ÉCONOMIE CONTINENTALE · CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

Nr. 30 / 3. Jahrgang Lis.-Nr. 121 DG AA/Inf./Pr. Konstanz/Bodensee, den 23. Juli 1948 Ausg. D Preis —.50 Deutsche Mark

Spannungen oder Konstruktionsfehler?

Das neue Geldvolumen — Im Hintergrund: Der Lastenausgleich — Restkaufgelder sind Reichsmarkschulden
Beteiligung statt Anleihen — Kurssprünge an den deutschen Börsen — Gekoppelte Verträge nach der Reform
Exportabrechnung in D-Mark — Neue Substanzverluste? — Wir antworten

Ein besonders großer Teil der Anfragen, die uns in den letzten Tagen erreichten, bezogen sich auf die Regelung der Zahlungen aus dem Verkehr mit dem Ausland. Wie werden die Exporte abgerechnet? Wie müssen Importe bezahlt werden?

Zugrunde liegt der § 18 Ziffer 2 des 3. Währungsgesetzes, über dessen Auslegung im innerdeutschen Verkehr wir bereits mehrfach berichteten. Auf dem Gebiete der Abrechnung mit dem Auslande ist aber heute bereits eine größere Klarheit zu erkennen, zumal da die Abrechnung durch e i n e Hand geht.

Abrechnung der Exporte

Beginnen wir mit dem Export. Als Grundsatz gilt, daß alle Ausfuhrlieferungen und Ausfuhrleistungen, deren Bezahlung in Devisen v o r dem 21. Juni auf einem Konto der Militärregierungen erfolgt ist, mit 10% der Reichsmarkforderungen des Exporteurs in D-Mark bezahlt werden. Dabei spielt der Zeitpunkt der Warenlieferung keine Rolle. Erfolgt die Devisengutschrift n a c h dem 20. Juni, so wird Zahlung in voller Höhe in D-Mark geleistet, auch wenn die Warenlieferung vor dem 21. Juni 1948 durchgeführt wurde. Auch für die Bestimmung des Zeitpunkts der Zahlung läßt sich eine einheitliche Auffassung langsam erkennen: Maßgebend für die Außenhandelsbanken ist das Datum des ausländischen Bankavises.

Im einzelnen haben sich gewisse Milderungsgrundsätze durchgesetzt, die sich etwa wie folgt skizzieren lassen: Nehmen wir einmal an, ein Exporteur hat bisher noch keine Reichsmarkzahlung erhalten, aber 1. für die Bearbeitung des Exportauftrages nach der Währungsreform Aufwendungen in D-Mark gehabt, und 2. sind auf den Auftrag bereits Devisenvorauszahlungen geleistet worden. Dann sieht die Abrechnung folgendermaßen aus: Nur d e r Teil der Devisenvorauszahlung wird in voller Höhe in D-Mark bezahlt, der nach dem Stand der Fertigung am 20. Juni auf die noch zu leistenden Arbeiten entfällt; für den Rest aber erfolgt Zahlung mit 10% der Reichsmarkforderung in D-Mark. Selbstverständlich müssen die Exporteure, um diese Abrechnung überprüfen lassen zu können, die Unterlagen zum Nachweis dieser Verteilung der Kosten vor und nach der Reform bei allen Aufträgen beifügen, die über diesen Termin hinausgelaufen sind. (Es sei hier eingeschaltet, daß diese Art der Abrechnung im Exportgeschäft deutlich die amtliche Auslegung des § 18 Ziffer 2 erkennen läßt. Wir stellen fest, daß diese Auslegung sich vollständig mit der deckt, die wir in den letzten Ausgaben immer gegeben haben, als wir die Abrechnung im innerdeutschen Warenverkehr beschrieben, die sich für Lieferungen über den 20. Juni hinweg aus dem Gesetz ergeben. Wir schalten diese Feststellung hier ein, weil die Richtigkeit unserer Auslegung hier und da angezweifelt wurde.)

Es bedarf des ausdrücklichen Hinweises, daß für diese Art der Exportabrechnungen zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen. 1. Der Nachweis tatsächlicher Aufwendungen in D-Mark und 2. eine Devisenvorauszahlung auf den Auftrag. Fehlt eine dieser Voraussetzungen oder beide, dann gilt die Abrechnung, die wir zuerst skizzierten.

Eine weitere Frage ist inzwischen ebenfalls geklärt worden. Bis zum 20. Juni war es so, daß die deutschen Exporteure grundsätzlich den günstigeren Preis in RM erhielten. Lag nämlich der nach Umrechnung über den Dollar erzielte Exportpreis in RM niedriger als der Stoppreis, dann bekam der Exporteur den Stoppreis. Lag der erzielte Exportpreis nach Umrechnung höher als der Stoppreis, so bekam er den erzielten Preis. Das ist jetzt anders geworden. Weil die gesetzlichen Preisregelungen auf vielen Gebieten inzwischen aufgehoben wurden, wird nunmehr nur der tatsächlich erzielte Preis gezahlt. Dabei bleibt es bei der Umrechnung: 0,30 USA-Dollar = 1 D-Mark. Nach unseren Informationen wird über die Regel von sich etwa ergebenden Differenzbeträgen noch verhandelt. Sobald eine neue Regelung vorliegt, werden wir, wie üblich, unsere Leser sofort unterrichten. Bis dahin muß nach dem Prinzip abgerechnet werden, das wir dargestellt haben.

Bei den D i e n s t l e i s t u n g s e x p o r t e n gilt allgemein die Abrechnung: 0,30 USA-Dollar = 1 D-Mark, also in der Binnenschiffahrt, bei den Taxis und den Bunkerkohlenlieferungen. Bei den Dienstleistungsexporten der Export Payements Certificates geben den Außenhandelsbanken bekanntlich keine Zahlungsavise zu, deshalb muß, solange die Außenhandelsbanken den Deviseneinzug in diesen Fällen nicht besorgen, von den zuständigen Dienststellen der Besatzung Betrag und Zeitpunkt der erfolgten Devisenzahlung von nun an auf den Ausfuhrzahlungsbescheinigungen angegeben werden.

Abrechnung der Importe

Gehen wir nun zu der Abrechnung der Importe über, so gilt hier generell, daß die Bezahlung in voller Höhe in D-Mark zu erfolgen hat. Nur in den, allerdings seltenen, Fällen, in denen die Devisenzahlung v o r dem 21. Juni erfolgt ist, wird die Außenhandelskasse den zuviel bezahlten D-Markbetrag, und zwar 9/10 zurückvergüten. Nun gibt es Einfuhren, für die eine Devisenzahlung zur Zeit nicht zu leisten ist, etwa die Lieferungen aus dem Marshall-Plan oder die Abgaben aus militärischen Lägern der Besatzungsmacht usw. Bei diesen Einkäufen ist der Zeitpunkt der Warenlieferung entscheidend.

Auch hier wollen wir auf die Einzelheiten eingehen: Wann sind RM-Zahlungen für Importe von schuldbefreiender Wirkung? Die Antwort ist klar: Wenn ein Importeur v o r dem 21. Juni

Fortsetzung auf Seite 2

Neue Banken, neue Bankbilanzen

In den vier Wochen nach dem Tage X haben sich Entwicklungen gezeigt, die nicht vorhergesehen waren. Die Banken sind, wie wir in der vorigen Ausgabe an dieser Stelle berichteten, liquider als erwartet und erwünscht. Die Kreditkontrolle ist den Landeszentralbanken völlig entglitten, es läuft bereits viel mehr Geld um, als man mancherorts wünscht, und vor allem sind gerade die Teile der Wirtschaft liquide, sogar schon überliquide, bei denen man es nicht wünschen konnte, und manche Teile illiquide, denen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eine Liquidität zugebilligt werden müßte. Es ist auch nicht so, daß Betriebe, die hohe Reichsmarkbankguthaben hatten, immer nur die braven waren, und die mit geringen Reichsmarkguthaben die bösen mit den gehorteten Waren. Ein solcher Aspekt ist nicht nüchtern, sondern durch die Sentimentalbrille bedingt. Sieht man sich in der Praxis um, dann sind sehr häufig die Betriebe mit den hohen Bankguthaben auch die Betriebe mit den großen Warenlägern und gerade auch manche Betriebe mit geringen Bankguthaben ohne nennenswerte Vorräte. Aus der wirtschaftlichen Involvierung hat sich sowohl das eine wie das andere ergeben. Das ist praktische Erfahrung und keine Lehrbuchweisheit, mit doktrinärer Brille gesehen. Der Konstruktionsfehler der Währungsreform zeigt sich hier am deutlichsten, aber er ist nun nicht mehr zu reparieren. Es wäre viel besser gewesen, vom Standpunkt Null auszugehen, als von den gegebenen Bankguthaben. Da man sich aber zu diesem Standpunkt nicht hatte durchringen können, hätte man die Währungsreform überhaupt nicht machen sollen. Das ist heute nach 4 Wochen bereits die Ansicht maßgebender Finanzleute.

Wir schleppen so alte Gegebenheiten, die aus einer Wirtschaft stammen, die deutlich Zeichen einer Krankheit hatte, mit uns mit, und halten sie in einer ziemlich starken Aktivität sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite. Diese Bemerkungen mußten vorangestellt werden, wenn wir nun an die Darstellung der neuen Bankbilanzen herangehen. Sie werden, wenn sie einmal veröffentlicht werden — vielleicht zum erstenmal in zwei Monaten — deutlich diese Zeichen widerspiegeln. Es mag gut sein, daß wir noch auf die erste veröffentlichte Bankbilanz warten müssen, um nicht zu schnell den Leuten Wasser auf die Mühle zu geben, die heute schon infolge der verhältnismäßig großen Notenmenge, die ihnen entgegentritt, immer weniger Neigung zeigen, Geld entgegen zu nehmen — z. B. die Bauern. Vielleicht fühlen diese Menschen das, was wir als Erkenntnis dieser 4 Wochen, wirtschaftlich formuliert, nennen können: Das neue Geld fließt stark in Kanälen, die früher nur wenig Umlaufsmittel hatten, und infolgedessen im gesamten Kreditgebäude keine Rolle spielten und fließt unnatürlich dünn in den sonst stark mit Geld bewährten Kanälen.

Gehen wir nun auf die Struktur der kommenden Bankbilanzen ein, über die wir in unserer Nummer 26 bereits kurze Hinweise machten. Es sei dabei betont, daß diese Bilanzen bereits gemacht werden, nur noch nicht zur Veröffentlichung gelangen, denn auch heute schon müssen die Bankbilanzen ausgeglichen sein. Wir gaben unseren Lesern bereits Kenntnis davon, daß diese Bilanzen von der Passivseite aufgezogen werden. Die gesetzliche Unterlage findet sich in den § 10 bis 12 des 3. Währungsgesetzes und in der 2. Durchführungsverordnung. Dabei kommen praktisch nur 3 Positionen in Frage. Die erste ist die wichtigste: Die Kreditoren. Sie ergeben sich aus den alten Reichsmarkkreditoren, die auf DM umgestellt sind. (Und weil diese Umstellung noch eine Weile in Anspruch nehmen wird, können die Bilanzen vorläufig nicht veröffentlicht werden.) Dazu kommen Verbindlichkeiten, die auf fremde Währung lauten; sie sind zu den Werten anzusetzen, die für die am 21. Juni 1948 aufzustellende steuerliche Eröffnungsbilanz anzusetzen sind. Selbstverständlich treten später auch die neuen Einlagen in DM dazu, jedoch noch nicht für die 1. Umstellungsrechnung. Der 2. Posten ist zwar im § 4 der Durchführungsverordnung nicht erwähnt, dürfte aber im Ansatz zu bringen sein: Hypotheken, umgewertet 10 zu 1. Der 3. Posten betrifft das Eigenkapital und die Rückstellungen. Über die Rückstellungen sind die Angaben in der Verordnung so gefaßt, daß man heute noch kaum sagen kann, wie sie einmal zu errechnen sind, denn sie werden nach Grundsätzen ausgerechnet, die wohl erst festgelegt werden müssen. Für das Eigenkapital sind dagegen genaue Vorschriften bereits erlassen: Als vorläufiges Eigenkapital werden 5 DM für je 100 DM der Kreditoren angesetzt. Jedoch dürfen alle Geldinstitute mit Ausnahme der früheren 3 Großbanken, ihr Eigenkapital mit 10 DM für je 100 RM ihres früheren Kapitals ansetzen, wenn dabei ein größerer Betrag herauskommt. Diese Milderung hat für die kleineren Privatbanken einen großen Vorteil. Durch eine solche Vergrößerung ihres Eigenkapitals, das dann aber auch einmal wieder Dividende geben muß, erhöht sich auch infolge der noch zu erwähnenden Auffüllungsmethode auf der Aktivseite automatisch ihr Anspruch auf Ausgleichsforderungen. Darin liegt eine ganz besondere Stützung der kleineren Banken; denn diese Ausgleichsforderungen sind beleihbar und auch verkäuflich. Allerdings wird bis dahin noch eine gewisse Zeit vergehen. Gelegentlich schon aufgetretene Wünsche auf solche Beleihungen mußten zunächst zurückgestellt werden. Immerhin ist diese Beleihbarkeit ausdrücklich in der Durchführungsverordnung nicht an die Eintragung in ein Schuldbuch gebunden, sondern sie sind Buchforderungen (§ 11 der Bankenverordnung).

Kommen wir nun auf die Aktivseite. Da die Reichsmarkguthaben der Banken voll erloschen sind, mußten die Banken neu mit Debitoren versehen werden. Zu diesem Zweck gab man ihnen zunächst mit § 3 der 1. Durchführungsverordnung 1½% ihrer alten RM-Kreditoren. Das war sozusagen das Kopfgeld für die Banken. Inzwischen wurde dann die Gutschrift errechnet, die sich aus dem § 10 des 3. Währungsgesetzes ergab: Für je 100 DM, die sich aus der Umwertung der alten RM-Kreditoren ergab, werden ihnen 15 DM, soweit es sich um tägliches Geld und 7,50 DM, soweit es sich um Spareinlagen oder befristete Einlagen handelt, zugeschrieben. Auf diesen Betrag wird das erwähnte „Kopfgeld" angerechnet. So sind die ersten Debitoren für die Banken entstanden, die auch in der Umstellungsbilanz erscheinen werden. Dazu kommen die üblichen anderen Aktiven wie Gebäude, Geschäftseinrichtung usw. Der Saldo wird mit der schon erwähnten Ausgleichsforderung aufgefüllt. Die Errechnung dieser Ausgleichsforderung bleibt auch, weil sie für den Um-

Fortsetzung auf Seite 2

August-Thyssen-Hütte — exterritorial?

Von deutscher Seite wurde dem amerikanischen Stahlausschuß, der sich augenblicklich in Düsseldorf befindet und im Auftrage des amerikanischen Kongresses ein Exposé über die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ausarbeitet, vorgeschlagen, die August-Thyssen-Hütte in Hamborn zu einem exterritorialen Gebiet zu machen. Das Werk stellt die modernste Hochofenanlage Europas dar und sollte mit hohem Kostenaufwand im Rahmen der Demontageaktion abgebrochen werden. Die deutschen Vorschläge gehen dahin, die Anlagen an ihrem jetzigen Ort zu lassen und für ausländische Rechnung voll in Betrieb zu nehmen. Die Lieferung von hochwertigem ausländischem Erz ist von den Amerikanern zugesichert worden. Sämtliche Walzwerkerzeugnisse der Hamborner Anlage sollen dafür für den Export in die Marshallplan-Länder bereitgestellt werden und die finanziellen Überschüsse sollen weiter diesen Staaten zur Verfügung stehen.

Zur Frage der K a p i t a l i n v e s t i t i o n in der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie schätzt man von deutscher Seite, daß bis 1951, dem Jahre, in welchem die im Industrieplan festgelegte Quote von 10,7 Mill. t Stahl zum erstenmal erreicht werden soll, rund 500 Mill. D-Mark für Aufbauwerke notwendig seien. Diese Mittel könnten unmöglich von deutscher Seite aufgebracht werden, a u s l ä n d i s c h e Kapitalbeteiligungen seien deshalb wünschenswert und notwendig.

400 000 t luxemburgische Minette für Westdeutschland

Für das laufende Jahr sind bisher 400 000 t luxemburgische Minette von der JEIA für Westdeutschland angekauft worden. Ein großer Teil der Erze konnte bereits in das Ruhrgebiet transportiert werden. Die Juni- und Julilieferungen liegen durchschnittlich bei je 40 000 t. Zur Zeit wird über den Ankauf weiterer 100 000 t Eisenerze aus Luxemburg für Westdeutschland verhandelt. Durch die Wiedereinschaltung Deutschlands als Abnehmer dürfte sich die luxemburgische Eisenerzkrise, die in den letzten Jahren die gesamte Wirtschaft des Großherzogtums bedrohte, mildern.

*

Die Eisenerzförderung hat sich in der Doppelzone im Juni auf 317 000 t gegenüber 468 000 t im Mai erhöht.

Walzwerk wieder in Betrieb gesetzt

Die Warmwalzbetriebe des Dortmund-Hörder-Hüttenvereins in Dortmund, die seit Oktober 1946 stillagen, sind Anfang der Woche wieder angelaufen. Zunächst sind zwei Walzwerk-Öfen und zwei Martin-Öfen unter Feuer genommen worden. Über die Demontage der Breitbandwalzstraße ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden.

Oxo-Anlage bleibt

Düsseldorf. Die Ruhrchemie AG. hat von der britischen Militärregierung die Mitteilung erhalten, daß die Hälfte der Oxo-Anlage bestehen bleiben kann, weil das Demontage-Austauschangebot der Toluo-Anlage der Ruhr Benzin GmbH. angenommen wurde. Die Oxo-Anlage gewinnt im Zusammenhang mit dem Anlaufen des Fischer-Tropsch-Verfahrens an Bedeutung und kann zur Verbesserung der Seifen- und Waschmittelproduktion beitragen. Im Oxo-Verfahren können sonst nicht brauchbare Dieselölfraktionen aus dem Fischer-Tropsch-Verfahren für die Waschmittelgewinnung nutzbar gemacht werden. Die angestellten Versuche sind erstmals 1947 fruchtbar gewesen, und die Oxo-Anlage ist daher fabrikreif. Die Anlage kann monatlich 200 t Seife bzw. Waschmittel erzeugen, sofern genügend Fettstoffe zur Verfügung stehen.

Reorganisation der Borsigwerke Tegel

Berlin. Die französische Militärregierung hat erlaubt, daß die Arbeiter und Angestellten der Borsig-Werke in Tegel die „Genossenschaft Alte Tegeler Maschinen-, Kessel- und Apparatebauer" bilden. Die Genossenschaft wird die Produktion bei den alten Borsigwerken reorganisieren. Sie beschäftigt gegenwärtig 440 Personen.

Preiserhöhung für Kohle beantragt

Von unseren Korrespondenten im Ruhrgebiet

Wie wir erfahren, ist eine Preiserhöhung für Kohle beantragt worden. Von der Bergbauseite her hat sie sich als notwendig erwiesen, weil neue kostenverteuernde Faktoren ausgeglichen werden müssen. Zu ihnen gehören die Lohnaufstockung für die Bergarbeiter, die Verteuerung des Grubenholzes und die Übernahme der Finanzierung für den Bergarbeiterwohnungsbau. Vom Standpunkt des Haushaltes der Doppelzone aus ist es erforderlich, endlich von den Subventionen loszukommen, die im neuen Etat mit 200 Mill. DM angesetzt waren.

Zu der seit langem angestrebten und gelegentlich der letzten Preiserhöhung noch nicht erreichten Preisbereinigung benötigt der Bergbau einen Ausgleich von 10 DM je Tonne, der durch eine Preiserhöhung um 7,50 DM und eine Beteiligung am Exporterlös der Kohle mit 2,50 DM je Tonne erzielt werden soll. Der Durchschnittspreis für den Verbraucher erhöht sich infolgedessen von bisher 25 DM auf 32,50 DM, wobei zu bemerken ist, daß der Preis für die meisten Sorten, die vom Großverbraucher und vom Hausbrand benötigt werden, nicht unerheblich höher liegt.

Diese Preiserhöhung muß sich zwangsläufig auf die Eisen schaffende Industrie und von dort über die Verarbeitung auf den letzten Verbraucher auswirken. In welchem Ausmaße das der Fall sein wird, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß man im Durchschnitt etwa 3,50 DM Erhöhung je Tonne Endprodukt (Walzwerksfertigerzeugnis) rechnen muß für jede Mark Kohlenpreiserhöhung. Mit dieser Frage wird sich die Eisenindustrie unverzüglich zu befassen haben, sobald der neue Kohlenpreis endgültig feststeht.

Zunächst allerdings wartet die Eisen schaffende Industrie noch auf den Ausgleich für die Verteuerung der Auslandserze, die durch die Regulierung über die Parität 1 DM gleich 30 Dollarcents eingetreten ist. Diese Erhöhung dürfte aber beträchtlich unter 10 % für das Endprodukt liegen.

Für die Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingen wird, in den Schlüsselindustrien auf Grund wesentlicher Produktionssteigerungen fühlbare Kostensenkungen zu erzielen. Die Verbesserung der Produktionsergebnisse ist aber nicht allein durch die vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft und der technischen Kapazitäten zu erwarten, sie setzt vielmehr sowohl im Bergbau wie in der Eisenindustrie umfassende Reparaturen der Kriegsschäden, großzügigen Ausbau aller betriebstechnischen Einrichtungen und die Heranziehung aller technischen Erfahrungen des Auslandes voraus. Ein derartiges Ausbauprogramm, das allein die Erreichung der im revidierten Industrieplan zugestandenen 10,7 Mill.-Tonnen-Stahlproduktion gewährleisten dürfte, kann aber schwerlich von der Industrie selbst oder von der eigenen Volkswirtschaft finanziert werden. Dafür sind enorme Investitionskredite erforderlich, die auf dem deutschen Kreditmarkt in absehbarer Zeit nicht greifbar sein werden.

*

Düsseldorf. Nach einem Bericht der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf dürfte in der nächsten Zeit mit allgemeinen Preissteigerungen zu rechnen sein. Begründet wird diese Ansicht damit, daß sich die Preiserhöhungen wichtiger Grundstoffe (Eisen und Stahl) noch nicht überall ausgewirkt haben und die Preise für eingeführte Rohstoffe auf dem Weltmarkt wesentlich höher sind als die bisher im Inland geltenden Stoppreise. Außerdem müßten sich auch die bereits genehmigten Lohnerhöhungen, die wahrscheinlich bevorstehende Erhöhung der Eisenbahngütertarife und die hohen Bankzinsen preissteigernd auswirken. Die bisher größte Preiserhöhung sei in der Schuhindustrie festzustellen. Der Einzelhandel rechnet innerhalb der nächsten drei Wochen mit einem Ansteigen der Schuhpreise bis zu 30 Prozent.

Neuer Geldschleier

Endlich können wir unter den Schleier schauen: wir wissen nun in welchen neuen Geldschleier Westdeutschland eingehüllt ist. Die Länderbank hat, wenn auch nicht ihren ersten Ausweis, so immerhin eine statistische Erhebung veröffentlicht, aus der sich der Noten- und Giralgeldumlauf ergibt.

Beginnen wir bei der alten Reichsmark. Von ihr wurden 13,3 Mrd. in Noten abgeliefert, an RM-Forderungen sind rd. 110 Mrd. angemeldet worden. Diese beiden Zahlen sind nicht einfach addierbar, es ist zu berücksichtigen, daß 8,8 Mrd. RM in Noten bei den Banken eingeliefert wurden, so daß die RM-Verbindlichkeiten der Geldinstitute, die auf DM umzustellen sind, fast 119 Mrd. RM betragen.

An neuen DM-Noten wurden den Landeszentralbanken 7,5 Mrd. zur Verfügung gestellt, von denen 60%, also 4,5 Mrd. verfügbar sein sollen. Diese Notenmenge ist bis jetzt noch nicht ausgegeben worden. Die höchste, bis jetzt in Umlauf gewesene Notenmenge dürfte bei 3,4 Mrd. DM liegen, aber infolge der starken Rückflüsse ist dieser Höchstbetrag bisher nicht wieder erreicht worden. Heute liegt der Notenumlauf bei kaum 3 Mrd. Kommen wir nun zum Giralgeld, dann fällt sowieso der größte Posten am meisten auf, ganz besonders darum, weil er der öffentlichen Hand zugekommen ist. Am 30. Juni ist dieser ein Betrag von 2,25 Mrd. DM als Erstausstattung zur Verfügung gestellt worden, wozu noch Beträge an die Eisenbahn und Post hinzukommen. Wenn auch von diesem Betrag bisher nur etwa 25% in Anspruch genommen worden sind, erscheint doch allein die Höhe der Dotation enorm, wenn man bedenkt, daß die Geschäftsbeträge für die gesamte deutsche Wirtschaft nur 500 Mill. DM ausmachten. Der öffentlichen Hand hat man also von vorneherein das fünffache des Betrages bereitwillig zur Verfügung gestellt, den man der privaten Wirtschaft als erstes zubilligte! Das ist so ungeheuerlich, daß uns jedes Verständnis dafür fehlt. Verfolgt man diese Spur nun weiter und beziehen wir dabei die in DM umgewandelten alten RM-Forderungen ein, dann ergibt sich folgende Relation: Die erwähnten 118 Mrd. RM sind nunmehr auf 11,8 Mrd. DM umgestellt; nach Abzug des Kopfbetrages verbleibt ein neues Buchgeld von etwa 9 Mrd. DM; davon kommt gut die Hälfte auf Spareinlagen. Da wiederum nur die Hälfte freigegeben ist, stehen im Höchstfall 2,25 Mrd. DM der Wirtschaft zur Verfügung. Also auch jetzt noch sind die Finanzmittel aller deutschen Betriebe geringer als die der öffentlichen Hand. Damit ist eine Strukturverschiebung in der deutschen Wirtschaft konstituiert, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Wollte man mit dieser Finanzgebarung präjudizieren, daß mehr als die Hälfte des Finanzvolumens Deutschlands in der öffentlichen Hand liegt?

Gehen wir nun in die Einzelheiten: Die Auszahlung der Kopfquote erforderte 1,9 Mrd. DM in Noten. Dazu kommen die in den ersten 2 Wochen von den Geldinstituten ausgezahlten 10,7

In dieser Nummer:

Erwartungen aus der Zonenvereinigung
Russen wollen Berlin versorgen
Rekord-Stahlproduktion in USA
Frankreichs Agrar-Fortschritte
Beschwichtigungsversuche im Ostblock
Höhere Steuererträge in der Schweiz
Die Bilanzen der Entflechtung
Steigende Kautschukproduktion
Bedenkliche Kursentwicklung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Mrd. von denen 0,33 inzwischen wieder eingezahlt sind. Das gäbe einen Geldumlauf von rd. 2,8 Mrd. Dazu kommt das Bankgeldvolumen, also das Giralgeld: 2,5 Mrd. an die öffentliche Hand, 0,8 an die Militärregierungen und 0,3 als Geschäftsbeträge, das wären 3,6 Mrd. von denen 0,7 bereits wieder zurückgekehrt sind, so daß zu den oben errechneten 2,6 Mrd. Notenumlauf ein Giralgeldvolumen von 3,1 Mrd. hinzukommt. Das sind 5,7 Mrd. Nun kommt endlich das Giralgeld der privaten Wirtschaft, also die im Anfang dieses Aufsatzes errechneten 9 Mrd. aus der Umrechnung der alten RM-Guthaben. Davon sind bisher bekanntlich nur die Hälfte, also 4,5 Mrd. disponibel. Zwei Drittel davon, also rd. 3 Mrd. sind teils in Notenform, teils für Überweisungen verwandt worden. Was in Notenform hier abgezogen wurde, scheint fast vollständig wieder zurückgeflossen zu sein.

Wir deuteten in dem ausführlichen Artikel unserer vorigen Ausgabe „Liquidität am falschen Platz" bereits an, daß die Banken erstaunlich liquide sind und die Landeszentralbanken kaum mehr zum Rediskont herangezogen werden. Inzwischen werden weitere Daten zu dieser Entwicklung bekannt. Man schätzt die Inanspruchnahme der Landeszentralbanken auf nicht einmal 300 Mill. DM, dabei hatte man ursprünglich mit Krediten bis zu 2 Mrd. gerechnet. Aus der Verschiedenheit der Kreditbeanspruchung in den einzelnen Gegenden Deutschlands ergibt sich bereits jetzt eine sehr gewichtige Erkenntnis. Stellen wir zunächst einmal fest, daß die stärksten Kreditbeanspruchungen in Düsseldorf, wo es zeitweilig zu Schwierigkeiten kam, und in Hamburg anzutreffen waren, dagegen in Frankfurt und in Süddeutschland sehr geringe. Man konnte Wechsel des Düsseldorfer Raums in Frankfurt und anderweitig plazieren! Aus dieser zunächst nur mit lokalem Kolorit versehenen Erfahrung ergibt sich, daß die konsumnahe Wirtschaft eine gewisse Überversorgung, die konsumferne Wirtschaft dagegen eine Unterversorgung mit Geld zu verzeichnen hat. Das Über-einen-Leist-schlagen hat sich also wieder wie so oft in wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen als wirtschaftsfeindlich erwiesen. Es wird allerdings möglich sein, und ist auch wahrscheinlich, daß diese Disproportionalität bald ausgeglichen wird.

Zur Zeit läßt sich das gesamte Geldvolumen der drei Westzonen etwa wie folgt errechnen: Aus Rückfluß und Nichtabhebung dürfte neues Buchgeld in Höhe von 3,5 Mrd. entstanden sein (davon 1,4 Mrd. der öffentlichen Hand und 300 Mill. der Besatzungsbehörden). Dazu kämen die oben errechneten 3,1 Mrd. an Buchgeld und die erwähnten 9 Mrd. aus Umwertung, so daß rd. 15 Mrd. Buchgeld heute auf den Konten stehen. Die Hälfte der erwähnten 9 Mrd. also die berühmten zweiten 5% werden nach Lage der Dinge wohl nie mehr zur Verfügung gestellt werden. Nur die Kopfquote von 20 DM wird noch ausbezahlt werden. Allerdings hat es auch damit scheinbar noch keine Eile. Nach unsern Informationen werden diese 4,5 Mrd. auf Festkonto verbucht. Allerdings ist beabsichtigt, einen Teil dieses Betrages einer neu zu gründenden Aufbaubank zur Verfügung zu stellen, die nach gewissen Richtlinien darüber verfügen kann.

Die Lage des Geldmarktes scheint diese Zurückhaltung zu rechtfertigen. Man darf aber nicht vergessen, daß in dem Nichtabheben von etwa einem Drittel des zur Verfügung gestellten Giralgeldes und in der geringen Inanspruchnahme der Kredite sehr gefährliche Zeichen zu sehen sind. Man könnte z. B. daran denken, daß sich diese Einstellung aus einer gewissen Mutlosigkeit der Wirtschaft ergibt: Man will sich nicht engagieren (das scheint uns auch der wesentliche Grund für die geringe Wechselhingabe zu sein) oder: Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Das Gespenst des Lastenausgleichs geht um (mit 50%iger Belastung des Sachwertbesitzes und Wegsteuerung des seit 1939 erfolgten Vermögenszuwachses) und lähmt schon jetzt die Initiative und die Freude am Produktionserfolg; schließlich hören wir auch gelegentlich schon den Hinweis, daß Möglichkeiten einer Initiative noch nicht gegeben seien, weil es an Rohstoffen fehle. Diesem Argument widerspricht nun eine Feststellung, die Prof. Erhard machte, daß seit der Währungsreform die Produktion in der Doppelzone um 20 bis 30% zugenommen habe. Wir wollen ihm diese Feststellung zunächst einmal glauben; in kurzer Zeit werden wir feststellen können, ob der Handel seine Läger ergänzen konnte. Der Hauptgrund aber scheint uns in der vielleicht beabsichtigten Struktur der Währungsreform zu liegen: Die Produktionsmittelindustrie und die Bauwirtschaft werden nicht mit Geldmitteln oder Krediten bedacht. Stände man auf dem Standpunkt der früher gültigen Konjunkturtheorie, so müßte man von vorneherein daran zweifeln, daß sich die deutsche Wirtschaft wieder beleben könne, denn nach Auffassung dieser Theorie beginnt jeder Aufstieg mit der Belebung in den Investitionsgüterindustrien. Die Überbetonung des Konsums scheint uns auch daraus hervorzugehen, daß man jetzt schon wieder daran denkt, die Kredit-Finanzierung in größerem Stil wieder aufzuziehen. (Opel beginnt bereits die Abzahlungsfinanzierung für Autos.)

Wir sind der Ansicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann, weil wir die erwähnte Konjunkturtheorie für nicht mehr gültig halten. Aus der Tendenz, die sich die deutsche Wirtschaft geben wird, wird das Schwergewicht in der Konsumnähe liegen und nicht mehr in der Konsumferne. Überspitzt formuliert, könnten wir sagen: Die konsumnahe Produktion für den Inlandsmarkt und die konsumferne Produktion für den Export. Dahin tendiert die deutsche Wirtschaft. Das ist ein erreichbares Ziel. Dahin haben wir zu streben.

Wenn wir uns heute dafür entschieden haben, so erhält die Beteiligung des ausländischen Kapitals an unserer Wirtschaft eine ganz andere Färbung. Weil die deutsche Wirtschaft anders wird, können ausländische Finanzkredite nicht mehr das erreichen, was sie schon einmal bewirkt haben, sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite: Die ausländischen Kredite ermöglichten seinerzeit den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, aber eben nur im Wesentlichen den der konsumfernen Produktion. Das war damals eine Wirkung nach der guten Seite hin. Die negative Hauptwirkung zeichnete sich im Jahre 1931 ab. Es gibt wohl Fehler, die man immer wieder macht, aber hier besteht nicht einmal mehr die Versuchung, einen solchen Fehler zu wiederholen, denn heute tendiert die deutsche Wirtschaft anders als nach dem ersten Weltkrieg. Wenn also ausländische Finanzkredite nicht wünschenswert erscheinen, so ist doch die ausländische Beteiligung an deutschen Unternehmungen heute die Form der Interessennahme des Auslandes an der deutschen Wirtschaft. Inzwischen ist ja jedem in Deutschland bekanntgeworden, daß das ausländische Kapital an uns Interesse nimmt. Die amerikanische Stahlkommission, die im Ruhrgebiet weilt, hat etwas durchblicken lassen, für die Reichswerke in Watenstedt besteht Beteiligungsinteresse, und an einigen Werken der früheren IG-Farben. Es sind aber nicht nur Finanzkreise der USA sondern auch Frankreichs, die sich bereits stärker an deutschen Firmen inzwischen beteiligt haben. Auch hier ist ein IG-Werk im Gerede, neben einigen anderen Fabriken. Die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit ist unterschiedlich. Eine gewisse Beruhigung und Befriedigung auf der einen Seite, eine Beunruhigung mit Landtagsdebatten auf der anderen Seite. Wie es überhaupt falsch ist, die Wirtschaft mit Sentiments zu machen, sollte man auch hier rein wirtschaftliche Überlegungen an die Spitze stellen. Gerade wenn man von dem oben aufgestellten Grundsatz ausgeht, ist es zweckmäßig, das Ausland an den Werken zu beteiligen, die im wesentlichen für den Export aus Deutschland arbeiten. Damit ist eine gewisse Sicherung der Ausfuhr gegeben. Es gibt keine moderne Wirtschaft, vor allem in Europa mehr, die ohne Auslandsbeteiligung an ihrer Industrie ist. Wir waren es mit Deutschland auch vor diesem Kriege nicht. Ob wir an Majoritäten wie Opel und Eschweiler Berg oder an große Minoritäten, wie bei der AEG denken, oder ob wir an Bemberg erinnern. Das war früher wohl mehr zufällig, heute aber könnte man eine gewisse Linie hineinbringen. Und darauf allein scheint es uns anzukommen.

Wir können nicht vom Export sprechen, ohne an die Preisbildung zu denken. Was wir jetzt an Preisen feststellen liegt im Durchschnitt über doppelt so hoch wie vor dem Krieg, in Exportartikeln meist weit höher. Allein mit dem von der deutschen Wirtschaft erbetenen Mittel, dem Umrechnungskurs auf mindestens 4 DM für 1 Dollar im Export festzusetzen, kommen wir dem Übel nicht bei. Unter diesem Aspekt bedeutet eine Konsumfinanzierung im Innern sogar eine gewisse Gefahr: Man ermöglicht nämlich den Preisen, auf ihrer Höhe zu bleiben. Durch die Knapphaltung mit Noten fördert man den Bedarf nach Finanzierungsmitteln. Es kann ein gefährlicher Weg sein. Dagegen spricht nur, daß Deflationsmaßnahmen im Augenblick mindestens ebenso gefährlich sind, vor allem wegen des drohenden Lastenausgleichs. So wie diese Lastenausgleichsdrohung bereits ihren Anteil an der starken Flüssigkeit hat, so wird er einen noch stärkeren Anteil an einer Deflation haben, wenn sie wirklich einträte. Vielleicht tritt sie überhaupt nur seinetwegen ein.

Dieses Fahren zwischen Scylla und Charybdis wird unser Schicksal sein, aber wir werden wie der Vielgewanderte in die Heimat kommen, weil wir unser Schicksal begriffen haben.

Wir antworten unseren Lesern

Fortsetzung von Seite 1

den vollen Betrag in RM bei einer Außenhandelsbank eingezahlt hat und die Eröffnung des Akkreditivs oder die Erteilung des Devisenabschlußauftrages auch vor dem 21. Juni erfolgt ist, dann hat der Importeur nichts mehr zu zahlen. War aber die RM-Zahlung nicht ausreichend, dann ergibt sich folgende etwas schwierige Rechnung: 1. Fall: Die Devisenzahlung ist vor dem 21. Juni geleistet, sei es aus dem Akkreditiv oder aus dem Zahlungsauftrag der JEIA (Joint Foreign Exchange Agency), dann muß die fehlende RM-Zahlung im Verhältnis 10 zu 1 in DM bezahlt werden. 2. Fall: Ging die Devisenzahlung aus dem Akkreditiv nach dem 20. Juni ein, dann muß voll in DM im Verhältnis 1 zu 1, also die alte in RM festgesetzte Summe, bezahlt werden. Noch einen dritten Fall wollen wir erwähnen: Ein Importeur hat vor dem 21. Juni RM bei einer Außenhandelsbank einbezahlt, aber die JEIA hat bis zu diesem Tage noch kein Akkreditiv eröffnet oder einen Zahlungsauftrag erteilt, dann muß Bezahlung in voller Höhe in DM geleistet werden und die gezahlte RM-Summe wird im Verhältnis 10 zu 1 angerechnet.

Bei dieser Gelegenheit machen wir unsere Leser darauf aufmerksam, daß bei Importen die Außenhandelsbanken verpflichtet sind, für die Einlösung der ihnen vorliegenden Zahlungsversprechen innerhalb 24 Werkstunden nach Beginn der Warenübernahme in DM zu sorgen. Bei nicht fristgemäßer Einlösung können die Banken Verzugszinsen berechnen. Im übrigen sind alle etwa noch nicht eingelösten, aber über RM lautende Zahlungsversprechen durch solche zu ersetzen, die über DM lauten.

Ein zweiter, sehr wichtiger Fragenkomplex ist in den letzten Tagen von unseren Lesern berührt worden: Die Leistungen der Versicherungen, soweit sie nicht Lebensversicherungen sind. (Über die Lebensversicherungen haben wir bereits ausführlich berichtet.) Da sich die meisten Anfragen unserer Leser auf die Krankenversicherung bezogen, wollen wir auch diese hier allein behandeln. Als Grundsatz dient dabei: Alle am 21. Juni laufenden Krankenversicherungsverträge bleiben zu den bisherigen Bedingungen und Leistungen in Kraft. Also alle Ansprüche auf Sterbegeld, Tagegelder im Krankenhaus, Geburtshilfe usw. werden nun in gleicher Höhe in D-Mark von den privaten Krankenversicherungen geleistet wie vorher in RM. Um diese Leistungen zu decken, werden die Beiträge vom 21. Juni ab ebenfalls in DM erhoben. Hat nun ein Versicherter einen Anspruch, der aus einem Krankheitsfall vor dem 21. Juni herrührt, dann bekommt er selbstverständlich nur 10% des Betrages in DM zurückvergütet. Entsprechend braucht der Versicherungsnehmer auch nicht bezahlte Beiträge jetzt nur mit 10% des RM-Betrages in DM zu bezahlen. Aus dieser Regelung werden sich sowohl für die Versicherungen als auch für die Versicherungsnehmer manche Schwierigkeiten ergeben. Die Versicherungen sind ihrer Reserven beraubt, und mancher Versicherungsnehmer wird seine Beiträge zur privaten Krankenkasse nicht mehr bezahlen können. Sollte ein Versicherungsnehmer sich nicht dadurch helfen können, daß er in einen niedrigen Tarif geht, dann besteht für ihn jetzt die Möglichkeit, ohne Beitragsleistung ein Ruhen des Vertrages auf bestimmte Zeit zu erreichen. Das müssen aber Ausnahmefälle bleiben, die sehr genau zu begründen sind.

Gekoppelte Verträge

Begreifliche Unklarheit herrscht bezüglich der Behandlung von Verträgen, in denen Leistungen gegeneinander verrechnet werden, die im Währungsgesetz unterschiedlich umgewertet werden. Nehmen wir ein Beispiel, das in vielen Anfragen immer wiederkehrt: Ein Hausbesitzer hat gemeinsam mit einem Hauptmieter beschlossen, entweder das Haus umzubauen, oder, wenn es bombengeschädigt war, wieder herzurichten. Die beiden Parteien vereinbarten, gemeinsam die Aufbaukosten zu tragen und der Hauptmieter sollte durch die Mieten einen Teil dieser übernommenen Kosten bezahlen. Die Rechtslage ist hier eigentlich klar. Da der mit dem Hauptmieter vereinbarte Mietpreis nach dem Umbau sich aus 2 Komponenten zusammensetzte: Einer Miete und einem Zuschuß zu den Aufbaukosten, muß man sie auch jetzt in DM abrechnen. Die Miete bleibt in alter Höhe in DM bestehen, die Forderung des Hausbesitzers auf die anteiligen Kosten beim Wiederaufbau müssen, soweit sie vor dem 20. Juni entstanden sind, im Verhältnis 10 zu 1 in DM dem Hauptmieter belastet werden, der diesen Betrag gemeinsam mit den monatlichen Mietzahlungen an den Hausbesitzer abzuführen hat. Laufen die Umbaukosten über den 20. Juni hinweg, dann muß auch der Hauptmieter die nach dem 20. Juni angefallenen Kosten in voller Höhe in DM mittragen. Man wird also bei solchen Verträgen ganz klar zu unterscheiden haben, was Miete ist und was nicht, auch wenn in dem zugrunde liegenden Vertrag die wiederkehrenden Leistungen des Mieters als Miete bezeichnet worden sind.

Eisenbahn-Abrechnung

Wir haben uns an dieser Stelle schon einmal (in Nummer 28) mit den Klagen beschäftigt, die gegen die Eisenbahn laut geworden sind, weil diese sofort am 21. Juni alle Frachten in DM in voller Höhe verlangte. Wir wiesen seinerzeit darauf hin, daß die Eisenbahn wenigstens konsequent gewesen ist und auch die Belastungen auf sich genommen hat, die sich für sie aus dem abrupten Übergang ergeben haben. Sie zahlte nämlich auch Nachnahmen, die sie am 18. Juni noch in RM eingenommen hatte, am 22. Juni in voller Höhe in DM aus. Damit ist aber die Rechtslage noch nicht geklärt. Entscheidend ist die Frage, ob der Frachtvertrag ein Werkvertrag oder ein Dienstvertrag ist. Die Eisenbahn hat sich praktisch auf den Standpunkt gestellt, daß es ein Dienstvertrag ist. Aus dem BGB. allein ist diese Entscheidung sowohl zu begründen als auch abzulehnen. Wir müssen also zu den Kommentaren greifen oder zu den Reichsgerichtsentscheidungen. Dort wird aber übereinstimmend der Frachtvertrag als ein Werkvertrag bezeichnet. Darum scheint es an der Zeit, daß sich die Eisenbahn eines bessern besinnt. Da der Frachtvertrag nach Ansicht des Reichsgerichts ein Werkvertrag ist, muß die Eisenbahn den § 18 Ziffer 3 voll auf sich anwenden. Es geht also nicht an, daß — wie uns einige Fälle berichtet werden — ein Waggon, der 8 Tage unterwegs war, am Sonntag am Bestimmungsort ankam und am Montag den 22. Juni dem Adressaten angefahren wurde, mit seiner Fracht voll in DM in Rechnung gestellt wurde. In diesem Fall hat die Eisenbahn nur die Zuführungsgebühr voll in DM in Rechnung stellen dürfen. Die gesamte andere Fracht aber mußte sie in RM berechnen und mit 10 zu 1 in DM verrechnen. Das gilt für alle Güter, die über den 21. Juni hinaus unterwegs waren. Die Eisenbahn muß die Berechnung in solchen Fällen teilen in Frachtleistungen vor dem 21. Juni und in solche von Mitternacht des 22. Juni ab. Da eine solche Abrechnung von jedem privaten Unternehmer verlangt wird, muß die Eisenbahn ebenso handeln. Es wäre also an der Zeit, daß auch diese Unstimmigkeit beseitigt wird, auch wenn sie jetzt schon 4 Wochen zurückliegt.

Restkaufgelder

Eine weitere etwas eigenwillige Auslegung des § 18 Ziffer 2 ergibt sich aus Anfragen, die sich auf Restkaufgelder beziehen. Insbesondere beruft man sich gern auf die zweifellos richtig gesehene Tendenz des Gesetzgebers, regelmäßig wiederkehrende Leistungen im Verhältnis 10 zu 1 umzuwerten. Da ein Restkaufgeld meist in Jahresraten abzuzahlen vereinbart wird, beruft man sich eben auf die regelmäßig wiederkehrende Leistung oder man beruft sich darauf, daß es sich um einen Kauf gehandelt habe, bzw. um einen Verkauf und die Gegenleistung noch nicht bewirkt sei. Eine solche Auslegung ist aber weder wirtschaftlich einzusehen noch juristisch haltbar. Es kommt in diesem Falle nicht auf das zugrunde liegende Rechtsgeschäft an, sondern das Restkaufgeld ist eine Schuld, die in RM entstanden ist, und infolge dessen im Verhältnis 10 zu 1 abgewertet ist. Um uns juristisch auszudrücken: Beim Restkaufgeld ist die Leistung des Schuldners dadurch bewirkt, daß er die Restkaufschuld anerkannte, was durch Eintragung ins Grundbuch oder durch einen Schuldschein geschah. (Ein Zurückgehen auf das zugrunde liegende Rechtsgeschäft kann nur da Platz greifen, wo — wie in unserem oben herangezogenen Beispiel der Koppelung zwischen Miete und Baukostenzuschuß — durch neue Kombinationen die bisherige juristisch scharfe Trennung nicht mehr einzuhalten wurde.)

Zinsen

Auch in der Frage der Zinszahlungen ist der § 13 Abs. 3 stärker als der § 18 mit dem Gedanken der regelmäßig wiederkehrenden Leistungen. Daß die Schuldzinsen nicht extra aufgeführt sind, hat manche Leser zu der Hoffnung oder — je nach der Lage des Falles — zu der Befürchtung veranlaßt, man müßte die Zinsen in alter Höhe in DM bezahlen. Das ist nicht der Fall. Der § 13 Abs. 3 sagt ganz klar, daß Forderungen aus Schuldverhältnissen, die vor dem 21. Juni begründet waren, in Verbindung mit dem § 16 Abs. 1 im Verhältnis 10 zu 1 in DM umgewertet werden. Wir geben zu, daß der Ausdruck „andere regelmäßig wiederkehrende Leistungen" zu verschiedener Auslegung anreizt, aber vergleicht man die im § 18 Ziffer 1 namentlich erwähnten Arten, so wird man schnell erkennen, was der Gesetzgeber gemeint hat. Es kommt das ganz klare wirtschaftliche Argument hinzu, daß für eine 10 zu 1 abgewertete Schuld auch eine entsprechende abgewertete Zinszahlung zu erwarten ist. Hätte der Gesetzgeber die Zinsen gemeint, dann hätte er sie in diesem § 18 Ziffer 1, wo er 7 verschiedene Gruppen besonders aufführt, bestimmt auch mit aufgeführt.

Valutenschulden

Zum Schluß noch eine interessante Frage, die uns auch von einigen Lesern gestellt wurde: Wie muß man nach der Währungsreform eine Schuld in ausländischer Währung in der Bilanz bewerten? Es ist ja bekannt, daß schon seit dem Jahre 1936 Bestimmungen in Deutschland in Kraft waren, die die Freiheit über die Devisenverfügung beschränkten. Wie wir aus unseren Anfragen entnehmen, sind manche alten Devisenschulden noch nicht bezahlt, weil trotz vieler Bemühungen um Genehmigung die Überweisungserlaubnis nicht genehmigt wurde. An sich wäre es leicht, unseren Lesern zu sagen: bewerten Sie solche Schulden mit dem amtlichen Devisenkurs. Es gibt aber weder offizielle Devisenkurse noch gibt es eine einheitliche Umrechnung in ausländischer Währung. Nicht einmal das feste Verhältnis 30 Dollarcents = 1 DM ist generell anwendbar. Wenn nun gar die Schuld in einer Währung sogar besteht, deren Wertrelation nicht so leicht festzustellen ist, also etwa in Schwedenkronen oder in Argentinischen Pesos, was dann? Selbst beim Schweizer Franken dürfte man wohl kaum den Umrechnungskurs zugrunde legen dürfen, der bei der Zollberechnung angewandt wird. Ein Unternehmer, der Schweizerfranken-Schulden hat und so bewerten würde, hätte sicher das Gefühl, daß er seine Schuldenlast in DM zu gering angesetzt hat. Immerhin können wir unsern Lesern raten, sich der in jeder unserer Ausgaben auf der Seite 8 abgedruckten Tabelle der Züricher Devisenkurse zu bedienen. Man kann daraus mit der jedem Kaufmann bekannten Arbitragerechnung an Hand dieser Tabelle die Umrechnung leicht vornehmen. Das ist ein Weg, der juristisch noch nicht fixiert ist, aber praktisch dem Kaufmann zu einer ungefähren Wertermittlung verhilft.

Damit sind wir mit der Beantwortung von Fragen wieder am Ende. Wir bitten unsere Leser, weiter Fragen zu stellen. Wir werden antworten.

Britische Kohle für die Doppelzone

Frankfurt. Auf Grund eines Vertrages zwischen britischen und deutschen Firmen der Doppelzone sollen mit Genehmigung des Verwaltungsamtes für Wirtschaft im 3. Vierteljahr 1948 120 000 t britische Kohle, zahlbar in Pfund Sterling, in die Doppelzone geliefert werden. Die Doppelzone soll dafür gegen Dollarzahlung 145 000 t Kohle liefern. Die britische Kohle ist für das Hamburger Gebiet bestimmt, um den Eisenbahntransport zu sparen. Dieser Kohlenaustausch verschafft der Doppelzone einen Überschuß von 25 000 t, die an deutsche Exportunternehmen verteilt werden sollen.

Keine weiteren Substanzverluste

Aus Kreisen des Großhandels in Radio- und Elektrobedarf geht uns folgende Zuschrift zu:

Der Einzelhandel sucht sich teilweise unter allen Umständen flüssig zu machen, indem er Lagerbestände abstößt, zum Teil zu Preisen, zu denen nicht wieder eingekauft werden kann, d. h. es wurden teilweise Preise zugrunde gelegt auf der Basis von 1935/36, während die Produktion heute infolge verminderter Arbeitsleistung und Erhöhung der Rohstoffe und Halbfabrikate mit mindestens 50—60% Aufschlag produziert. Einige wenige Geschäfte allerdings drängen sich mit stark verbilligten Preisen auf den Markt. Der Großhandel sucht auch liquider zu werden, ist aber im allgemeinen nicht geneigt, um jeden Preis zu verkaufen, es sei denn, daß es sich um Stapelware minderwertiger Kriegserzeugnisse handelt. Die Produktion leidet nach wie vor unter Materialmangel und gerade in Radioartikeln stößt der Materialbedarf auf Engpässe, die sehr schwer zu überwinden sind, da man nicht geneigt ist, Rohstoffimporte der Radio-Einzelteil-Erzeugung zuzuführen. So fehlen z. B. im großen Maßstabe die als Ersatz gebrauchten Elektrolyt-Kondensatoren, die meist durch das Fehlen von Aluminium-Folie und Bor-Ammonium zur Verknappung führen. Ähnlich geht es der Lautsprecher-Industrie, welche infolge des Mangels an Nickel nicht über geeignete Stähle für die Magnete der Lautsprecher verfügt.

Im großen gesehen, herrscht der Eindruck vor, als wenn die Lagerbestände resp. Hortungsbestände verhältnismäßig gering sind, da die vorgeschilderten Engpässe nie eine größere Erzeugungsmöglichkeit gaben. Der Ehrhard'sche Aufruf, unter allen Umständen, selbst unter Preis zu verkaufen, wird wahrscheinlich auf unserem Wirtschaftsgebiet zu keinem Erfolg führen, da die Ausblutung infolge des starken Währungsschnittes nicht durch weitere Substanzverluste fortgeführt werden kann ohne Gefahr für die einzelnen Betriebe, die in die Produktion und Verteilung eingeschaltet sind. In der Praxis liegt es bereits so, daß die Rundfunkwerkstätten zum großen Teil weder Mittel zum Einkauf von Ersatzteilen noch zur Deckung ihrer Unkosten und Löhne besitzen. Da infolge der Vielseitigkeit der Reparaturen immer Einkäufe getätigt werden müssen und jede einzelne Reparatur fast Barauslagen verursacht, liegt in der Praxis tatsächlich die Gefahr vor, daß die Werkstätten allmählich ihre gesamten Angestellten, Techniker, entlassen müssen, wie es bereits teilweise schon geschehen ist. Der Hinweis auf Kreditmöglichkeiten wird dadurch illusorisch, weil die obenbezeichnete Mangelware nirgends in größeren Stückzahlen vorrätig ist und bei der geringen Liquidität und dem geringen Anfall dieser Waren keine Krediteinkäufe möglich sind.

Neue Banken, neue Bankbilanzen

Fortsetzung von Seite 1

stellungstag zu errechnen ist, bestehen, obwohl inzwischen ja die Banken bereits wieder andere Aktivposten haben: Sie besitzen in mehr oder weniger großem Umfange Wechsel, sie haben einen Kassenbestand in DM und sie haben bereits wieder neue Debitoren aus den, wenn auch noch sehr kleinen, Kontokorrentkrediten.

Bei dieser „Ausgleichsforderung gegen die öffentliche Hand" handelt es sich um eine seltsame Konstruktion. Diese Forderung ersetzt praktisch die alten Schuldtitel des Reiches; sie wird mit 3% verzinst. (An der Spanne zwischen diesen 3% und dem 1%, mit denen die Sichteinlagen verzinst werden, ergibt sich die Spanne, die man den Banken zubilligt.) Die „öffentliche Hand" also praktisch die Länder, in denen die Bank arbeitet, übernehmen eine Verpflichtung, deren Höhe sie nicht einmal kennen. Erst nach endgültiger Feststellung der Bilanzen wird man diesen Betrag kennen. Aber nicht nur das ist das Eigenartige, sondern daß die Länder nicht einmal für diese Schuldtitel Geld bekommen. Wenn sonst die Länder eine Anleihe auflegten, dann bekamen sie doch wenigstens einen Gegenwert in Geld. Die Länder haben also nun neue Schulden, für die sie nichts bekommen haben, und müssen dafür auch noch 3% Zinsen bezahlen. Diese Konstruktion erscheint praktisch, wenn man von der Forderung ausgeht, daß die Länder ja doch die sonst völlig bankrotten Banken hätten stützen müssen. Das Geld hätte also so oder so aufgebracht werden müssen.

Ein besonderes Kapitel bleiben die „vorenthaltenen 5%", also die Beträge, die aus der Umstellung 10 zu 1 entstanden sind, und über deren zweite Hälfte nicht verfügt werden darf. Sie werden wohl kaum frei verfügbar werden und einfrieren. Man macht sich nun bereits Gedanken darüber, was mit diesen Geldern geschehen soll. Sollte wirklich der Plan bestehen, sie in eine neu zu gründende Aufbaubank zu übernehmen, so könnte man schon beinahe von einer Enteignung sprechen. Wir wollen also diesen Gedanken vorläufig gar nicht verfolgen.

Aber um den zu Anfang dieses Aufsatzes erwähnten Konstruktionsfehler einigermaßen wieder gut zu machen, wird man versuchen müssen, neue Banken zu schaffen, die vielleicht an alte Vorgänger anknüpfen könnten. Nur 2 Aufgaben wollen wir hier herausstellen: Den Neuaufbau des Realkredits und die Kredite für die Landwirtschaft. Es ist vorläufig noch kaum zu erkennen, wie man den Hypothekenbanken in alter oder neuer Form, oder landwirtschaftlichen Banken, etwa einer neuen Rentenbank-Kreditanstalt, überhaupt Mittel zuführen kann. Irgendwie muß aber daran gegangen werden. Im Zuge einer erhofften Freizügigkeit im Export erscheint auch das Problem der Exportbanken sehr aktuell. Aber nicht nur für die erwähnten Gruppen, sondern auch für die Banken allgemein ergibt sich die Notwendigkeit, den mittelfristigen Kredit wieder pflegen zu können. Die Voraussetzungen sind dafür bisher noch kaum gegeben. Gewiß ist damit zu rechnen, daß die jetzt umlaufenden 3-Monats-Akzepte in vielen Fällen prolongiert werden, aber damit allein ist das Problem des mittelfristigen Kredits noch nicht gelöst. Erst eine Milderung in den Bestimmungen über den Kontokorrentkredit kann hier eine wesentliche Änderung schaffen. Inwieweit die Banken allerdings in der Lage sein werden, hier wirklich einzuspringen, läßt sich heute noch kaum sagen. Vor allem muß man ja bedenken, was wir oben ausführten, daß die neuen Kreditoren der Banken sich ganz anders zusammensetzen wie früher. Auf der Aktivseite sind auch die Kunden infolge der erwähnten Entwicklung andere geworden: Früher auf der Kreditorenseite figurierende Kunden müssen heute Debitoren werden und umgekehrt. Die neuen Bankbilanzen werden neue Banken zeigen — mit neuen Aufgaben.

Zugelassene Außenhandelsbanken

Frankfurt

Nach einer Mitteilung der JEIA wurden vier neue Banken auf die Liste der zugelassenen Außenhandelsbanken gesetzt:

Conrad Hinrich Donner, Hamburg.
Schröder, Gebrüder und Co., Hamburg.
Holstenbank, Kiel (früher Commerzbank, Kiel).
Lübecker Bank für Handel und Industrie, Lübeck (früher Dresdner Bank, Lübeck).

Die vollständige Liste der zugelassenen Außenhandelsbanken nach dem Stand vom 28. Juni enthält die folgenden Namen:

Für Bayern:
Bayerische Staatsbank.
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank.
Bayerische Creditbank.
Bayerische Discont-Bank.
Bayerische Bank für Handel und Industrie.
Bayerische Vereinsbank.

Für Württemberg-Baden:
Südwestbank.
Allgemeine Bankgesellschaft.
Badische Bank.
Bankverein für Württemberg-Baden.
Württembergische Bank.

Für Hessen:
Hessische Bank.
Rhein-Main-Bank.
Mitteldeutsche Creditbank, Friedrich Hengst u. Co., Offenbach.
Deutsche Effekten- und Wechselbank.

Für Bremen:
Bremer Bank.
Bremer Handels-Bank.
Diskonto-Bank.
Norddeutsche Kreditbank AG.
Private Bank, Fa. Carl F. Plump u. Co.

Für Nordrhein-Westfalen:
Rheinisch-Westfälische Bank, Düsseldorf.
Rhein-Ruhr-Bank, Düsseldorf.
Bankverein Westdeutschland, Düsseldorf.
Sal. Oppenheim jun. u. Co., Köln.
Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf.
Burkhardt u. Co., Essen.

Für Niedersachsen:
Nordwestbank, Hannover.
Niederdeutsche Bankgesellschaft, Hannover.
Merkurbank.
Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig.

Für Hamburg:
Deutsch-Südamerikanische Bank AG., Hamburg.
Conrad Hinrich Donner, Hamburg.
Schröder Gebrüder u. Co., Hamburg.

Für Schleswig-Holstein:
Holstenbank, Kiel.
Lübecker Bank für Handel und Industrie, Lübeck.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH., Konstanz; Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Geiler, Baden-Baden; Ständiges Verlagspostamt: Ettlingen in Baden. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b-5. — Zuschriften an die Redaktion, nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beigabe von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 8 gültig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Erwartungen aus der Zonenvereinigung

Vom Standpunkt der Wirtschaftskreise der französischen Zone aus

In welcher Form, mit welcher Intensität und in welchem Tempo die durch das Londoner Protokoll festgelegte und jetzt im Auftrag der Militärregierungen in Angriff genommene wirtschaftliche Verschmelzung der drei Westzonen verwirklicht werden wird, steht heute noch nicht fest. Zweifellos hegen die Bevölkerung und vor allem die Wirtschaft der französischen Zone in dieser Hinsicht bestimmte Erwartungen, die heute einmal im Zusammenhang ausgesprochen werden sollen.

Versperrte Absatzwege

Die Geschäfts-Berichte der Industriewerke haben in den letzten 3 Jahren immer wieder beklagt, wie sehr die Versorgung mit unentbehrlichem Material, mit Ersatzteilen für Maschinen und Apparaten oder mit chemischen Stoffen durch die Absperrung der französischen Zone gegenüber den Nachbarzonen leidet und wie sehr dadurch die an sich durchaus mögliche Steigerung der Erzeugung behindert wird. Es fehlt im Herstellungsprogramm der Zone vor allem die reiche Vielfalt an wichtigen Gütern, wie sie die Doppelzone besitzt. Es fehlen viele Kleineisenwaren, Werkzeuge, kurz alles, was im rheinisch-westfälischen Industriegebiet seit jeher hergestellt wird und von der Industrie der französischen Zone stets von dort bezogen worden war.

Bisher konnten solche für die Industrieerzeugung der Zone lebenswichtigen Dinge nur auf dem umständlichen Kompensationsweg oder im Rahmen von mühsam mit der Doppelzone ausgehandelten Handelsabkommen bezogen werden und daher auch nur in völlig ungenügender Menge. Die anderen Zonen waren für die französische Zone bisher durchaus Zollausland, wenn man auf die Wirkungen der Absperrung sieht. Statt Zöllen haben die meist sehr hohen zusätzlichen Aufwendungen für Kompensationsware, für den teuren Formularkrieg und ähnliche „Unkosten" den Bezug der Ware aus der Nachbarzone weit mehr verteuert, als es durch wirkliche Zölle jemals hätte geschehen können. Im Schutz der Zonengrenzen aber hat auf beiden Seiten jahrelang mancher Geschäftemacher arbeiten können, dessen „Erfolge" demoralisierend auf die Geschäftswelt und die sonstige Bevölkerung gewirkt haben.

Verschwendetes Kapital!

Ein großer Teil der Industriewerke war von jeher auf den Absatz ihrer Erzeugnisse im übrigen Deutschland angewiesen. Da sie auf diesen Teil ihres Absatzes nunmehr seit Jahren verzichten mußten, war ihnen eine stärkere Beschäftigung schon aus diesem Grund sehr oft nicht möglich. Dafür haben sich aber im Schutz der Zonengrenzen in den letzten Jahren hüben und drüben zahllose Unternehmen neu entwickelt, die lediglich infolge der Zonentrennung lebensfähig waren, einfach deshalb, weil die natürlichen Absatzwege der Industrie durch die Zonenabschnürung zerschnitten waren. Vieles von der Erzeugung dieser neuen Gründungen konnte nur Notbehelf und Ersatz sein, weil meist entweder die Rohstoffe oder die geschulten Fachkräfte, oder die oder jene Zutat fehlten, die nur in der Nachbarzone erhältlich gewesen wären. So ist viel Kapital unwirtschaftlich vertan worden, viel Kapital an Rohstoffen, Maschinen, Arbeitskräften und sonstigem Aufwand. Kapital, für welches sich nach dem Zusammenbruch, wären die Zonengrenzen nicht gewesen, ein sinnvollere Betätigung geboten hätte. Diese ungesunde Entwicklung, ein typisches Kind der Zonenwirtschaft, wird nun unter neuen Verlusten korrigiert werden, soweit ihr nicht schon der scharfe Geldschnitt ein Ende bereitet hat.

Die Zonengrenzen waren oft genug die Ursache, warum Industriebetriebe in der französischen Zone nicht die Fachkräfte erhalten konnten, die sie unbedingt gebraucht hätten. Die Qualität der industriellen Arbeit hat darunter sehr gelitten. Von der Beseitigung der wirtschaftlichen Zonengrenzen aber erhofft sich die Industrie der französischen Zone jetzt vor allem die Möglichkeit, ihre maschinelle Ausrüstung, die durch Demontagen und Maschinenentnahmen teilweise in unwirtschaftlichem Ausmaß zusammengeschmolzen ist, allmählich ergänzen zu können.

Los von der Zwangswirtschaft

Wenn die Aufhebung der Bewirtschaftung in der französischen Zone nur zögernd und in recht bescheidenem Umfang erfolgen kann, so trägt daran auch die geringe Erzeugung der Zone an wichtigen Verbrauchsgütern schuld. Wir wissen, daß es in zahlreichen mehr oder weniger wichtigen Waren in der Doppelzone schon bisher Herstellungsüberschüsse gegeben hat und daß andererseits dort die Erzeugung von solchen Waren auch deshalb gedrosselt und niedriger gehalten worden ist, weil die Absatzmöglichkeiten in der französischen Zone bisher zum großen Teil gefehlt haben. Bei offener Grenze zur Doppelzone wird bei diesen Waren die Versorgung in der französischen Zone reichlich genug werden, um eine Lockerung oder gar eine Aufhebung der Bewirtschaftung wagen zu können. Vor allem aber werden der freiere Zustrom an Rohstoffen, Hilfsstoffen, Zutaten und Ersatzteilen der Industrie die Möglichkeit geben, manchen bisherigen Engpaß zu überwinden und so die Erzeugung zu steigern.

Keine unnötigen „Gefälle"

So wird die wirtschaftliche Vereinigung der drei Zonen auch in der französischen Zone allmählich einen Gleichschritt auf dem Weg zur Beendigung der Zwangsbewirtschaftung ermöglichen. Es ist ohne schwere Schädigung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unmöglich, daß in einem Wirtschaftsgebiet mit einheitlicher Währung zwei völlig verschiedene Stufen wirtschaftlicher Freiheit längere Zeit nebeneinander bestehen können. Die Folge wäre unweigerlich — und sie ist zwischen Süd- und Nordbaden auch schon zu beobachten — daß Waren und Geld aus dem Gebiet der Zwangswirtschaft in das Gebiet mit gelockerter Bewirtschaftung abströmen. Das Gleiche gilt natürlich für die Preise, die in benachbarten Gebieten mit gleicher Währung auf die Dauer nicht verschieden sein können, soweit nicht echte wirtschaftliche Gründe eine solche Verschiedenheit in engeren Grenzen auch in normalen Zeiten bewirken und rechtfertigen. Wir wissen, daß die Aufrechterhaltung des Preisstopes in der französischen Zone vielfach schärfer gehandhabt worden ist, als in der Doppelzone.

Auch bei der Neuordnung der Steuern, beim Lastenausgleich, beim Neubau unseres Lohnsystems und auf allen anderen wirtschaftlichen Gebieten, muß die Angleichung an die Doppelzone so lückenlos und restlos sein, daß auch auf diesen Sondergebieten irgend ein Gefälle zwischen den Zonen nicht besteht und sich nicht bilden kann. Das bezieht sich natürlich auch auf das wichtige Gebiet der Ernährung. Wir hatten bisher in der französischen Zone nicht nur das System der Prioritätsbetriebe sondern auch der Prioritätsstädte, deren Lebensmittelversorgung eine höhere Kalorienzahl aufweist, als die der übrigen Städte in der Zone. Das hat natürlich eine ungesunde Zuwanderung von Arbeitskräften in die Prioritätsstädte und eine schädliche Unterversorgung der übrigen Städte und des flachen Landes mit Arbeitskräften zur Folge gehabt. Ein Gefälle muß auch unter allen Umständen vermieden werden in der Geld- und Kreditversorgung der einzelnen Zonen. Wegen der geringeren Verbrauchsgütererzeugung, vor allem aber wegen der viel kleineren Warenlager, war bisher der Warenumlauf in der französischen Zone und damit auch der Geldumlauf wesentlich geringer als in der Doppelzone. Die Unternehmen, die im Zeichen der Geld- und Kreditknappheit auf schnellen Warenumschlag angewiesen sind, wenn sie ihren Betrieb aufrecht erhalten wollen, sind daher stark benachteiligt gegenüber den Unternehmen in der Doppelzone. Die größere Geldknappheit rührt aber vor allem daher, daß in der Doppelzone die Bewirtschaftung auf sehr vielen Gebieten aufgehoben werden konnte, wo sie in der französischen Zone bisher noch besteht. Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft verträgt sich keineswegs mit der Politik des knappen Geldes, die man wegen der Aufrechterhaltung der neuen Währung für notwendig hält. Die Lockerung der Zwangsbewirtschaftung ist das wirtschaftlich gesunde und wirksame Mittel, damit die Betriebe durch Verkauf ihrer Erzeugnisse zu flüssigen Mitteln kommen. Die Kreditzinsen sind nicht deshalb so hoch, damit die Betriebe in größerem Umfang Kredit aufnehmen, sondern im Gegenteil, damit sie davon abgeschreckt werden. Die Politik des knappen Geldes läßt sich daher in der französischen Zone nur dann ohne Schaden für die Wirtschaft ausführen, wenn sie genau so wie in der Doppelzone begleitet ist mit der Freigabe eines möglichst großen Teils bewirtschafteter Verbrauchsgüter.

Zur vielseitigen Außenwirtschaft

Die Wirtschaft der französischen Zone, vor allem ihre Industrie, war bisher in ihrem Export stärker auf die Bedürfnisse Frankreichs ausgerichtet worden. Diese Einseitigkeit würde sich künftig natürlich nicht mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit der drei Westzonen vertragen, zumal da auch in der Doppelzone von einer solchen Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Besatzungsmächte abgegangen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich selbst von der Aufgabe dieser bisherigen Linie seiner Zonen-Wirtschaftspolitik auf die Dauer erhebliche Vorteile hätte, weil es dann aus der Dreier-Zone, deren Wirtschaft sich belebt und kräftigt, im freien Austausch gegen seine Landeserzeugnisse große Gütermengen beziehen könnte, die es für seinen Aufbau dringend braucht. Die einheitliche wirtschaftspolitische Behandlung der drei Westzonen durch die Besatzungsmächte wird auch dadurch zu einem zwingenden Gebot, daß die drei Westzonen zu gegebener Zeit als ein gleichberechtigter Partner in eine künftige Westeuropäische Zollunion aufgenommen werden sollen, über welche schon seit einiger Zeit sehr lebhaft verhandelt wird.

Ohne Weltmarkt kein Leben

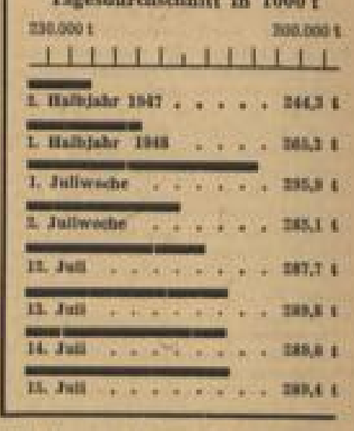
Der Zustand der deutschen Wirtschaft und die dringenden Erfordernisse des Aufbaus im Rahmen des Marshallplans machen es unerläßlich, daß der deutschen Wirtschaft der volle Devisenerlös für ihre Ausfuhr zufließt, der am Weltmarkt zu erzielen ist. Bei der eingeleiteten Angleichung der Außenhandelssysteme der drei Westzonen muß dieser Gesichtspunkt bestimmend für alle Maßnahmen sein. Das bedeutet, daß die Durchführung des Außenhandelsgeschäfts jetzt ausschließlich in die Hände der deutschen Ausfuhrwirtschaft gelegt werden muß (unter weiterer Überwachung der Militärregierungen). Bei dem bisherigen System konnte von einer deutschen Einfuhr oder einer deutschen Ausfuhr überhaupt noch nicht gesprochen werden. Eine wirkliche Ausfuhrleistung wird erst dann möglich werden, wenn die Ausfuhrindustrie über den Ertrag ihrer Arbeit in vollem Umfang verfügen kann. Solche Feststellungen sind keine unberechtigten Forderungen, sondern es sind einfach die Erkenntnisse des gesunden Menschenverstands, die in der ganzen Welt Kurswert haben und gegen die man ohne Schaden für Europa und die Welt gerade in Deutschland sich nicht vergehen kann.

Der deutsche Ausführer sollte wie früher und wie es in der Weltwirtschaft (ausgenommen die Sowjetunion) üblich ist, mit seinen ausländischen Kunden frei verkehren und abschließen können. Der deutsche Einfuhrhändler muß in gleicher Freiheit dort einkaufen können, wo es (hin am günstigsten erscheint — genau wie es die Einfuhrländer aller anderen Staaten (mit Ausnahme der Sowjetunion) für selbstverständlich halten. Mit Recht erwartet die Militärregierung von der deutschen Wirtschaft eine hohe Ausfuhrleistung. Da die deutsche Wirtschaft den besten Willen hierzu hat, so muß sie erwarten, daß man sie unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen arbeiten läßt, wie die Ausfuhrwirtschaft anderer Länder. Sie wird auch dann noch, infolge der hohen Kriegsverluste, der Reparationen, Maschinenentnahmen und Besatzungskosten, durch die Wegnahme der Handelsflotte und durch viele andere Dinge, gegenüber dem ausländischen Wettbewerb benachteiligt genug sein. Für alle, die den Willen haben, dem deutschen Volk zur wirtschaftlichen Erholung und Gesundung zu helfen, sind diese alles Selbstverständlichkeiten. Die ungehinderte Teilnahme am Weltmarkt ist unsere Lebensfrage. Zumal nach diesem Krieg und nach der Verkleinerung unserer agrarischen Lebensgrundlage können wir nur leben, wenn wir unsere Ausfuhrgüter zu lohnenden Preisen absetzen können. Mit jedem Tag, den wir weiter wie bisher vom Weltmarkt fern gehalten werden, werden wir ärmer, wird unser Lebenskampf schwerer und unsere Lebenshaltung niedriger. Das kann niemand wollen, der mit Verantwortungsbewußtsein an das Schicksal Europas denkt.

RUHR-KOHLENFORDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürener Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t



Auf dem Wege zur Tarif-Ehrlichkeit

In der kurzen Zeit nach Beginn der Neuordnung des Geldwesens sind bereits mancherlei Merkwürdigkeiten an das Tageslicht gekommen, die eine ganze Zeit lang sich hinter dem Schleier der Reichsmark haben verstecken können. Nicht nur auf den Finanzämtern kann man ein Lied davon singen, sondern auch auf den Dienststellen anderer Behörden und nicht zuletzt auch in den Büros der privaten Wirtschaft muß man sich mit nun unangenehmen Offenbarungen beschäftigen.

Besonderes Kopfzerbrechen macht zur Zeit die Notwendigkeit der Rückkehr zur Tarifehrlichkeit. In diesen Wochen ist es offensichtlich geworden, daß es viel mehr Tarifsünder gegeben hat, als man sich das wohl vorzustellen vermochte. Man kann fast sagen, daß es die vielen kleineren und mittleren Unternehmen durch die Bank mit der Tarifehrlichkeit nicht genau genommen haben. Die Unternehmer haben, wie sich jetzt herausstellt, in weitestem Maße Arbeiter und Angestellte verpflichtet und dabei gegen die Tarife immer wieder verstoßen, und die Arbeiter haben sich vor allem dorthin gezogen, wo sie auch außertariflich ihren Vorteil wahrnehmen konnten. Für die Unternehmer selbst spielten diese Belastungen von der Lohnseite her keinerlei bemerkenswerte Rolle, und sie waren eher geneigt, gewisse Mittel ihrer Gefolgschaft zukommen zu lassen, als sie „der Steuer in den Hals zu jagen". Beide Teile haben sich mit diesem Verfahren strafbar gemacht, und bei den Lohnprüfungen sind nicht selten empfindliche Strafen verhängt worden, aber im allgemeinen kamen beide Teile während dieser Zeit vor dem X-Tag mit einem blauen Auge davon, und beide fahren gut.

Bei der Rückkehr zu einer ordentlichen Rentabilitätswirtschaft sehen sich die Unternehmer heute nicht mehr in der Lage, tarifüberhöhte Löhne zu zahlen, und die Sache wäre durchaus in Ordnung, wenn die Arbeitnehmerseite dafür Verständnis hätte. Von dieser Seite wird darauf hingewiesen, daß es schlecht angehe, Löhne wieder zu senken, die vielleicht schon seit 10 Jahren in Kraft gewesen sind. Aber bei einer Auseinandersetzung vor dem Arbeitsgericht werden die Arbeitnehmer damit nicht zum Zuge kommen, sondern höchstens bewirken, daß die Arbeitsverwaltung ihr Auge auf den Vorfall wirft, sich damit befaßt und mit entsprechenden Strafen auf den Plan tritt. Von der Arbeitsverwaltung her wird unbedingt die Rückkehr zur Tarifehrlichkeit gefordert, und es ist deshalb zu empfehlen, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Angelegenheit der Tarifüberhöhungen unmittelbar in Verbindung setzen und gemeinsam den Weg zur Tarifehrlichkeit beschreiten. Es ist anzunehmen, daß die Arbeitsverwaltung gegen diesen Verfahren nichts einzuwenden haben wird, wenngleich sie auch mit Bedauern es feststellt, daß der ehrliche Arbeitgeber, der früher korrekt gehandelt und mit seinen Anträgen wegen der Auszahlung tarifüberhöhter Löhne abschlägig beschieden worden ist und deshalb auf manche gute Arbeitskraft hat verzichten müssen, nunmehr mit einer gewissen verständlichen Verärgerung sieht, daß die Unehrlichkeit wieder einmal längere Beine gehabt hat. War die Hilfeführung auf die Tariflöhne erleichtern mag, ist in der Tatsache zu erblicken, daß wir zurzeit in einer Welle der Lohnerhöhungen stehen, andererseits dürfte es als peinlich empfunden werden, daß sie parallel läuft mit dem Verbot der Kompensation und damit zugleich auch der Warenabgabe an die Belegschaften. Gerade diese letzte neue Entscheidung dürfte auch in das System des Devisen-Bonus B eingreifen und möglicherweise mit einem Verfahren ein Ende machen, das in allen Kreisen der zwar nicht unmittelbar, aber doch zweifellos sehr stark mittelbar am Export beteiligten Kreise lebhaften Unwillen wachgerufen hat.

Russen wollen Berlin versorgen

Wenig vertrauensvolles Angebot — „Kalte" Sozialisierung

Das Besitzverbot der D-Mark hat der Wertschätzung bei amtlichen Stellen, bei den Kumpfkonzernen sowie anderen Stellen des Ostsektors und der Ostzone offenbar keinen Abbruch getan; sogar die rührige „Rasno-Export" gibt ihre Zigaretten nur gegen D-Mark ab. Somit ist das Verbot der Sowjets, D-Mark zu besitzen, abgesehen davon, daß es technisch kaum durchführbar wäre, an entscheidenden Stellen durchlöchert. Man kann sogar annehmen, daß es für diese Stellen niemals ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, denn die Ostzone und auch der Ostsektor Berlins brauchen Waren aus dem Westen, die eben nur gegen D-Mark zu haben sind. Bei der sparsamen und kontrollierten Ausgabe der D-Mark hat diese sich gewissermaßen zur Edelvaluta entwickelt.

Um so weniger verständlich ist das Freudengeschrei der östlich lizenzierten Presse über den Sieg der Ost-Mark in Berlin. Die Zulassung der Ost-Mark für die wichtigsten Zahlungen in den Westsektoren und die Bestimmung, daß nur 20% der Löhne und Gehälter in D-Mark bezahlt werden müssen, werden von ihr als ein siegbringer Beweis dafür angesehen, daß sich die Ostmark in der Berliner Wirtschaft durchgesetzt hat. Offenbar ist ihr die These nicht bekannt, wonach gutes Geld durch schlechtes verdrängt wird.

Die Steuerreform in der Ostzone sieht nur eine Senkung der Lohnsteuer und der Sprittsteuer vorzusehen, während eine Änderung der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und der Vermögenssteuer nicht beabsichtigt ist. Diese Regelung führt praktisch zu einer „kalten" Sozialisierung der Privatbetriebe, die sich bisher noch in der von den volkseigenen Konzernen und den Sowjet-AG's beherrschten Ostzone und dem Ostsektor Berlins behaupten konnten. Bekanntlich haben diese Unternehmen ihre Guthaben 1:1 umgetauscht erhalten, während die Privatindustrie mit einem Umtauschverhältnis 1:10 vorlieb nehmen mußte. Die Auswirkungen aus dieser Regelung liegen auf der Hand. Würde die Frage, welche der beiden Währungen allein in Berlin Geltung haben sollte, nur vom Wert der Währung und von dem Vertrauen, das die Bevölkerung den westlichen Alliierten entgegenbringt, bestimmt, so wäre diese Frage schon heute zu Gunsten der D-Mark entschieden. So wie die Dinge liegen, wird diese Frage auf der politischen Ebene entschieden und die Währungsfrage ist zu einer zweitrangigen geworden bis die politischen Entscheidungen gefallen sind. Erst dann wird man an die wirkliche Währungsreform gehen können.

Ein edler Wettstreit ist entbrannt, die Berliner mit den lebensnotwendigen Gütern in der kommenden Zeit zu versorgen. Die Russen haben angeboten, die Versorgung der ganzen Stadt zu übernehmen und auf Anweisung Moskaus sollen vorerst 100 000 t Brotgetreide, sowie andere Nahrungsmittel aus Vorräten der GMSSR wie aus Ankäufen in Polen, in der Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden. Einige Zahlen aus den Statistischen Nachweisen des Deutschen Reiches für das Jahr 1938 mögen die gegenwärtige Situation beleuchten. Damals wurden auf dem Schienen- und Wasserwege nach Berlin eingeführt: Tierische Stoffe 387 000 t, Getreide und Hülsenfrüchte 437 000 t, andere pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln 772 000 t, zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus 658 000 t; das waren zusammen 3,24 Mill. t, täglich also etwa 8500 t. Diese Menge war bei einem wesentlich höheren Verbrauch und bei einer Einwohnerzahl von über 4 Millionen erforderlich. Bei der gegenwärtigen Rationsbilbe und den Umständen, daß in den Westsektoren heute nur rund 2 Mill. zu versorgen sind, müßte man annehmen, daß die Westmächte bei einem entsprechenden Einsatz von Flugzeugen die lebensnotwendigen Güter heranschaffen in der Lage sind. Bei dem Angebot der Russen kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß sie aus der Blockade Berlins politisches Kapital zu schlagen versuchen. Man kann einige Zweifel in die Aufrichtigkeit ihres Angebotes setzen, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten seiner Durchführung, denn bereits im Ostsektor der Stadt herrscht eine akute Brotknappheit und wochenlang anhaltender Kartoffelmangel. Daß die Berliner unter diesen Umständen dem russischen Angebot bei der schlechteren Versorgung ihrer Zone mit nur gemischten Gefühlen entgegensehen, dürfte verständlich sein. Brauchen sie doch nur in die Randgebiete Berlins zu gehen, um sich von der katastrophalen Ernährungslage zu überzeugen. Unter diesen Umständen werden es die Berliner der Westsektoren wahrscheinlich vorziehen, sich auf Abwarten zu verlegen und im übrigen vertrauensvoll auf die Luftbrücke zu schauen.

Am Ausguck: Berlin – was dann?

Die Kommuniqués und Resolutionen der letzten Tage über die Konferenz der Europäischen Wirtschaftsunion im Haag und über die parallel laufenden Besprechungen in den drei westlichen Hauptstädten und in Washington haben erkennen lassen, daß die Westmächte zwar einerseits fest entschlossen sind, unter allen Umständen in Berlin zu bleiben, andererseits aber auch alle wirklichen Entscheidungen geduldig vertagen, um eine friedliche Lösung der Berliner Krise zu finden. Indessen wird die kostspielige und umfangreiche Versorgung Berlins durch Flugzeuge fortgesetzt. Nur scheinen hierbei jetzt schon Schwierigkeiten aufzutauchen, so vor allem in der Kohlenversorgung, die für eine Großstadt ja ebenso unentbehrlich ist wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Sowjetunion nutzt offenkundig ihre technisch überlegene Berliner Position zur Verschärfung des von ihr geführten Nervenkrieges aus. Marschall Sokolowski hat sich jetzt aber in eine Lage laviert, in der den Organen der SMA nichts anderes übrig bleibt, als selbst helfend einzugreifen, zunächst allerdings nur durch Erklärungen, wobei abzuwarten bleibt, in wie weit und in welchem Umfange der Absicht die praktische Verwirklichung folgt. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß der Kreml alles daran setzt, um zu versuchen, den Sieg, den er im Kampf errungen hat, zu auszuwerten, daß Bedingungen geschaffen werden, welche seinen Zielen in den westlichen Ländern Europas dienlich sind. Hierbei bilden allerdings die westlichen Alliierten weiter für ihr allen großen Vertrauen, das sie in den Maitagen 1945 den Russen entgegengebracht haben. Man muß sich darüber im klaren sein, daß der „Kalte Krieg", der jetzt um die frühere Reichshauptstadt geführt wird, nicht nur ein Streit um Berlin ist, sondern zumindestens um ganz Deutschland und Österreich. Bei der letzten Kontrollratssitzung für Österreich kam es zwischen den Vertretern der Westmächte und dem Delegierten der Sowjetunion, Generaloberst Alexej Scheltow, bei gli von zwölf behandelten Fragen zu keiner Einigung. Danach sollen nach einer Meldung von Radio Berlin Minister amtliche Washingtoner Kreise nunmehr auch mit einer Blockierung Wiens rechnen, die in der gleichen Form durchgeführt werden soll, wie die Berlins. Es darf aber doch einigermaßen angenommen werden, daß auch Moskau eine weitere Verschärfung der allgemeinen Lage heute nicht wünscht, nicht zu sehr, weil verschiedene Bestrebungen dafür sprechen, sondern weil die nüchtern betrachtete Situation dafür zu zeugen scheint. Wollte die Rote Armee heute einen Krieg, ihre geschickten Agitatoren finden hierfür sicher einen Vorwand und es bedürfte nicht erst der „Nervensprobe Berlin".

Wohl ist das immer notwendiger gewordene Viermächtegespräch über Berlin noch nicht in Gang gekommen. Wenn sich allerdings die Vermutung bestätigen sollte, daß die Luftschlacht um Berlin und alles, was damit verbunden ist, nur ein Rückzugsgefecht sei, weil der Kreml beabsichtige, das Schwergewicht seiner Interessen jetzt nach Ostasien zu verlegen — wir erinnern hierbei an die Unruhen in Malaya — so ist doch anzunehmen, daß eine Möglichkeit für eine Viererkonferenz immer noch gegeben ist.

Während die Diplomaten konferierten, haben sich aber auch die Stimmen gemehrt, die forderten, eine Brechung der Blockade durch Zwang, d. h. durch Bildung von bewaffneten Lastwagen-Konvois zu erzwingen. Dies wäre zweifellos das gewagteste Spiel mit dem Feuer, das in den letzten Jahren jemals gespielt worden wäre. Wenn auch die Militärs auf beiden Seiten, im Westen durch die Entsendung von Superfestungen und Registrierung der Wehrfähigen, im Osten durch alarmierende Kommandowechsel und angebliche Mobilisierungen das Gesicht einer unbeirrbaren Entschlossenheit zu bewahren sich bemühten, so haben sich im Gegensatz hierzu die Diplomaten der Westmächte doch nicht beirren lassen, Mittel und Wege zu suchen, um die weltumspannende Krise zu bannen.

So steht das Ringen um Berlin immer noch in der Phase der Erprobung, ob es ohne Krieg der Waffen bis zur Entscheidung durchgefochten werden kann. Für diese Probe haben sich auch die drei Militärgouverneure in Deutschland bei ihren Besprechungen mit den deutschen Ministerpräsidenten über die politische Neuordnung Westdeutschlands ausschlaggebend eingesetzt. Allerdings wird die Entscheidung über den Ausgang der politischen Bestrebungen der Westmächte in Westdeutschland nicht am Rhein, sondern im Osten, in Berlin, fallen.

Während sich die Wolken am politischen Himmel immer mehr zusammenballen, und die Sorgen um die Erhaltung des Weltfriedens zunehmen, treten allenthalben auch hoffnungsvolle Zeichen in Erscheinung, die zwar nicht Friedensaussichten gleichen, aber immerhin doch bedeutsame Symptome dafür sind, daß keine Partei heute einen bewaffneten Konflikt wünscht. So beginnen jetzt die englisch-russischen Handelsvertragsbesprechungen. Noch wichtiger ist die am 30. d. M. in Belgrad beginnende Donau-Konferenz. Hierbei tritt wiederum der Eisblock geschlossen der westlichen Mächtegruppe, allerdings ohne Deutschland, entgegen. Gemäß dem im Außenministerrat im Jahre 1946 erzielten Abkommen werden an der Konferenz teilnehmen: Die Sowjetunion, die Ukraine, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich, sowie die drei anderen Mitglieder des Außenministerrates, nämlich Frankreich, Großbritannien und die USA. Rußland wird auf der Konferenz die These vertreten, daß der Donaustatus eine ausschließliche Angelegenheit der Donau-Uferstaaten ist, weshalb die Westmächte in der künftigen internationalen Donau-Kommission kein Mitspracherecht haben sollen. Die These des Westens ist die, daß die Donau als internationaler Wasserweg einer internationalen Kontrolle zu unterstellen sei, an der auch die Westmächte teilzunehmen haben. Schon heute hat Rußland für den Fall, daß diese Forderung vorgebracht würde, die Gegenforderung angemeldet, zu der Kontrolle des Rheins und des Rhein-Kanals zugelassen zu werden. Es ist daher zu erwarten, daß die Belgrader Gespräche sehr bald vom konkreten Gegenstand der Donau zum Grundsätzlichen an der Spree gelangen werden, womit auch auf dieser Konferenz eine Verständigung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus erschwert sein dürfte.

Ginge es nach dem Willen des Kominform, so wäre das Attentat gegen Togliatti ein Attentat auf den ohnehin genug gefährdeten Frieden geworden. Der Anschlag auf den kommunistischen Führer hat während des Generalstreiks die Blutsopfer von 17 Toten und weit über 200 Verletzten gekostet. Da sich aber die Regierung de Gasperis als stark erwies, ist die ganze Streikaktion sehr schnell zu Ende gegangen. Indessen sind in Palästina dem Befehl zur Einstellung des Feuers, den der Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen an die kämpfenden Parteien ausgegeben hatte, die Juden bedingungslos, die Araber unter Vorbehalten nachgekommen.

Die vergangene Woche hat der französischen Republik wieder eine Regierungskrise gebracht, die im gegenwärtigen Augenblick höchster diplomatischer Aktivität sehr ungelegen kam. Das Kabinett Schuman, das im Laufe der letzten Wochen und Monate mit schweren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist an der Frage der Militärkredite gescheitert. Der eigentliche Grund zu den Differenzen ist allerdings nicht in den Ausgaben für die französische Armee zu suchen. Man sagte Militärkredite und meinte die Differenzen über die von der Regierung zu verfolgende Wirtschaftspolitik. Mitrowchatzend wurde Andre Marie von Präsidenten der Republik beauftragt und nahm an. Er gehört zur radikalsozialistischen Partei. Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, welche seine Mitarbeiter werden. Immerhin besteht die Möglichkeit für einen Wechsel im Außenministerium und im Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Nur wenige Tage trennen uns noch vom August, der immer in der Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. In diesem Jahr wünscht sich Europa nichts sehnlicher als einen entscheidenden Schritt zur Einigung der Westmächte, der dem unerträglichen Zustand des heute herrschenden Provisoriums ein Ende setzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Wohlerworbene Rechte - beiderseits

Eine der vielen Ungerechtigkeiten, die die Währungsgesetze mit sich brachten, ist die unterschiedliche Wirkung der Altersversorgung. Durch den Begriff der regelmäßig wiederkehrenden Leistung, die im Verhältnis 1:1 umgestellt wird, sind gewisse Kreise bevorzugt, gewisse Kreise schwer benachteiligt worden. Am stärksten fällt dieser Unterschied zwischen dem Beamten einerseits und dem Besitzer einer Lebensversicherung andererseits auf. Dies soll uns hier als Beispiel für die vielen anderen Fälle dienen. Ein in der Privatwirtschaft beschäftigter Angestellter, der treu und brav seine 30 oder mehr Jahre eine Lebensversicherungsprämie zahlte, damit er an seinem 65. Geburtstag über eine Summe verfüge, die ihm eine angemessene Alterssicherung bringe, erhält nur noch ein Zehntel seiner Ansprüche in D-Mark. Ein Beamter aber, der heute in diesem Alter ist, erhält voraussichtlich seine ganze Pension, wenn er auch vorläufig nur 70% ausbezahlt erhalten hat. Auch der im Gesetz vorgesehene Besserungsschein kann an dieser Ungerechtigkeit nur wenig ändern. Man muß vor allem bedenken, daß es für den privaten Angestellten außer der Angestelltenversicherung gar keine andere Möglichkeit gab, sich eine Altersversorgung, die seinen Lebensgewohnheiten entspricht, zu sichern, als durch eine Lebensversicherung oder durch ein Sparkassenguthaben. Man wende auch nicht ein, daß die Beamten für ihren Pensionsanspruch ihr Leben lang wesentlich niedrigere Bezüge erhalten hätten. Die Differenz der Gehälter entsprach in normalen Zeiten der Altersversorgung. Darum hat ja auch der Steuergesetzgeber die Lebensversicherungsprämie im gewissen Umfang steuerfrei gelassen. Diese seiner Zeit gewollte und durchaus richtige Gleichheit in der Möglichkeit der Altersversorgung ist jetzt unüberbietbar kraß gebrochen worden. Es muß unbedingt für eine Angleichung gesorgt werden.

Ja, der Amtsschimmel!

Bei dem Übergang zu einer freieren Gestaltung der deutschen Wirtschaft fallen die Inkonsequenzen der Behörden wesentlich stärker auf, als beim Bestand eines Bewirtschaftungssystems, an das man sich gewöhnt hat oder gewöhnt wurde. So hat eine Bekanntmachung in Württemberg Kopfschütteln, ja sogar Gelächter hervorrufen müssen. Da ging durch eine amtliche Stelle hin und verlautbarte in einer Zeitung, es sei auch weiterhin verboten, Tabakwaren ohne Abschneiden von aufgerufenen Nummern der Raucherkarte abzugeben. Wer dies täte, würde — wie kann es in Deutschland anders sein — bestraft. Es ist uns schon lange bekannt, daß die Behörden, wenn sie mit ihrem Latein am Ende sind, nur noch bestrafen können, um damit ihre Ungeschicklichkeit zuzudecken. Jeder in Deutschland weiß, daß man Tabakwaren überall frei kaufen kann und zum Teil unter den vorgeschriebenen Preisen. Jeder weiß, daß die aufgerufenen Tabakmengen zum Teil nicht abgenommen wurden, weil sie zu teuer sind. Das ist ja auch der Grund, warum die Preise für deutsche Zigaretten am freien Markt niedriger sind, als die amtlichen. Die württembergische Behörde hätte sich also die Bekanntmachung wirklich sparen können.

In diesem Fall hat die Behörde wenigstens nichts verderben können, weil der wirtschaftliche Gestaltungswille stärker war als sie. Dagegen haben Preisbehörden wieder einmal ihre wirtschaftshemmende Tätigkeit zu entfalten gesucht. Diese Behörden stellten fest, daß gewisse Güter, die am Rande der Lebensmittelversorgung vegetieren, frei, aber zu höheren als zu Stoppreisen verkauft wurden. Die Bevölkerung kaufte diese Ware gern, auch zu dem höheren Preis. Die Preisbehörde aber verfügte, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen, daß diese Waren nur zum vorgeschriebenen Preis und nur an eingetragene Kunden verkauft werden dürften. Die Folge davon war, daß die Waren vom Markt verschwanden. Preisfrage: Wie kann eine Behörde für Horte sorgen? Indem sie die Preisbehörde einschaltet! Wir möchten nicht verfehlen, dieses Rezept jenen Wirtschaftsämtern zu empfehlen, die noch nicht auf diesen Gedanken gekommen sind.

Offenbach und der Rohlederpreis

Die erste Überraschung für die Offenbacher Lederindustriellen unmittelbar nach der Währungsreform bestand in der Tatsache, daß überall bei den Ladengeschäften aufgekaufte Exportlederwaren zu beträchtlich überhöhten DM-Preisen sozusagen über Nacht in den Schaufenstern auftauchten. Diese Erscheinungen sind mittlerweile abgeklungen und haben Erscheinungen Platz gemacht, welche bemerkenswerter, wenn nicht bedenklicher sind. Die Lederpreise haben sich, nachdem Leder aus der Bewirtschaftung in der Doppelzone herausgenommen worden ist, dem Weltmarktpreis angeglichen und sind um teilweise 100% gestiegen. Während der gesetzliche Stoppreis für Boxcalf beispielsweise 1,15 bis höchstens 1,50 RM pro Quadratfuß (28×28 cm) betrug, liegt der Preis jetzt für die gleiche Menge bei 3,00 DM, was etwa dem Weltmarktpreis von 60 Dollarcents per Quadratfuß entspricht. Leder ist auch weiterhin knapper Rohstoff, jedenfalls dürften à la longue weniger Lederwaren vorhanden sein, als Nachfrage herrscht. Dies schließt nicht aus, daß sich der Bedarf geringer stellen wird im Hinblick auf die Gesamtkapazität, wenn man — ganz abgesehen von der relativen Kaufkraftknappheit — bedenkt, daß die Konkurrenz im Rheinland sich vervielfältigt hat, neue Industrien in Bayern und Württemberg entstanden sind und vor allem der Inlandabsatz auf das gegenüber früher erheblich kleinere vereinigte Wirtschaftsgebiet im wesentlichen sich beschränken muß. Da von einigen wenigen Firmen abgesehen das Inlandgeschäft auch für Offenbach das Primäre darstellt, wird die Konkurrenz untereinander sehr scharf werden, wie dies schon einmal Mitte der zwanziger Jahre der Fall gewesen war. Die bis jetzt erfolgten verhältnismäßig geringfügigen Entlassungen innerhalb der Offenbacher Lederbranche gestatten keinesfalls schon heute ein festes Urteil hinsichtlich einer fortdauernden Vollbeschäftigung. Das Exportgeschäft hat sich, weit mehr noch als während der RM-Periode, unter Beibehaltung des gegenwärtigen Umrechnungsverfahrens als unrentabel erwiesen.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

In Kreisen der Bimsbaustoffindustrie der Vordereifel wurden Versuche gemacht, zementgebundene Baukörper aus Basalt-Lava zu erstellen. Die Versuche haben zu günstigen Ergebnissen geführt. Das aus diesem Füllstoff hergestellte Material ist nagelbar und hat eine vielmal größere Druckfestigkeit als Bimsbaustoffe. Es eignet sich daher auch zur Erstellung von Bauwerken, wofür Bimsbaustoffe bisher wegen der geringen Druckfestigkeit nicht verwandt werden konnten. Das Gewicht des Basalt-Lavasteines ist bei gleichem Volumen doppelt so hoch als das des Bimssteines. Die Produktion soll jedoch erst mit Anlaufen der Großbautätigkeit aufgenommen werden.

Die geplante, aber noch nicht realisierte Herausnahme der Bimsbaustoffe aus der Bewirtschaftung, hat bei der mittelrheinischen Bimsbaustoffindustrie einen bedeutenden Umsatzrückgang und damit eine erschreckende Illiquidität der Betriebe zur Folge. Das zugestandene Freikontingent reicht bei weitem nicht aus, die Betriebe mit den erforderlichen flüssigen Mitteln auszustatten, zumal ein weiterer Produktionsrückgang unvermeidlich war. Die Zementzuteilungen sind nach wie vor sehr schleppend. An Interzonenzement wurden nach Einführung der Währungsreform keine nennenswerten Mengen mehr verarbeitet. Die Baustoffhändler der Bizone wünschen, die Bimsbaustoffe ohne Zementanlieferung zu erwerben, da die doppelten Frachtkosten für den Zement und für die Bimsbaustoffe durch den Markt nicht mehr sanktioniert werden.

Die Rheinwerften leiden nach wie vor unter einem starken Materialmangel, so daß die Kapazität nur zu etwa einem Drittel ausgenutzt werden kann. Vor allem ist die Versorgung in Eisen und Holz unzureichend. Zur Beschleunigung der Reparatur von Binnenschiffen sollen nun auch Seeschiffswerften herangezogen werden.

Im Vergleich zu den Vorkriegsjahren ist der Güterumschlag im Koblenzer Hafen stark zurückgegangen. Im Jahre 1947 betrug der Gesamtumschlag ca. 36 000 Tonnen; im Vergleichsjahr 1936 dagegen 269 000 t. Der Wiederaufbau der zerstörten Anlagen, der dringend erforderlich ist, um den Hafen leistungsfähiger zu machen, dürfte mit der Instandsetzung der Kaimauern über eine halbe Million Mark beanspruchen.

In der Eifel soll der Korbweidenbau in Verbindung mit einer Wiederbelebung der Korbflechtindustrie vergrößert werden. Die Behörden haben ihre entsprechende Unterstützung zugesagt. Nähere Auskunft über einen erfolgreichen Anbau von Weiden erteilt die Landwirtschaftsschule in Daun.

Von der Accumulatorenfabrik Berga in Rastatt wird uns unter Bezugnahme auf die an gleicher Stelle in unserer Nr. 28 veröffentlichte, dieses Unternehmen betreffende Meldung mitgeteilt, daß von dem Werk die Erzeugung von Accumulatoren bereits im April 1948 wieder aufgenommen wurde.

Die Farben- und Lackfabrik Gebr. Rhodius in Burgbrohl hat die Herstellung von Bleiweiß wieder aufgenommen. Die Fabrikation hält sich jedoch in sehr engen Grenzen, denn Materialmangel und das Fehlen der erforderlichen Arbeitskräfte lassen eine Kapazitätsausnutzung des Betriebes nicht zu.

Die Firma Aug. Rogg in Vallendar stellt Schuh- und Lederpflegemittel her. Die Produktion leidet hauptsächlich unter der Versorgung mit Rohstoffen und Verpackungsmaterial. Im ganzen Jahre erfolgte keine Zuteilung an Wachs, Paraffin und Rohmontanwachs. Nur durch das Vorhandensein einiger Ergänzungsvorräte konnte die Produktion aufrecht gehalten werden. Nach Aufhebung des Herstellungsverbotes für Fußbodenpflegemittel wird dieses Erzeugnis wieder in das Fabrikationsprogramm aufgenommen. Bei Verwendung von Austauschstoffen ist das Werk zu etwa 50% seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt.

Die Firma Carl Lösch in Kempenich (Eifel) befaßt sich mit der Herstellung der Löschfilter „Filtrolit", von kleinsten, im Haushalt verwendbaren beweglichen Anlagen bis zu stationären Großfilteranlagen für höchste Wasserleistungen. Ferner werden Filteranlagen für Entsäuerung, Enteisung, Entmangung und Klarfiltration von Trink- und Gebrauchswasser für alle vorkommenden Rohwässer und Wassermengen hergestellt.

Das Papierwerk Paul Reuther stellt Verpackungsmittel aller Art, insbesondere Tüten, Beutel, Säcke, mit und ohne Druck, Pack- und Einwickelpapier her. Eine Spezialität des Unternehmens ist die Erzeugung von Frischhalte-Packungen.

Zu den größten Druckerei-Betrieben Westdeutschlands gehört die Genossenschafts-Druckerei Raiffeisen in Neuwied, die den größten Teil der Genossenschaften in Deutschland mit Drucksachen, Formularen, Geschäftsbücher usw. beliefert. Daneben stellt das Unternehmen im Lohndruck mehrere Zeitschriften her.

Amerikanische Zone

Die Lockerung der Bewirtschaftung auf vielen Gebieten und die leeren Kassen in den Ämtern nach der Währungsreform haben auch einen Abbau der Bewirtschaftungsbehörden notwendig gemacht. Die Regierungswirtschaftsämter werden, wie der bayerische Wirtschaftsminister mitteilte, ihren Personalstand um 50% verringern. Auch im Wirtschaftsministerium wurde bereits 70 Angestellten gekündigt, nachdem schon in letzter Zeit 150 Stellen nicht mehr besetzt wurden. Die meisten Veränderungen gibt es bei den verschiedenen Landesstellen. Unverändert bestehen bleibt nur die Landesstelle „Kohle und Eisen". Bei der Landesstelle „Textil" des Landeswirtschaftsamtes und auch bei der Landesstelle „Leder" werden 50% des Personals entlassen. Die Landesstelle „Holz" wird ihren Personalbestand auf ein Mindestmaß beschränken. Bei der Landesstelle „Glas und Keramik" wurde sämtlichen Angestellten gekündigt, da diese Abteilung restlos aufgelöst wird. Bei den Abteilungen „Baustoffe" und „Chemie" tritt ebenfalls eine erhebliche Verringerung des Personals ein. Die Abteilung „Kautschuk" wird gleichfalls um die Hälfte des Personalstandes vermindert. Die Fachgruppe „Mineralöle" muß nach einer Erklärung des Präsidenten des Landeswirtschaftsamtes dagegen hundertprozentig weiterbestehen. Das Landeswirtschaftsamt hat insgesamt 580 Angestellte, davon wurden 150 gekündigt. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß er in absehbarer Zeit auch die Landesstelle „Tabak" auflösen könne.

In den letzten Tagen trafen 80 Waggon Obst und Frühkartoffeln aus Italien in München ein.

Das bayerische Landeswirtschaftsamt hat einen Teil der U-Ware freigegeben. Ab sofort können ohne Bezugsrechte an den Verbraucher abgegeben werden: Sämtliche Schutzbekleidung wie Regenmäntel, Ölzeug usw., Strickwesten (Wolle), Pelzanzüge, Kopfschützer, Mützen, Hüte, Krawatten, Gamaschen, Jutesocken, Handschuhe verschiedener Art, Pulswärmer, Kapuzen (gefüttert und ungefüttert). Das Landeswirtschaftsamt gibt weiter bekannt, daß die 20 Textilpunkte ab sofort auch zum Einkauf von bisher bezugsgebundener Mangelware, wie Matratzen, Decken und Oberbekleidung verwendet werden können. Die Punkte sind übertragbar, ein Verfalltermin ist vorläufig nicht vorgesehen. Der Bewirtschaftung bleiben weiterhin unterstellt: Spinnstoffwaren und Schuhe, insbesondere Arbeitsschuhe, Treibriemen, Glühlampen, Brennstoffe (Kohle — Holz — Torf), Mineralöle, Seifen und Waschmittel, Tabakwaren, Nadelschnittholz, Laubschnittholz, Sperrholz und Hartfaserplatten.

Das bayerische Finanzministerium hat die Biersteuer für alle Biervorräte der bayerischen Brauereien, die vor dem 20. Juni hergestellt worden sind, um deren Verderb zu vermeiden, gesenkt. Es kommt dabei eine Biermenge von etwa 600 000 hl in Betracht. Die Steuer wurde auf 10 DM (statt 35 DM) pro Hektoliter ermäßigt. In den Gaststätten wird dieses „Altbier" zum Preise von 40 Pfg. pro Liter zum Ausschank gebracht. Das nach der Währungsreform hergestellte Bier wird von dieser Regelung nicht betroffen und noch nach den alten Sätzen besteuert, so daß diese Maßnahme des Finanzministeriums kein Mittel zur dauernden Behebung der Bierkrise darstellt.

Die Aktienbrauerei zum Hasen in Augsburg mußte 444 hl Dünnbier, das wegen Absatzschwierigkeiten zu lange gelagert war, unter Zollaufsicht vernichten lassen, wie der bayerische Brauerbund mitgeteilt hat. Für diese Biermenge sind 1344 kg Braumalz, 67 kg Hopfen, 12 t Kohle und andere Hilfs- und Betriebsmittel und vor allem Löhne, umsonst aufgewendet worden.

Auf Anregung des bayerischen Verkehrsministeriums wird in Bayern für die Beförderung von Stückgut in der Nahzone ein regelmäßiger Linienverkehr durch Kraftfahrzeuge eingerichtet.

Das bayerische Landesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat bezüglich der Kranken-, Schadens-, Unfall- und Transportversicherung der Geldneuordnung Rechnung tragend, Richtlinien erlassen. Grundsätzlich bleiben sämtliche am 21. Juni laufende Versicherungen in voller Höhe der bisherigen Versicherungssumme in Kraft.

Die Stadt München konnte die Schäden an Bauten und Maschinen der Elektrizitätswerke soweit beseitigen, daß bei der Stromerzeugung im kommenden Winter fast die friedensmäßige Leistung erreicht werden kann, wenn die erforderlichen Kohlenmengen eintreffen.

In der Nähe des Kohlenbergwerks Penzberg in Oberbayern wird zur Zeit ein neues Dampfgroßkraftwerk erbaut. Die Stromerzeugung ist für die Versorgung des süddeutschen Bahnnetzes bestimmt und soll im Verein mit dem Rißbach-Kraftwerk, an dem ebenfalls zur Zeit gebaut wird, künftig Stromkrisen in Bayern ausschließen. An dem Werk in Penzberg arbeiten zur Zeit etwa 300 Arbeitskräfte, die auf 700 erhöht werden sollen.

In Münsingen wurde kürzlich eine Fabrik für chem.-technische Produkte eröffnet, die u. a. auch Süßstoffe herstellt. Die wöchentliche Produktion soll etwa 15 000 Beutel Sacharin betragen.

Englische Zone

Die Preise sind noch so flüssig, daß sich selbst im Gebiet der Stadt Hannover regional erhebliche Unterschiede herausgebildet haben. Das Preisniveau liegt in den westlichen Arbeitervierteln (Hannover-Linden) für gleichwertige Artikel erheblich unter dem in anderen Stadtteilen. Die Differenz ist so bedeutend, daß die Industrie- und Handelskammer Hannover in einer Veröffentlichung auf das unterschiedliche Niveau hinweist, damit die „Selbsthilfe" des Käufers die notwendigen Preisregulierungen erzwinge.

In der nächsten Zeit dürften die Fahrradpreise in der britischen Zone eine Erhöhung erfahren. Bisher liegt der reguläre Preis für ein Markenfahrrad zwischen 140 und 160 DM. Bei Anhalten der regen Nachfrage sind wegen Mangels an Rohstoffen und Bereifungen Lieferungsstockungen nicht ausgeschlossen.

Nachteilig wirkte sich die Währungsreform in Niedersachsen bisher nur auf die Arbeitslage der Kunstgewerbe-Hersteller und -Geschäfte, der Musiker, Artisten, Reisebüros, Tauschzentralen, Reklameinstitute, Hausgehilfinnen und weniger perfekten Stenotypistinnen aus; auch Kriegsbeschädigte wurden in relativ starkem Umfange entlassen.

Als wichtigste Voraussetzung für eine bessere Schuhversorgung der britischen Zone bezeichnet die Leder- und Schuhindustrie eine verstärkte Einfuhr von Rohhäuten. Zuletzt wurden im März ausländische Häute angekauft. Der Bedarf an Schuhen beträgt 13—14 Mill. Paar, was einer Produktion von 6—7 Monaten entspricht.

Im Ruhrorter Hafen wurde im Juni mit einem Güterumschlag von 773 949 t gegen 535 537 t im Mai ein Rekord aufgestellt. Die Erzanfuhr erhöhte sich von 58 187 t im Mai auf 94 604 t und die Kohlenabfuhr von 174 568 t auf 294 365 t.

Einen Vorstand erhielten die Reichswerke AG. Watenstedt-Salzgitter. Kaufmännischer Direktor wurde Schicketanz, technischer Direktor Hübschen, ein Hüttenexperte von der Saar, und Arbeitsdirektor Jungbluth, der von der Ruhr kommt. Bisher unterstanden die Reichswerke einem von Niedersachsens Finanzminister Dr. Strickrodt (CDU) geleiteten Kuratorium, der als seinen Vertreter bei den Reichswerken den Wirtschaftsprüfer Dr. Stolle bestimmt hatte. Die Reichswerke stehen zu einem Teil auf der Demontageliste. Die Planung des Mammutbetriebes war unter dem Nationalsozialismus vorgenommen, aber nur zu einem Teil vollendet worden. Trotzdem ist das Werk mit seinen 12 Hochöfen und den Anlagen zur Weiterverarbeitung eines der größten in der deutschen Stahlindustrie. Die Eisenerzlager in der Umgebung, zu deren Ausbeutung es gegründet ist, sind außerdem mit weitem Abstand die umfangreichsten Deutschlands, doch stehen diese Erze wegen ihrer Eisenarmut und wegen ihrer „sauren" Zusammensetzung hinter den siegerländischen, lothringischen oder gar schwedischen Erzen weit zurück.

Das Volkswagenwerk Wolfsburg, das infolge der Währungsreform im Juni mit nahezu 1900 Stück eine Rekordproduktion erreichte, stellte im Monat Juni 200 Arbeitskräfte neu ein. Im Monat Juli werden weitere 100 Arbeitskräfte eingestellt. Auch in anderen niedersächsischen Betrieben konnten zusätzlich Arbeiter beschäftigt werden.

Die Nachfrage nach Lastkraftwagen und Omnibussen sowie nach Ersatzteilen ist bei Büssing NAG auch nach dem Geldschnitt außerordentlich stark. Die Käufer zahlen bar und stellen Eisen aus eigenen Kontingenten zur Verfügung. Die Lohnzahlungen wurden bereits am 25. Juni mit 60% Abschlag wieder aufgenommen. Bankmittel werden vorläufig nicht benötigt.

Die Porzellanfabrik Kahla AG. in Kahla, deren Betriebsanlagen zu einem erheblichen Teile in der russischen Zone liegen und damit dem Einfluß durch die Verwaltung entzogen sind, will ihren Sitz von Kahla nach Bayern verlegen. Zur Zeit befindet sich die Werksleitung in Schönbusch.

Ostzone

Auf Grund der vorzüglichen Ergebnisse, die man mit der Züchtung der Sojabohne auf dem Balkan gemacht hat, ist man in der Ostzone zu Züchtungsversuchen mit der Sojabohne übergegangen, die in erster Linie auf den Züchter Dieckmann in Heimburg am Harz und auf Professor Riede zurückgehen. Die Züchtungsversuche werden von der „Deutschen Saatzucht-Gesellschaft" auf mittelguten Böden des Harzes und der Versuchsfelder um Biesdorf bei Berlin vorgenommen. Mit der bisher am geeignetsten erkannten Sorte „Dieckmanns Heimkraft" ist man zum Vermehrungsanbau auf größeren Flächen übergegangen. Man hofft, nach der diesjährigen Ernte Saatgut für eine Anzahl von Versuchsgütern abgeben zu können. Zur Düngung sollen Kali und Phosphorsäure verwandt werden. Neben diesen Züchtungsversuchen mit der Sojabohne laufen Anbauversuche mit einer gezüchteten Süßlupine, mit Ölkürbis und Raps, die von Professor Baur in Müncheberg durchgeführt werden.

Laut Statistik verfügte die Genossenschaft sächsischer Pelztierzüchter Ende des Jahres 1947 über 11 Waschbären, 27 Karakulschafe, 484 Nerze, 831 Füchse und 10 089 Sumpfbiber. Durch die Schwierigkeiten der Futterbeschaffung kann der Tierbestand vorerst noch nicht vergrößert werden. In Rathewalde in der sächsischen Schweiz wird ein Lehrgut für Pelztierzüchter eingerichtet, in dem auch Lehrlinge im Anschluß an ihre Lehrzeit noch eine kurze Ausbildung erhalten können.

Auf 7 volkseigene Betriebe in Sachsen-Anhalt, einen volkseigenen Betrieb in Thüringen und 6 Betriebe der „Staatlichen AG. für Kalidüngemittel" in Thüringen entfallen 63% der deutschen Kaligesamtproduktion, die 1947/48 rund 1,1 Millionen Tonnen Reinkali betrug.

Die Produktion der volkseigenen Betriebe der Ostzone soll fast vollständig der Landwirtschaft der Zone zur Verfügung stehen. 91% des in Sachsen-Anhalt gewonnenen Kalis wurden im verflossenen Wirtschaftsjahr an die Bauern der fünf Ostzonenländer geliefert. Der Rest entfiel auf Interzonen- und auf Exportgeschäfte mit Polen und der Tschechoslowakei. Die Westzonen erhielten eine Lieferung von 30 000 t Hedrich-Kainit im Austausch gegen andere Güter. Von den 7 Kaliwerken in Sachsen-Anhalt, die eine Kapazität von 124 000 t aufweisen, wurden 1947/48 etwa 95 000 t Reinkali geliefert. Im laufenden Düngejahr wird die sächsisch-anhaltische Erzeugung 120 000 t Reinkali betragen. Auch die Steinsalzbetriebe und Salinen haben eine Produktionsausweitung vorgesehen und werden ihre Jahreserzeugung auf 1 Mill. t bis Ende 1948 steigern und damit 40% mehr leisten als im Vorjahr.

Die dem SAG. Betrieb „Marten" angegliederten Werke sind das größte Eisen verarbeitende Unternehmen der Ostzone und erzeugen monatlich in ihren Hochofenwerken 7 000 t Roheisen. Die Hütten arbeiten mit Siemens-Martin- und Elektroöfen. Sie beschäftigen 6 300 Leute und dienen als Lieferant der Metall verarbeitenden Industrie der Ostzone. Thale ist das Rückgrad der Stahlindustrie der russischen Besatzungszone. Aus dem neuen Werkstoff Sintereisen werden jetzt zur Behebung der Verknappung der Lagermetalle in Thale Gleitlager anstatt der ehemaligen Kugellager hergestellt. Facharbeiter fehlen. Rund 1000 Spezialisten können noch eingestellt werden.

In den „Wanderer-Werken AG." in Siegmar-Schönau in Sachsen, ist die Schreibmaschinen-Produktion von 700 Stück im Monat auf 1000 Stück erhöht worden. Die Berliner Vertretung der Wanderer-Werke ist durch die Continental-Büromaschinen GmbH. übernommen worden.

Von den Astra-Werken in Chemnitz ist ein Exportauftrag von Buchungsmaschinen für Dänemark übernommen worden, den die Hauptverwaltung für den Interzonen- und Ausfuhrhandel durch Lieferung von Fischen und Lebensmitteln für die Ostzone zu kompensieren gedenkt.

Die Optische Werke (R.O.W.), Rathenow, die als landeseigenes Unternehmen der Verwaltung der Stadt Rathenow unterstehen und nach dem Kriege aus den Großfirmen Busch, Nitsche & Günther sowie Rapsch gegründet wurden, beschäftigen 720 Leute und stellen optische Gläser für Brillen, Ferngläser sowie Objektive her. Die einzelnen Fabriken haben nach der Demontage sich aus alten aufgearbeiteten Maschinen erst wieder neue Werkzeugparks schaffen müssen und mußte ihre durch Kriegsschäden schwer mitgenommenen Gebäudeanlagen ausbauen. Außer feinoptischen Artikeln werden in Eigenfabrikation auch Fassungen gefertigt. Nach Aufstellung einer Spezialmaschine wurde die Produktion der Brillenbügel mit Stahleinlagen vereinfacht und gesteigert. In eigener Glasschleiferei werden Brillengläser geschliffen. Infolge schwieriger Rohstofflage kann die derzeitige Kapazität, die mit etwa 25% an die Vorkriegsleistungen anknüpft, nicht voll ausgenützt werden.

Bei den volkseigenen Öl- und Fettwerken in Magdeburg wurde kürzlich eine neue Extraktionsanlage in Betrieb genommen, durch welche die Verarbeitungskapazität von 9000 t auf 15 000 t jährlich erhöht wird. Durch die neuzeitlichen Extraktionsanlagen in Magdeburg, Wittenberge und Riesa soll jährlich ein Verlust von 600 bis 800 t Öl für die menschliche Ernährung vermieden werden. Weitere neuzeitliche Anlagen dieser Art sind in Gotha und Rostock im Bau.

Über 1 Million Stück Harzer Roller, die den Konsumenten der Ostzone zugeführt werden, stellt die Käserei Körner in Quedlinburg wöchentlich her. Die ebenfalls unter dem Decknamen „Harzer Roller" bekannte Harzer Singvogelzucht hat größere Exportaufträge zu verzeichnen.

Die zum landeseigenen Betrieb deklarierte Baumwollspinnerei Falkenau, Kreis Flöha in Sachsen, die restlos demontiert wurde, hat neu aufgebaut und wieder über 20 000 Spindeln laufen. Vor dem Kriege verfügte das Unternehmen über 80 000 Spindeln.

Teure Sozialisierung

Das englische Kohlenamt hat endlich im Juli eine Übersicht über das Jahr 1947 gegeben. Die Verzögerung dürfte wohl damit zusammenhängen, daß die Ergebnisse, die das hohe Amt zu veröffentlichen hat, alles andere als erfreulich sind. Insbesondere muß das Amt ein Defizit von 23,25 Mill. Pfund für 1947 zugeben.

Man stellt an den Anfang dieses Berichts die einfache Feststellung, daß die Kohlenförderung im Jahre 1947 um 6 Mill. t auf insgesamt 197 Mill. t gestiegen sei. Daß die Förderung gestiegen ist, bedeutet nach den Jahren vorher zweifellos einen Fortschritt, wenn auch zu bedenken ist, daß sich die Kohlenförderung Englands in den Jahren vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg im Durchschnitt auf 250 Mill. t und mehr belaufen hat. Bedenklicher wird schon die Feststellung, daß sich die Zahl der Beschäftigten um 26 000 auf rund 718 000 am Ende des Jahres 1947 erhöht hat. Die Förderung stieg also um 3%, die Beschäftigtenzahl um 4%. Auch die absolute Zahl der Beschäftigten ist im Verhältnis zur Vorkriegszeit wesentlich höher, eine Beobachtung, die auch im belgischen Bergbau zu machen war.

Nun kommt aber das Bedenklichste: Die gesamten Produktionskosten pro t stiegen um 4 s 3 d. Dabei wollen wir den Teil dieser Kostenerhöhung nicht weiter behandeln, der durch Lohnerhöhungen und andere Vergünstigungen für den Bergmann entstanden ist; dadurch allein stiegen die Produktionskosten um 2 s 6 d. Gerade die Differenz, also die 1 s 9 d, interessieren uns.

Mit einer propagandistisch aufgezogenen Freude wird darauf verwiesen, daß der Bergbau nun ein Jahr Verstaatlichung hinter sich hat und in der Zeit die Förderung steigern konnte, was vorher nicht gelungen war. Nun weiß aber jeder, der in der Betriebswirtschaft etwas zu Hause ist, daß bei steigender Produktion die Kosten, auf die Einheit gerechnet, sinken, (solange die Vollausnutzung der Kapazität nicht erreicht ist, was im englischen Kohlenbergbau bei weitem noch nicht der Fall ist). Ganz besonders fällt dieses Sinken da auf, wo ein proportionaler Kostenteil ausfällt. Das ist im Bergbau der Fall. Die wesentlichen proportionalen Kostenelemente sind Löhne und Material. Proportional berechnetes Material gibt es im Kohlenbergbau eigentlich nur das Holz. Normalerweise hätte also eine Steigerung der Förderung um 3% mindestens keine Kostenerhöhung bringen dürfen, ja sogar eine Senkung pro Einheit erwarten lassen müssen, die größer ist, als die Differenz zwischen X Lohnanteil und Verkaufspreis ab Grube pro Tonne. Da aber die Selbstkosten, wie ausgerechnet, um 1 s 9 d gestiegen sind, kann nur auf eine zunehmende Mißwirtschaft geschlossen werden. Das erste Jahr der Kohlensozialisierung in England kann also trotz Fördersteigerung nicht überzeugen.

Agrarpreise in Jugoslawien

Die jugoslawische Regierung verfügte eine drastische Herabsetzung der Preise aller Agrarerzeugnisse. Die Detailpreise wurden um 30 bis 50% gesenkt und dem diesbezüglich erlassenen Befehl durch eine sofort einsetzende Kontrolle, die von Markt-Inspektoren und uniformierte Miliz ausgeübt wird, Nachdruck gegeben. Ein Run der Stadtbevölkerung auf die Märkte und ein Run der Bauern von den Märkten weg waren die Folge der völlig überraschenden Maßnahme.

Die Anordnung der jugoslawischen Regierung soll ihre Erklärung darin finden können, daß die Haltung der Behörden, die überhöhte Preise für Agrarerzeugnisse zugelassen hatten, zu Äußerungen heftigen Unwillens der Arbeiter in den Städten geführt hatte. Es wurde der Regierung zur Last gelegt, daß sie die Bauern begünstigte und dabei auch auf die Kritik hingewiesen, die in dem Kommuniqué des Kominform an eben dieser angeblichen Einstellung Titos in der Bauernfrage geübt worden ist.

Es ist bekannt (und wird an anderer Stelle dieses Blattes neuerlich darauf hingewiesen), daß die Stellungnahme des Kominform gegen Titos angebliche Bauernpolitik sich international in allen Ländern auszuwirken beginnt, in denen es neben kommunistischen Parteien auch eine von ihnen umworbene kleinbäuerliche Bevölkerung gibt. Es hat diese Stellungnahme aber augenscheinlich auch Tito selbst aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Die überraschende Herabsetzung der Agrarpreise soll offenbar den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Bauernfreundlichkeit entkräften. Darüber dürften nun aber wie in aller Welt auch die Bauern Jugoslawiens erkannt haben, daß bäuerliche Interessen und kommunistische Bestrebungen — ob sie nun vom Kominform oder von Tito vertreten werden — verschiedene Wege gehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Rekord-Stahlproduktion in den USA

Fortschritte im Ausbau der Kapazität — Erhöhte Erzimporte

Als größter Stahlproduzent der Welt haben die Vereinigten Staaten im Jahre 1947 mit einer Erzeugung von 84,8 Mill. t viermal mehr Stahl produziert als die Sowjetunion oder dreimal soviel wie alle westeuropäischen Länder zusammen. Insgesamt entfielen 57% der Weltstahlerzeugung auf die USA, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die europäische Stahlindustrie sich im Vergleich zur Vorkriegszeit noch im Rückstand befindet. Die im Jahre 1947 zu verzeichnende hohe Kapazitätsausnutzung von über 90% hat in den bisherigen Monaten des Jahres 1948 noch zugenommen, so daß für das laufende Jahr ein neuer Höchststand in der Friedensproduktion erreicht wird, wenn keine Störungen eintreten.

Durch Fertigstellung der 1947 errichteten neuen Betriebsanlagen und dem Ausbau der vorhandenen Anlagen hat sich die Kapazität der amerikanischen Stahlindustrie bis Anfang 1948 um rund 3 Mill. t auf 94,2 Mill. t erhöht, so daß technisch die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Stahlproduktion geschaffen sind. Der Ausbau der Stahlindustrie wird zur Zeit fortgesetzt und bis Ende 1949 eine weitere Erhöhung der Kapazität um rund 2 Mill. t zur Folge haben. Diese Ausdehnung der Kapazität wird jedoch nicht von allen Kreisen der amerikanischen Stahlindustrie gebilligt, da man ein mögliches Abflauen der Konjunktur befürchtet. Man erinnert sich noch lebhaft der Schwankungen im Stahlverbrauch in der Vorkriegszeit. Gegenwärtig ist die Stahlerzeugung um ein Drittel höher als im Konjunkturjahr 1929 und doch reicht die Erzeugung noch nicht aus, den Bedarf voll zu decken.

In den letzten Monaten hat sich der Stahlverbrauch in den USA weiter erhöht, nachdem eine neue Kaufwelle eingesetzt hat, die auf die Befürchtungen der Verbraucher zurückzuführen ist, daß ein neuer Kohlenarbeiterstreik und der ERP-Bedarf die Versorgungslage verengen können. Bei dem hohen Stahlbedarf in den USA ist zu berücksichtigen, daß die Kraftfahrzeugindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie unwahrscheinlich hohe Mengen Stahl verbrauchen. Hinzu kommt nun der Bedarf für die militärische Aufrüstung und das Marshall-Programm. Unter diesen Umständen ist es durchaus möglich, daß die Nachfrage noch zunimmt.

Die Rohstoffversorgung der amerikanischen Stahlindustrie vollzieht sich im allgemeinen reibungslos, wenn auch Anstrengungen notwendig sind, die Riesenmengen an Kohle, Energie, Eisenerz und Schrott laufend heranzuschaffen. Bei den großen Kohlen- und Koksmengen, die die Stahlindustrie benötigt, muß sich ein Streik im Kohlenbergbau auf die Stahlproduktion innerhalb kürzester Frist auswirken. In der Erzversorgung sind die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren in verstärktem Umfange zu Importen übergegangen. Gegenwärtig fördern die USA noch zwei Fünftel der gesamten Welt-Eisenerzproduktion. Die Vorkommen von Lake Superior im Staate Minnesota deckten bisher 85% des Bedarfs an hochwertigen Erzen. Weitere Erzvorkommen befinden sich in den Staaten Michigan, New York, Alabama, Pennsylvanien, Wisconsin und Utah. Durch den forcierten Abbau in den letzten Jahrzehnten sind die Vorräte an hochwertigen Erzen in Lake Superior im großen Seengebiet stark zusammengeschmolzen; bei der Höhe der augenblicklichen Stahlproduktion reichen sie nur noch 15 bis 20 Jahre. Demgegenüber verfügen die Vereinigten Staaten jedoch noch über riesige Erzvorkommen mit geringerem Eisengehalt, die gleichfalls im oberen Seengebiet liegen, und für mehrere hundert Jahre reichen. Zur Zeit bemüht sich die Stahlindustrie, ein wirtschaftliches Verfahren für die Verarbeitung dieser sauren Erze zu entwickeln, da man schon in wenigen Jahren zum Abbau der geringwertigen Erze übergehen will, um die Lebensdauer der Vorräte an hochwertigen Erzen zu erhöhen. Aus dem gleichen Grunde sind die Importe erhöht worden. Die amerikanische Stahlindustrie ist an der Erschließung von Eisenerzvorkommen in Brasilien, Chile, Venezuela, Mexiko und anderen südamerikanischen Ländern beteiligt. Die brasilianischen Itabiraerze gehören zu den größten Erzlagern der westlichen Hemisphäre und können die gesamte USA-Stahlindustrie auf Jahrhunderte versorgen. Der Transport erfolgt auf Kohlenschiffen, die Brennstoffe nach Brasilien bringen und für die Rückfahrt Erz laden. In diesem Jahr haben die Vereinigten Staaten Eisenerz auch aus Schweden bezogen. Als ein Riesenobjekt ist die Erschließung von Erzvorkommen auf beiden Seiten von Quebeck und Labrador anzusehen, die zu den größten der Welt gehören und eine Ausdehnung von 80 Meilen haben. Voraussetzung für die Erschließung ist der Bau einer 350 Meilen langen Eisenbahnverbindung zwischen diesem Gebiet und der Bucht von Sept Iles. Die amerikanische Eisenerzversorgung kann auch auf lange Sicht als durchaus gesichert angesehen werden.

Hinsichtlich der Schrottversorgung ist bemerkenswert, daß die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren Schrott aus verschiedenen Ländern importiert haben, während sie vor dem Kriege Schrott exportierten. Im Jahre 19?? waren die Vereinigten Staaten der größte Schrottexporteur der Welt und stellten rund drei Viertel der Welt[illegible]. Der derzeitige hohe [illegible] ist allerdings zum Teil [illegible] eine hohe Vorratsbildung zu[illegible]. Die Schrottversorgung hat jedenfalls bisher keine Schwierigkeiten bereitet und die amerikanische Stahlproduktion nicht behindert. Immerhin ist es bezeichnend, daß die Vereinigten Staaten bekanntlich eine besondere Kommission nach Deutschland entsandt haben, um die Möglichkeiten für eine Schrottausfuhr aus Westdeutschland zu untersuchen.

Gewaltiger Rohstoffbedarf

Noch immer bestehen in Europa recht unklare Vorstellungen über den Umfang der Produktionsausweitung, die sich im Verlaufe der letzten zehn Jahre in den USA ergeben hat. Dabei hat sich in den Vereinigten Staaten in diesem Jahrzehnt eine Revolution der Kapazität ergeben, die schwer zu überschätzen ist und auch auf die internationale Außenhandelsentwicklung stärksten Einfluß haben muß.

An zwei Momenten läßt sich in den Umrissen der Umfang dieser Produktionsausweitung erkennen. Einmal ist in mehreren unabhängig voneinander erfolgten Ermittlungen von amerikanischer und neutraler Seite festgestellt worden, daß der industrielle Apparat der USA seit dem letzten Vorkriegsjahr eine Ausweitung um nicht weniger als 50% erfahren hat. Dies ließ sich sowohl an den aufgewendeten Kapitalien als auch an den damit erzielten „Ergebnissen", dem neu erstellten Produktionsanlagen ablesen. Zwar war ein Teil dieser neuen Anlagen im Kriege und für ausgesprochene Rüstungszwecke entstanden. Doch mit Ausnahme der neuen Werke in der Flugzeugindustrie, die in der Nachkriegszeit länger brach lagen und erst neuerdings im Zuge der erneuten Aufrüstungswelle teilweise wieder produktiv eingeschaltet werden können. Der weitaus größere Teil der neuen Produktionsstätten konnte jedoch nach einer sehr kurzen Umstellungsfrist für den Friedensbedarf nutzbar gemacht werden. Es hat sich ja gezeigt, daß der Begriff der ausgesprochenen Rüstungsindustrie nur auf einen sehr kleinen Sektor der Schwerindustrie anwendbar ist, daß dagegen nicht nur Stahlwerke, sondern auch die komplizierteren Verarbeitungsanlagen ebenso sehr in den friedlichen Aufbau wie in das Zerstörungswerk der Rüstung eingeschaltet werden können. So kann man also tatsächlich mit geringen Ausnahmen davon sprechen, daß die um rund die Hälfte erweiterte industrielle Kapazität in den USA in der bisher hauptsächlich „friedlichen" Nachkriegskonjunktur beschäftigt worden ist.

Der zweite Faktor, den man bei der Beurteilung der amerikanischen Wirtschaft berücksichtigen muß, ist die tatsächlich nachweisbare mengenmäßige Produktion der letzten Jahre in den USA. Der Beschäftigungsindex des Federal Reserve Board für die amerikanische Industrie (1935/39 = 100) liegt seit 1½ Jahren ziemlich konstant bei 188 bis 190. In dieser Ziffer kommt deutlich zum Ausdruck, daß nicht nur die neu erstellten Anlagen weitgehend in der Nachkriegsproduktion Beschäftigung gefunden haben, sondern daß auch die alten Anlagen aus der Vorkriegszeit ebenso wie im Kriege auch seitdem wesentlich besser ausgenutzt sind. Dabei wissen die amerikanischen Fachleute, daß auf einigen Gebieten, wie z. B. in der Stahlindustrie, die Kapazitätsausnutzung über dem „Optimum" liegt. Die Stahlproduktion der USA im Jahre 1947 belief sich auf 84 Mill. t bei einer Kapazität von 91 Mill. t. (Siehe oben). Jeder Kenner der Stahlindustrie weiß, daß dies eine Überbeanspruchung bedeutet, die sich früher oder später in überhöhten Kosten für umfassendere Instandsetzungsarbeiten rächen muß, da sich grundsätzlich die Ausnutzung der Stahlkapazität über längere Zeiträume nur auf 85% beläuft, wenn die laufenden Reparaturen ordnungsgemäß und rechtzeitig ausgeführt werden.

Wie stark der Unterschied zwischen der amerikanischen Kapazitätsausweitung und allgemeinen Produktionssteigerung gegenüber den europäischen Industrieleistungen der Nachkriegszeit ins Gewicht fällt, dafür hat kürzlich der „Economist" ein sehr interessantes Beispiel geliefert. Aus der folgenden Aufstellung geht deutlich hervor, wie auf allen Gebieten der amerikanische Rohstoffverbrauch zugenommen hat, während die vergleichbaren Ziffern für England — das hier nur als ein typisches Beispiel für den allgemeinen Trend der industriellen Nachkriegsentwicklung in Westeuropa steht — erkennen lassen, daß man nur knapp den Vorkriegsverbrauch wieder erreicht hat.

Einige Erläuterungen zu dieser Aufstellung sind allerdings notwendig. So

Der Verbrauch von Rohstoffen in den USA und England

			USA 1934—38	USA 1947	1947 in % von 1934—38	England 1934—38	England 1947	1947 in % von 1934—38
Baumwolle	Mill.	lb.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Wolle	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kunstseide	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Gummi nat.	000 t	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
synth.	„	„	—	[illegible]	—	—	—	—
Kupfer	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Blei	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zink	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zinn	„	„	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

ist die starke Erhöhung des Kunstseidenverbrauchs in den USA und in weitem Abstand auch in England ein Beweis dafür, daß der Siegeszug der Kunstseide (und der Zellwolle) sehr beachtliche Erfolge zu verzeichnen gehabt hat. Die Nylon-Strümpfe sind nur ein besonders populäres Beispiel. Darüber hinaus hat sich nicht nur in der Textilwirtschaft, sondern auch in anderen Verwendungszweigen für Textilfasern eine weitgehende Umschaltung auf Kunstseide ergeben, so etwa in der Autoreifenproduktion, die heute jedenfalls in den USA die Kunstseidenbasis der früheren Baumwollbasis vorzieht. Zu den Verbrauchsziffern für Naturgummi in den USA ist zu bemerken, daß im Kriege bekanntlich eine sehr umfangreiche Kapazität für die Herstellung von synthetischem Kautschuk aufgebaut worden ist. Auch heute wird in den USA noch sehr viel künstlicher Kautschuk verwandet, teils weil er sich für manche Verarbeitungszwecke als technisch überlegen erweist, teils weil die amerikanische Regierung aus strategischen Gründen noch eine Teilverwendung von synthetischem Gummi vorschreibt. In England dagegen spielt künstlicher Kautschuk wegen der britischen Interessen an den Gummiplantagen in den Kolonien kaum eine Rolle. Schließlich ist zu den Verbrauchsziffern für NE-Metalle zu bemerken, daß die relativ hohen Kosten der Zinnproduktion und ihre mengenmäßige Begrenzung zu manchen Verschiebungen geführt hat, die sich vor allem für den Kupferverbrauch günstig ausgewirkt haben. Doch über diese Verschiebungen hinweg ergibt sich eindeutig das Bild, daß die amerikanische Industrie heute einen wesentlich höheren Teil der Weltproduktion an den wichtigen Rohstoffen verarbeitet als vor dem Kriege, ein Zustand, der sich auch dann nicht wieder vollständig wandeln wird, wenn einmal Europa wieder einen als normal zu bezeichnenden Produktionsumfang aufweisen wird.

Argentinische Freihafenzone in Kopenhagen?

Kopenhagen. Zu dem Projekt, für Argentinien im Kopenhagener Hafen eine Freihafenzone anzulegen, wobei die Errichtung von zwei siebenstöckigen Packhäusern durch dänische Firmen vorgesehen ist, schreibt die schwedische „Göteborgs Handel- och Sjöfartstidning": „Dänische Initiative und Verhandlungskunst haben für den Kopenhagener Hafen einen bedeutungsvollen Fortschritt erzielt. Argentinien will seinen Handel mit Skandinavien in Kopenhagen zentralisieren. Wir wollen nicht zögern, Dänemark dafür unsere Glückwünsche darzubringen. Freilich ist Argentinien keine Freihandelsnation. Gewisse Exportartikel werden ausschließlich vom Staat verkauft, der sich bemüht, eine eigene Handelsflotte aufzubauen, um die Käufer argentinischer Waren zu zwingen, diese durch argentinische Schiffe zu empfangen. Aber abgesehen davon, Kopenhagen hat einen Trumpf in die Hand bekommen, eine Art Privileg, für die Handelsverbindung zwischen Argentinien und dem Norden."

Handelsabkommen mit Rußland

Kopenhagen. Das dänisch-russische Handelsabkommen sieht einen Warenaustausch im Werte von 180 Mill. K vor. Bei der Preisfestsetzung haben sich jedoch Schwierigkeiten ergeben, da Rußland die Preise für seine Kornlieferungen erst nach der Ernte festsetzen will, wogegen Dänemark die 10 000 t Butter, die zum Teil bis zum Herbst bzw. im nächsten Frühjahr geliefert werden sollen, zu 6,13 K je 1 kg, also zu demselben Preis wie bei der Ausfuhr nach England, berechnen soll. Dänemark verlangt aber 7 K je 1 kg mit der Begründung, daß für die Ausfuhr nach Großbritannien besondere Abmachungen vorliegen. Die Festsetzung der Getreide- und Butterpreise wurde daher um einen Monat verschoben.

Verhandlungen mit der Doppelzone

Kopenhagen. Die für Juli in Kopenhagen vorgesehenen Handelsverhandlungen mit der Doppelzone wurden bis zum 1. August vertagt. Trotzdem will die dänische Regierung nach einer Meldung von „Nationaltidende" möglichst bald Vertreter nach Frankfurt entsenden, um eine Einigung über die Ausfuhr von dänischen Fischen im Werte von 15 bis 20 Mill. Kr., von Kartoffeln im Werte von 16 Mill. Kr., von Gemüse und Obst im Werte von 5 Mill. Kr. und von Saatgut im Werte von etwa 4 Mill. Kr. in die Doppelzone zu erzielen.

Stahlanforderung aus USA 35 000 t

Kopenhagen. Dänemark hat für das dritte Vierteljahr 1948 bei der Marshallplan-Verwaltung seinen Bedarf an Stahl mit 35 000 t angemeldet, die jedoch erst später als erwartet geliefert werden dürften. Die USA müssen ihren eigenen sehr großen Stahlverbrauch stark einschränken, um dem europäischen Wiederaufbau zu helfen. Die englische Eisen- und Stahlerzeugung ist jedoch gut im Gange und man habe dort den besten Willen, den dänischen Wünschen entgegenzukommen. Man habe auch, wie betont wird, feste Zusagen für besondere Qualitäten gemacht, die in Dänemark dringend benötigt werden, so u. a. Platten für den Schiffs- und Kesselbau. In England sehe man ein, daß die im englisch-dänischen Handelsabkommen vorgesehenen 30 000 t Eisen und Stahl für Dänemark nicht ausreichend seien und man bemühe sich daher, mehr zu liefern.

Neuer Handelsvertrag England — Rußland?

Von unserem Londoner Korrespondenten

Nicht nur von englischer Seite wird mit großem Nachdruck betont, daß man großes Interesse am Abschluß eines langfristigen Handelsvertrages mit der Sowjetunion hat, der die kurzfristige Regelung vom Dezember 1947 stabilisieren würde. Auch auf russischer Seite besteht viel Neigung, dieses wirtschaftspolitische Problem aus dem Bereich akuter politischer Spannungen möglichst herauszuhalten und wenigstens das handelspolitische Gespräch wieder in Gang kommen zu lassen, auch wenn man im Vorwege keine sowjetischen Äußerungen darüber vernehmen kann, wie die Aussichten für einen derartigen Vertragsabschluß sind.

Die vom englischen Handelsminister Wilson ausgesprochene Hoffnung, daß die Besprechungen demnächst und voraussichtlich in London aufgenommen werden können, basieren auf dem starken britischen Interesse, nunmehr auch größere Holzlieferungen aus der Sowjetunion zu erhalten, nachdem bekanntlich in den Dezember-Vereinbarungen nur erst die Lieferungen von 750 000 t russischen Futtergetreides festgelegt worden sind. Diese Lieferungen sind bisher planmäßig erfolgt und werden bis September 1948 abgewickelt sein. Über russische Holzexporte zu sprechen, hielt man seinerzeit deshalb nicht für zweckmäßig, weil ohnehin die wichtigsten russischen Verschiffungshäfen für Holz im Winter vereist sind. Allerdings hoffte man damals schon im Mai mit umfassenderen Besprechungen beginnen zu können, was nicht zuletzt durch die zunehmenden politischen Spannungen unmöglich wurde, so daß man bereits einen wesentlichen Teil der russischen Holzverschiffungssaison ungenützt verstreichen lassen mußte. Das kann allerdings auch rein wirtschaftliche Hintergründe auf russischer Seite haben. Der inländische Holzbedarf der Sowjetunion ist so umfangreich, daß schon im vergangenen Jahre Fachleute ernsthafte Zweifel äußerten, ob tatsächlich nennenswerte russische Holzexporte im Jahre 1948 möglich sein würden.

Auch die Voraussetzung britischer Materiallieferungen für die Anlage von Schmalspurbahnen, sowie für die Mechanisierung des Holzeinschlages und der Holzbearbeitung ist bisher nicht erfüllt worden. Hier liegt ein schwerwiegendes sachliches Hindernis für erfolgreiche Handelsvertragsbesprechungen zwischen den beiden Ländern. Von russischer Seite wird nämlich ernstlich darüber geklagt, daß die Unterbringung von Aufträgen in der englischen Industrie keineswegs klappt. In London verlautet, daß bisher nur 3 Millionen £ sowjetischer Aufträge placiert werden konnten, obwohl im Dezember von einem denkbaren Auftragswert von 23 Millionen £ gesprochen worden war. Es handelt sich dabei neben der erwähnten Hilfe für die russische Holzwirtschaft vor allem um Anlagen und Materialien aus dem Gebiete der Elektrowirtschaft. Sowjetische Kreise in London sollen von der Notwendigkeit gesprochen haben, daß zur Erfüllung des Dezember-Abkommens die englische Regierung bei der Unterbringung der russischen Aufträge Hilfestellung leistet und vor allem auch für kurzfristige Lieferfristen und für die Festlegung von Höchstpreisen Sorge tragen müsse. Diese Forderung wird in England grundsätzlich abgelehnt, einmal weil man sich möglichst von jeder staatlichen Einflußnahme auf die Placierung von Aufträgen fernhalten möchte, zum anderen, weil man generell an der bevorzugten Befriedigung der Industrieaufträge aus Hartwährungsländern brennend interessiert ist und die englische Produktionsgüterindustrie nicht mit anderen Auslandsaufträgen blockieren möchte.

Eine weitere Schwierigkeit für den Abschluß größerer Industrieaufträge mit der Sowjetunion ergibt sich aus der Marshall-Hilfe. Bekanntlich legen die Amerikaner größten Wert darauf, daß keine von ihnen unter dem Hilfsprogramm für Westeuropa gelieferten Materialien in irgendeiner Form nach Osteuropa und in die Sowjetunion weitergeleitet werden. Sie selbst haben bereits ihre Lieferungen an die Sowjetunion derart eingeschränkt, daß in den letzten Wochen die Sowjets, allerdings bei geringem Gesamtumfang des Geschäfts, einen Aktivsaldo in ihrem Handel mit den USA aufzuweisen hatten. Schon bisher sollen die Amerikaner Einspruch gegen einige sowjetische Bestellungen in England erhoben haben. Für die Zukunft rechnet man in London damit, daß vom amerikanischen Außenministerium und vom Verwalter für den Marshall-Plan, Hoffman, die Ausfuhrsperre von „Gütern mit potentiellem militärischem Wert" sehr umfassend ausgelegt werden wird. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Begrenzung der britischen Möglichkeiten und die erwähnten sonstigen Schwierigkeiten schon sachlich die Handelsvertragsbesprechungen mit der Sowjetunion sehr einengen muß und darüber hinaus wird in London auch befürchtet, daß auf diese Weise der politische Faktor in den Beratungen mitsprechen würde, obwohl grundsätzlich beide Partner Interesse daran zeigen, sich auf den Warenaustausch zu beschränken und die Politik aus dem Spiele zu lassen.

Welche Pfunde sind transferierbar?

Für Zwecke der britischen Devisenkontrolle hat Chile seinen Anschluß an den US-Dollar aufgegeben und ist dem Block der Länder beigetreten, die über transferierbare Pfunde verfügen können, während Argentinien, Brasilien und Uruguay kürzlich aus dieser Gruppe ausschieden und sich den Ländern anschlossen, bei denen Pfund-Zahlungen rein bilateralen Charakter tragen. Diese Länder haben sich damit weiter vom Pfund-Block gelöst, wogegen Chile seine Beziehungen vertieft hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als normalerweise die Länder der südamerikanischen Ostküste enger mit dem Pfund-Handel verknüpft sind als Chile und die anderen Westküstenländer. Der Finanzkommentator von Reuter glaubt, daß die Ländergruppe des transferierbaren Pfundes sich allmählich zu der Gruppe von Ländern entwickelt, die sich in schwacher Devisenlage befinden und daher wahrscheinlich keine großen Pfund-Beträge anhäufen, die sie sonst zur Konversion präsentieren könnten.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich führt folgende 5 Länder-Kategorien, gemäß der die britische Devisenkontrolle ausgerichtet ist, auf:

1. Pfund-Block (die „feststehenden Gebiete"): britisches Empire (mit Ausnahme von Kanada und Neufundland), Burma, Irak, Island und Faröer-Inseln sowie britische Mandatsgebiete und Mandatsgebiete in britischen Dominien.

2. US-Dollargebiete (amerikanische Kontenländer): USA und US-Gebiete, Philippinen, Mexiko, Mittelamerika, Bolivien, Kolumbien, Ekuador, Peru und Venezuela.

3. Länder transferierbarer Konten: Aegypten, Aethiopien, Chile, Finnland, niederländisches Währungsgebiet, Norwegen, Persien, Polen, Schweden, Siam, spanisches Währungsgebiet, Sowjetunion, Sudan, Tschechoslowakei.

4. Bilaterale Länder: Argentinien, belgisches Währungsgebiet, Brasilien, Bulgarien, China und Formosa, Dänemark, französisches Währungsgebiet, Griechenland, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada und Neufundland, Oesterreich, Palästina, Paraguay, portugiesisches Währungsgebiet, Rumänien, Schweiz, Transjordanien, Türkei, Ungarn, Uruguay.

5. Andere Länder, einschließlich Afghanistan, Albanien, Nepal, Saudi-Arabien und Yemen.

Die Länder der Gruppen 1, 2, 3 und 5 können automatisch Pfunde nach oder von anderen Ländern innerhalb der eigenen Gruppe transferieren. Für Gruppe 3 bezieht sich dies nur auf laufende Zahlungen (die andere Länder dieser Gruppe annehmen müssen). Die B.I.Z. definiert das Gebiet der transferierbaren Konten als Länder, deren Zahlungspositionen untereinander und mit Großbritannien im Gleichgewicht sind, so daß uneingeschränkte Übertragbarkeit ohne zu große Gefahr einseitiger Entwicklung zulässig erscheint.

Automatische Pfund-Übertragbarkeit für alle Zwecke besteht ebenfalls bei den Gruppen 2, 3, 4 und 5 nach Gruppe 1 (Pfund-Block), bei der Gruppe 2 nach 3 und 5; sowie für laufende Transaktionen bei der Gruppe 3 nach Gruppe 5. Damit ergibt sich ein sehr viel weiteres Feld für die automatische Pfund-Übertragbarkeit, als allgemein vermutet wird. Alle anderen Pfund-Übertragungen erfolgen „administrativ", d. h. jede Transaktion erfordert eine Genehmigung der britischen Devisenkontrolle. Tatsächlich werden jedoch verschiedenartigste Transaktionen zugelassen, so daß nach wie vor umfangreiche Geschäfte im internationalen Kapital- und Warenverkehr in Pfund getätigt werden.

Handelsdefizit 250 Mill. £

London. Englands Handelsbilanz schloß im ersten Halbjahr 1948 mit einem Defizit von fast 250 Millionen Lst, obwohl das Ausfuhrvolumen 135% über dem Vorkriegsstand lag.

Leih- und Pachtzahlungen an die USA

London. Auf Grund eines jetzt in Washington unterzeichneten Abkommens hat Großbritannien als endgültigen Betrag für Leih- und Pachtleistungen während des Krieges 22 600 000 Lst an die USA zu zahlen, wogegen die USA auf alle Ansprüche aus dem Verkauf von Leih- und Pachtgütern durch England an andere Länder verzichtet. Das Verfügungsrecht über diese Güter wird ausschließlich England überlassen.

Neue Handelsschiffe für England

London. Nach einer Mitteilung im Unterhaus sollen im laufenden Jahr auf den englischen Werften neue Handelsschiffe von insgesamt mehr als einer Million BRT gebaut werden. Im Jahre 1938 betrug die Produktion 862 667 t und im Jahr 1947 948 947 t.

Rekord-Stahlproduktion

Die britische Stahlproduktion erreichte in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 7,564 Millionen t bei einer vorgesehenen Jahresproduktion von 14,5 Millionen t. Die Stahlproduktion im Monat Juni stellt mit 15,444 Millionen t Jahresquote einen neuen Rekord dar. Die Produktion im Vormonat belief sich auf 15,23 Millionen t Jahresquote, während im Juni 1947 nur 13,206 Millionen t Jahresquote erzeugt wurden.

Frankreichs Agrar-Fortschritte

Während des Krieges war auch die Produktionskraft der französischen Landwirtschaft beträchtlich gesunken. Es entstand daher für die Regierung als vordringliche Aufgabe, alles zu tun, um die Landwirtschaft wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen. Dies war um so wichtiger, als nach der Befreiung Frankreichs die Vereinigten Staaten einspringen mußten, um die Ernährung des französischen Volkes durch ihre Lieferungen sicherzustellen. Die französische Regierung betrachtete es namentlich als notwendig, den Anbau von Weizen, Zuckerrüben und Ölpflanzen zu fördern und die Gewinnung von Milch, Butter und Käse zu steigern.

Da die Weizenpreise bis zum Jahre 1947 in Frankreich sehr niedrig waren, wandte sich der französische Bauer vom Weizenanbau ab und bevorzugte die Anlegung anderer Kulturen, deren Ertrag ihm mehr Gewinn versprach. Im vergangenen Jahre wurde den Bauern von der Regierung aus ein fester Weizenpreis zugesichert, der jedes Jahr dem allgemeinen Preisstand entsprechend neu festgesetzt wird. Außerdem wurde die Gewährung von Anbauprämien eingeführt, andererseits aber jeder Hofbesitzer verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz seines Bodens mit Brotgetreide zu bestellen. Um die Knappheit an Ölpflanzen zu vermindern, wurden die Preise für Ölpflanzen ebenfalls garantiert, der Rapspreis soll stets doppelt so hoch sein, wie der Preis des Weizens. Bei der Milchgewinnung trat der Mangel an Futtermitteln als Hemmnis in Erscheinung.

Die gesamte Landwirtschaft leidet unter dem Fehlen an geeigneten Arbeitskräften. Das Problem wird dadurch erschwert, als im Jahre 1948 die meisten der Kriegsgefangenen entlassen werden, die in der Landwirtschaft tätig waren. Ein Teil von ihnen hat allerdings schon im letzten Herbst den Antrag gestellt, freiwillig in Frankreich weiter arbeiten zu dürfen, wodurch der französischen Landwirtschaft etwa 40 000 Arbeitskräfte erhalten bleiben. Zur Einbringung der Ernte hat die französische Regierung außerdem italienische Saisonarbeiter verpflichtet.

Die weitere Entwicklung der französischen Landwirtschaft war aber doch von anderen Faktoren abhängig. In der Kriegszeit war der Düngemittelverbrauch auf ein Minimum zurückgegangen. Schon im Erntejahr 1946/47 konnten den Bauern wieder 300 000 t Kali zur Verfügung gestellt werden gegen 300 000 t im letzten Vorkriegsjahre. Im Jahre 1948/49 rechnet man mit einer Kalizuteilung von 390 000 t. Die Verwendung von Stickstoffdünger, der wohl zum großen Teil aus dem Ausland bezogen werden muß, erreichte jedoch noch nicht wieder den Vorkriegsstand. Auch die Verwendung von Phosphatdüngemitteln wird erst im laufenden Jahre wieder auf das Niveau von 1938 kommen. Der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen konnte weitgehend behoben werden, da die französische Eisenproduktion sich in der Nachkriegszeit gut erholt hat. Trotzdem wurden noch ansehnliche Mengen von landwirtschaftlichen Maschinen importiert. Im Jahre 1948/49 werden voraussichtlich 30 000 Traktoren eingeführt, die in den Gegenden des Landes Verwendung finden sollen, in denen Mangel an Zugtieren besteht. Im laufenden Jahre sind weiter zur Behebung der Knappheit an Saatgut 5000 t Hafer, 5000 t Gerste und 15 000 t Mais vom Auslande bezogen worden, so daß alle im Anbauplan vorgesehenen Felder mit Getreide bebaut werden konnten.

Endlich bemühte sich die französische Regierung um eine rationellere Bewirtschaftung. Der Ausbildung von Fachkräften wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ferner wurden in jedem Departement landwirtschaftliche Stellen geschaffen, die die Pläne für eine Produktionslenkung zusammenstellen und die die Aufgabe haben, die Bevölkerung über die Notwendigkeit einer Intensivierung der Landwirtschaft aufzuklären und sie über die bestehenden Möglichkeiten zu unterrichten. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden von der Landwirtschaft selbst aufgebracht.

Die zahlreichen Maßnahmen der französischen Regierung zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion haben dazu geführt, daß 1948 wahrscheinlich die Ernteergebnisse nur noch etwa ⅓ unter dem Stand der letzten Vorkriegsjahre liegen werden.

Höhere Phosphatproduktion Nordafrikas

Die Phosphatgewinnung in Algerien, Tunis und Marokko hat sich in der Nachkriegszeit im Vergleich zu 1938 ganz beträchtlich erhöht. Während 1938 der Monatsdurchschnitt nur 342 120 t betrug, stellte er sich 1946 auf 406 362 t und 1947 auf 451 502 t. In den ersten vier Monaten d. J. ist ein weiteres Anwachsen der Phosphatgewinnung festzustellen. Im Januar erreicht sie 467 269 t, im Februar 483 398, im März 516 529 und im April 443 975 t.

Noch stärker als die Produktion ist der Phosphatexport prozentual in den letzten Jahren in die Höhe gegangen. Im Jahr 1938 wurde eine Gesamtausfuhr von 282 100 t ermittelt, im Jahre 1946 von 416 734, 1947 von 426 277 t. Im April d. J. erreichte die Phosphatausfuhr 404 179 t. Von der Gesamtausfuhr gingen im Jahre 1938 88 100 t nach Frankreich und 226 000 t ins Ausland, 1946 nahm Frankreich 89 776 t auf und 326 958 t wurden ins Ausland versandt, 1947 gingen 104 284 t nach Frankreich und 320 983 t ins Ausland. Im April 1948 bezog Frankreich 138 112 t, 306 067 t wurden exportiert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Beschwichtigungsversuche im Ostblock

Die Reaktion auf das Kominform-Manifest gegen Tito, in dem die Bauern als „Kulaken" und „Kapitalisten" bezeichnet werden, und die wir bereits in unserer Ausgabe vom 9. Juli unter „Liquidierung der bäuerlichen Privatwirtschaft, vorausgesagt hatten, ist prompt eingetroffen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Urheber des Manifestes sich der Tragweite der Anschuldigungen, die sich gegen die sogenannte „bauernfreundliche" Politik Titos richteten, nicht bewußt waren, vielmehr müssen schon ziemlich triftige Gründe vorgelegen haben, die die Kominform zwangen, ohne Rücksicht auf die zu erwartende gesteigerte Mißstimmung der Bauern die Anschuldigungen zu veröffentlichen.

Der erste, der sich genötigt sah, offiziell beruhigende Erklärungen an die Bauern zu richten, ist der tschechoslowakische Ministerpräsident Zapotocky, der gegenüber den Kleinbauern die Versicherung abgab, daß sie ihr Land behalten werden, wie es von der Verfassung garantiert sei. Die ehrlichen Bauern hätten nicht zu befürchten, daß sie ihren Besitz verlieren würden. Sollte jedoch jemand Sabotage versuchen, so werde die Regierung nicht zögern, sein Land wegzunehmen. Auch die kleinen Händler und Handwerker werden ihre Geschäfte behalten können, vorausgesetzt, daß sie als Privatunternehmer die Arbeitskraft anderer nicht ausbeuten.

Auch in den anderen Ländern sind, soweit die kommunistischen Parteien die Anklageschrift gegen Tito unterzeichnet hatten, Beschwichtigungsversuche im Gange. Selbst das Zentralsekretariat der SED, also die Verantwortlichen in der Ostzone, sieht sich zu einer „Stellungnahme" gedrängt. Es erklärt, daß die Ereignisse in Jugoslawien für die ganze deutsche Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung seien, da sie im heutigen Deutschland einen fruchtbaren Boden für den Revanchegedanken bildeten, in dem verbrecherische Elemente die vorhandene Drachensaat nationalsozialistischer Propaganda ausstreuen. Obwohl es der SED gelungen sei, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft herzustellen, machten sich verschiedentlich in der Partei feindliche Einflüsse geltend, die „gegen die eindeutige Linie der Partei in der Bauernfrage gerichtet waren". Die Fehler der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zeigten, so heißt es weiter in der SED-Erklärung, welche große Bedeutung eine leninistische Linie gerade in der Bauernpolitik habe.

Um zu zeigen, wie es um die Linie bestellt ist, die von der leninistischen Bauernpolitik ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern konsequent befolgt wird, lohnt es sich, einige wichtige Sätze des Kominform-Kommuniqués kurz zu rekapitulieren: „Die jugoslawischen leitenden Persönlichkeiten — so heißt es in dem Kommuniqué — verfolgen eine falsche Politik" ... „Weil sie die individualistischen Bauern als ein Kollektiv betrachten und dabei das Wort Lenins vergessen, daß die kleinen individuellen Unternehmungen der Bauern vom Geist des Kapitalismus und des Bürgertums imprägniert sind. Die Kollektivierung der Landwirtschaft bildet die Voraussetzung für die Liquidation der kapitalistischen Elemente. Die Erfahrung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beweist, daß nur durch die Kollektivierung der Landwirtschaft die Kulaken-Klasse liquidiert werden kann."

In diesem Zusammenhang sei ab die Ausführungen Professor Laskis in „The New Republic" erinnert, in denen er nach einer Unterhaltung mit Stalin meinte behaupten zu können, daß die Elastizität der Einstellung Moskaus zum Sozialismus weit größer sei, als die Außenwelt annehme. Stalin glaube nicht, schreibt Laski, daß die russische Methode ein allgemein anwendbares Rezept sei. Stalin vergegenwärtige sich mit aller Deutlichkeit, daß die Methode aus der besonderen Lage Rußlands geboren wurde, und daß es auch andere Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft gäbe. Diese anderen Wege halte er für weniger kostspielig, aber für erheblich länger. Er erkenne ganz klar, wie überaus töricht der Versuch wäre, das russische Muster einem Land aufzuzwingen, dessen Traditionen sie nicht entsprächen.

Sollte Stalin der Auffassung sein, die Professor Laski ihm zuschreibt, so findet sie in der Praxis offensichtlich keinen Niederschlag, obwohl sie, vom Standpunkt der russischen Bestrebungen aus gesehen, als wirklich angewandte Methode zweifellos vernünftiger und infolgedessen erfolgversprechender wäre.

Agrar-Wiederaufbau Osteuropas

In der Wirtschaftsrevue Nr. 28 wurden in einem Aufsatz die heutigen wirtschaftlichen und politischen Probleme Jugoslawiens geschildert und dargelegt, daß das Land für seine wirtschaftliche Entwicklung finanzielle Hilfe brauche. Da Auslandsanleihen und Kredite nicht zur Verfügung stehen, hat die jugoslawische Regierung Anfang Juli eine Staatsanleihe aufgelegt, die nach bisherigen Meldungen ein günstiges Ergebnis zeitigen wird.

In Jugoslawien wurde der Wiederaufbau der Landwirtschaft besonders gefördert, so daß die Produktion 1947 beinahe den Vorkriegsstand wieder erreichte. In anderen osteuropäischen Staaten ist das bisher nicht möglich gewesen. Ihre Regierungen haben vielleicht die Schwierigkeiten der Agrarprobleme unterschätzt, immerhin wäre die Lage nicht so ernst geworden, wenn die Ernten nicht infolge der Trockenheit in den letzten drei Jahren stark zurückgegangen wären. Der Ernteausfall im Jahre 1947 im Vergleich zur Vorkriegszeit in den beiden wichtigsten Agrarländern Ungarn und Polen zeigt folgendes Bild:

Ungarn	1938	1946	1947
	(in Mill. dz)		
Weizen	30,8	11,2	10,0
Roggen	8,9	4,2	4,4
Gerste	7,2	4,4	4,4
Hafer	3,1	2,0	2,0
Mais	28,6	13,8	13,4
Kartoffeln	31,8	11,4	13,0
Zuckerrüben	8,7	5,3	10,3

Im letzten Jahre zeigen lediglich die Mais- und Kartoffelernte eine Erhöhung, die zu einer Steigerung des Schweinebestandes führte. Andererseits verursachte gerade das Fehlen von Futtermitteln einen Rückgang der Viehmenge. Während des Krieges verlor Ungarn etwa die Hälfte seiner Rinder, 60 % der Pferde, 75 % der Schweine. 1947 soll es etwa 87 % seines Viehbestandes wieder erreicht haben, obgleich der Futtermangel zu beträchtlichen Abschlachtungen zwang.

Polen (einschl. Westgebiete)	1938	1946 (Planziffer)	1947
	(in Mill. dz)		
Weizen	19,7	10,4	8,8
Roggen	67,4	38,1	38,0
Gerste	16,2	8,8	—
Hafer	28,3	14,5	—
Kartoffeln	302,8	230,0	240,0
Zuckerrüben	58,5	34,0	38,2

Im letzten Jahre ist in Polen nur die Kartoffelernte befriedigend ausgefallen, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die angeführten Ziffern nicht ganz zuverlässig sind. Jedenfalls ist Polen gezwungen, im Jahre 1947/48 noch ungefähr 700 000 t Brotgetreide aus dem Auslande zusätzlich zu beziehen. 1948 hofft es 12 Millionen dz Weizen zu ernten, im Anbauplan sind nur 10,4 Mill. dz vorgesehen, ferner 47,5 Mill. dz Roggen (gegen zu 52,2 im Anbauplan), 11 Mill. dz Gerste und 17 Mill. dz Hafer. Dadurch würde es in der Lage sein, sich selbst zu ernähren; es würde außerdem seine Ausfuhr von Zucker, Kartoffeln, Gemüsen, Früchten wieder aufnehmen können, ferner will es Geflügel, Eier, Schinken, Wildbret, Fische exportieren. Auch Polen hat während des Krieges einen großen Teil seines Viehbestandes eingebüßt. 68 % seines Großviehs sollen verloren sein, 63 % seiner Pferde, 70 % der Schweine, 80 % der Schafe. Eine Wiederaufholung dieser Verluste ist bisher noch nicht möglich gewesen. Die Erhöhung des Viehbestandes wird auch hier vor allem durch den Mangel an Futtermitteln verzögert. Große Mengen von Vieh sind im letzten Jahr aus den skandinavischen Ländern und Holland eingeführt worden. Zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung wurden außerdem aus der USSR und der Tschechoslowakei eine beträchtliche Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen importiert. Den polnischen Bauern kam außerdem zugute, daß die chemische Industrie des Landes 1947 etwa 473 000 t Kunstdünger zur Verfügung stellen konnte gegen nur 130 000 t im Jahr 1937/38.

In Bulgarien hat sich die Landwirtschaft noch nicht in dem vorgesehenen Maße entwickeln können, ihre Produktion hat nur etwa 75 % des Vorkriegsstandes erreicht und bleibt damit beträchtlich hinter dem Anbauplan zurück. Hier werden nach amtlichen Verlautbarungen Anstrengungen gemacht, durch bessere Bewässerung des Landes und durch vermehrte Verwendung von landwirtschaftlichen Traktoren den Ertragertrag, der vor dem Krieg bei den Getreidearten zu den schwächsten in Europa gehörte, zu erhöhen. Die Durchführung des Zweijahresplanes wird durch die bisher mangelhafte Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen — bisher werden noch vielfach Holzpflüge verwendet — und die schon erwähnte auch in den anderen Oststaaten aufgetretene langjährige Trockenheit sehr ungünstig beeinflußt. Im Laufe des Jahres 1948 soll die landwirtschaftliche Erzeugung Bulgariens um 60 % im Vergleich zum Vorjahre gesteigert werden, wobei die Anbaufläche eine Erhöhung von 6 % erfahren wird.

Endlich seien die Anstrengungen gestreift, die das kleine Albanien auf dem Gebiete der Landwirtschaft macht. Es will 1948 320 000 ha anbauen, oder 90 % mehr als in der Vorkriegszeit. Für Futtermittel allein wurde eine Fläche von 13 300 ha reserviert; damit wurde der Vorkriegsstand um rund 800 % übertroffen. Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung wird für 1948 mit 7 Mrd. leks veranschlagt, oder 185 % mehr als 1938. Auch Albanien ist darauf bedacht, seinen Viehbestand zu erhöhen und zu verbessern, der soll 1948 schon um 10 % über dem Vorkriegsniveau liegen; außerdem stellt es ansehnliche Beträge bereit zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art und investiert Gelder in den Staatsbetrieben.

Im laufenden Jahre werden die osteuropäischen Staaten sich zweifellos wieder völlig selbst versorgen können, es wird ihnen aber kaum möglich sein zu exportieren. Schwierigkeiten macht die Preisbildung: Man kann die Preise nicht so umgeschneiden lassen, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung in Frage gestellt ist. Andererseits will man durch Steigerung der industriellen Produktion den Bauern, von ihnen benötigte Geräte und Werkzeuge zur Verfügung stellen, die aber wiederum nicht zu teuer sein dürfen. Die Neuaufteilung des landwirtschaftlichen Besitzes hat zu mancherlei Problemen geführt, so zum wachsenden Bedarf an Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten und Düngemitteln. Endlich erforderte die Überführung der extensiven Bewirtschaftung in den großen Ländereien auf eine intensive in Kleinbetrieben eine Änderung in der Art der angebauten Kulturen.

Höhere Steuererträge in der Schweiz

Die in der Nachkriegszeit beobachtete günstige Entwicklung der steuerlichen Einnahmen in der Schweiz als Produkt einer außerordentlichen Hochkonjektur trifft auch im ersten Halbjahr 1948 in Erscheinung. Die Eidgenossenschaft nahm in den ersten sechs Monaten d. J. 540,8 Mill. Steuern ein oder 32 Mill. mehr als im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Die Warenumsatzsteuer allein erbrachte 238 Mill. Fr., während sie im ersten Halbjahr 1947 nur 213 Mill. Fr. abwarf. Die Kriegsgewinnsteuer erhöhte sich um fast 10 Mill. Fr. und die Wehrsteuer um fast 85 Mill. Fr. gegenüber dem Ertrag im ersten Halbjahr 1947. Dazu kommen noch die bedeutend erhöhten Einnahmen aus Zöllen, wobei die Tabak- und Bierzölle nicht berücksichtigt werden. Im ersten Halbjahr 1948 wurde eine Zolleinnahme von 325,8 Mill. Fr. erreicht gegenüber 189,2 Mill. Fr. im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Die Zölle ergaben somit einen Mehrertrag in den verflossenen sechs Monaten von rund 37 Mill. Fr. Diese günstige Entwicklung der Einnahmen des Bundes aus Zöllen und Steuern ist auf die immer noch anhaltende Vollbeschäftigung der schweizerischen Industrie zurückzuführen. In normalen Zeiten müssen also hier Rückschläge eintreten, so daß in der Schweiz auch in heutiger Zeit der Ruf um Einsparungen in allen öffentlichen Haushaltungsplänen nicht zum Verstummen kommt.

Ein Novum im Schuhhandel

In der Schweiz macht sich ein außerordentlich großer Bedarf an Schuhen geltend, der einmal zu einer Erhöhung der Schuherzeugung geführt hat und zum anderen eine Vergrößerung der Einfuhren verursachte. Im Jahre 1947 betrug die Produktionserhöhung im Vergleich zum Vorjahre 13 %; bei den Lederschuhen allein mehr als 21 %. Die Gesamtproduktion bezifferte sich auf 10,25 Mill. Paar, für den Inlandsmarkt wurden 8,66 Mill. Paar hergestellt. Diese Menge genügte jedoch nicht, um den Bedarf voll zu decken, daher wurden noch ungewöhnlich große Mengen von ausländischen Schuhen importiert. In den Jahren 1937/38 stellte sich die Einfuhr der Schweiz an Schuhen auf durchschnittlich 640 000 Paar, im Jahre 1947 erreichte sie 2,4 Mill. Paar. Vor dem Krieg stand Deutschland als Lieferant weitaus an der Spitze, heute stammen die meisten von der Schweiz importierten Schuhe aus den Vereinigten Staaten und aus Großbritannien.

Die Schweizer Schuhindustrie hat von jeher zu den wichtigeren Exportindustrien des Landes gehört. Namentlich, soweit es sich um Markenartikel handelte, waren ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkt führend. Der schweizerische Schuhexport konnte noch nicht wieder die Vorkriegshöhe erreichen, er lag 1947 mit 647 000 Paar noch immer weit unter der Vorkriegsausfuhr, die in den Jahren von 1937/38 durchschnittlich rund 1,45 Mill. Paar betrug. Die schweizerische Schuhindustrie wendet sich heute dagegen, daß die Schuheinfuhr ein mehrfaches der Schuhausfuhr beträgt, eine Erscheinung, die als völlig neu für die Schweiz angesprochen werden muß. Allerdings sind die bekannten Schuhfabriken noch derartig gut beschäftigt, daß sie heute den Exportausfall noch verschmerzen können.

Ein indirekter zusätzlicher Export findet allerdings durch die großen Schuhkäufe ausländischer Fremdgäste statt, er wird durch die Statistik nicht erfaßt.

Personalbeteiligung am Unternehmen

Bei der Generalversammlung der bekannten schweizerischen Weltfirma Brown, Boveri & Cie., Baden bei Zürich, die einen außergewöhnlich guten Geschäftsgang verzeichnet, machte der Präsident des Aufsichtsrates, Dr. Boveri, auch Ausführungen zu dem Problem der Beteiligung von Angestellten und Arbeitern am Unternehmen durch Aktienbesitz. Er erklärte, die Firma begrüße es außerordentlich, wenn Angehörige ihr Vertrauen durch Aktienkauf bekunden. Der Kauf von Aktien sei an den schweizerischen Börsen jedermann möglich. Eine jährliche Aushändigung von Aktien in Form einer Gratifikation sei jedoch nicht denkbar, da das Aktienkapital nicht willkürlich verändert werden könne.

Eine ganz andere Frage hingegen sei, ob es wirklich als zweckmäßig bezeichnet werden darf, daß die Ersparnisse der Mitarbeiter in Aktienunternehmen angelegt werden. Die Mitarbeiter seien mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz am Wohlergehen der Firma im höchsten Maße interessiert. In Krisenzeiten werden ihre Einkünfte bestimmt unter dem schlechten Geschäftsgang leiden, da der Ertrag der Aktien gefährdet ist. Infolgedessen erscheine es als viel zweckmäßiger, wenn die Ersparnisse der Arbeiter und Angestellten in erstklassigen Anleihen oder in Sparkassenbüchern angelegt werden, die sich auch bei schlechter Konjunktur nicht entwerten und als ständig verfügbare Reserve in Notzeiten herangezogen werden könnten.

Dr. Boveri erklärte abschließend, daß die ganze Diskussion um die Kapitalbeteiligung jedoch offensichtlich mehr darauf hinauslaufe, den Eindruck zu erwecken, als ob sich die Firma Brown, Boveri im Besitze einiger weniger Personen befände. Es sei indessen im Jahre 1947 festgestellt worden, daß 5665 Aktionäre bei einem Aktienkapital von 27,5 Mill. Fr. vorhanden seien. Die Zahl der Aktionäre sei ungefähr gleich groß wie die Zahl der von der Firma beschäftigten Arbeiter. Mehr als 1 pro Mille der gesamten Bevölkerung der Schweiz seien Aktionäre von Brown, Boveri. Eine demokratischere Form des Industriebesitzes liede sich bestimmt nicht mehr denken, und es sei zweifelhaft, ob das gleiche von großen staatlichen Monopolbetrieben behauptet werden könne.

Belgiens Glasprodukte zu teuer

Von unserem Benelux-Korrespondenten

nn. Die Stimmung in der belgischen Glasindustrie ist keineswegs optimistisch. Während in den ersten vier Monaten dieses Jahres die Auftragseingänge bei der Spiegelglas- und Fensterglasindustrie noch zufriedenstellend aufiefen, ist die Kaufkraft einer Reihe Absatzmärkte unaufhaltsam im Sinken begriffen, weil sie nicht über die nötigen internationalen Devisen zur Zahlung verfügen. Im Wettbewerb mit den Erzeugern Großbritanniens, Frankreichs und der Tschechoslowakei sind die belgischen Produzenten wegen ihrer hohen Gestehungskosten im Nachteil und sich im Fernen Osten haben anscheinend die Japaner das Heft in Händen, weil aus diesem wichtigen Absatzgebiet keine Aufträge mehr nach Belgien kommen. Im Nahen Osten sieht die Glasindustrie im Wettkampf mit den italienischen Erzeugern, die früher als erwartet das Exportgeschäft wieder aufgenommen haben.

Von dieser Situation ist der Glastrust „Glaces et Verres" (Claver), dem die Spiegelglashütten angeschlossen sind, am empfindlichsten betroffen. Die Bestellbücher weisen große Lücken auf, denn aus dem Ausland kommen praktisch Aufträge nicht mehr herein. Seit Anfang Juli ist die Produktion stark verlangsamt worden und dürfte in Kürze mit der Stillegung von Glaswannen gerechnet werden können.

Aber auch die Glashütten für die maschinelle Glasherstellung, die, bis auf ein Werk, sämtlich der U. V. M. B. (Union des Verreries Mécaniques Belges), Charleroi, angehören, begegnen im Exportgeschäft den gleichen Schwierigkeiten. Die Lage ist allerdings nicht so kritisch wie bei der Spiegelglasindustrie, da die Auftragsbestände noch für einige Zeit ausreichen, aber neue Bestellungen gehen nur sehr spärlich ein. Die hohe belgische Fensterglasproduktion, die seit einem Jahr über dem Friedensstand liegt, wird jetzt aus Gründen der Vorsicht gedrosselt, um Lagerabhäufungen vorzubeugen. Die Reparatur der großen Wanne bei Lodelinsart ist zwar beendet, konnte aber wegen der Marktverhältnisse noch nicht wieder in Betrieb genommen werden. Die Aussichten scheinen sich auch nicht gebessert zu haben, weil ein Teil der Belegschaft in Kürze entlassen werden soll.

Der belgisch-luxemburgische Wirtschaftsraum absorbiert etwa 15 % der Glaserzeugung, die 3 Millionen qm einfacher Stärke je Monat beträgt und wovon 85 % für die Ausfuhr bestimmt sind. Nur eine Besserung im Exportgeschäft kann die belgische Glasindustrie vor Betriebseinschränkungen und Stillegungen bewahren.

Wieder Weißblechexport

Belgisches Weißblech kann jetzt, nachdem der Bedarf für die Herstellung von Konservenbüchsen im Inland gedeckt ist, wieder mehr dem Ausland zugeführt werden. Die Erzeugung des Lütticher Werks Phénix-Works, Flemalle-Haute, das einzige Unternehmen in Belgien, das Weißblech herstellt, beträgt jährlich 20 000 bis 25 000 t. (Das neue Weißblechwerk des Konzerns John Cockerill, Seraing kommt erst Anfang 1951 in Betrieb. Der Preis beträgt je Doppelkiste 175 Shilling fob Antwerpen. Die Hauptabnehmer sind die südamerikanischen ABC-Staaten; die Geschäfte mit andern Ländern sind wegen der bestehenden Devisenschwierigkeiten unbedeutend.

Ausbau der Handelsflotte

Brüssel. Dem belgischen Senat liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Errichtung eines Fonds von 2 Mrd. b. Fr. zum Ausbau der belgischen Handelsflotte vorsieht. Die Flotte hat heute 78 % der Vorkriegstonnage.

Weltmeinung

USA-Ziel: Prosperität der Weltwirtschaft

„World Business"

William Clayton schreibt über die wirtschaftliche Stellung der USA und ihre Bemühungen, eine Gesundung Europas herbeizuführen, um damit eine Prosperität der Weltwirtschaft als Voraussetzung für den eigenen Wohlstand zu erreichen.

„Als eine der Nationen, die bemüht sind, den Rahmen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen, haben die USA den Anstoß zur Bildung von drei Organisationen gegeben, die den Wohlstand fördern und erhöhen sollen: das europäische Hilfsprogramm (ERP), die internationale Handelsorganisation (ITO) und die wechselseitigen Handelsabkommen (RTA). Das sind in einem Programm für weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt die drei Hauptelemente. Zusammengenommen repräsentieren sie das Hauptziel in der wirtschaftlichen Außenpolitik der USA. Der Grundsatz dieser Politik ist, durch Zusammenarbeit mit anderen Ländern eine Prosperität der Weltwirtschaft zu erreichen, in der sich der Handel zwischen den Nationen verhältnismäßig frei und ohne künstliche Beschränkungen abwickeln kann. Diese Politik stützt sich auf die Erkenntnis, daß der Wohlstand in anderen Ländern die Voraussetzung für unser eigenes Wohlergehen ist.

Die Regierung der USA hat die Schaffung dieser Institutionen begünstigt und beteiligt sich an internationalen Körperschaften. In der Bildung des europäischen Hilfsprogrammes und der internationalen Handelsorganisation nehmen die USA eine führende Rolle ein. Das ERP gibt der Welt ein praktisches Beispiel wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf internationaler Basis. Wirtschaftliche Gesundung Europas bedeutet für die USA, daß Europa nicht mehr so sehr auf Dollarkredite angewiesen ist. Es bedeutet, daß Europa zunehmend in der Lage ist, Güter nach den USA zu liefern, von denen sie nach wie vor abhängig sind. Und schließlich bedeutet ein gesundes Europa einen größeren und sicheren Markt für unsere Farmen und Fabriken. Ein wirtschaftlich gesundes Europa garantiert jedem Amerikaner einen höheren Lebensstandard. Im Jahre 1947 lieferten die amerikanischen Farmer pro Kopf der einheimischen Bevölkerung 371 Pfund Lebensmittel ins Ausland. Um diese hohe Produktion erhalten zu können, benötigen unsere Farmer aber ebenso dringend Importe. Um den hohen Produktionsstand der USA aufrechterhalten und um alle Arbeitskräfte voll zu beschäftigen, sind wir auf Einfuhren angewiesen.

„The Fortnightly"

Unter dem Titel „Die Stimme Europas" schreibt Sir Harold Butler, daß das deutsche Problem gelöst werden müsse, erst dann werde Frieden in Europa und eine wirtschaftliche Gesundung eintreten.

„Es gibt keinen europäischen Frieden solange Deutschland nicht ein Mitglied der europäischen Gesellschaft geworden ist. Es gibt keine wirtschaftliche Gesundung Europas, solange die deutsche Produktion nicht wieder hergestellt ist. Vor diesen Tatsachen gibt es keine Ausflucht, so schwer es für viele Europäer, die die Schrecken des Krieges noch frisch in Erinnerung haben, auch sein mag. Die Geste Churchills, mit der er auf dem Haager Kongreß die deutsche Abordnung willkommen hieß, hat nicht nur auf die Deutschen einen großen Eindruck gemacht. Niemand anders als Churchill konnte sich das erlauben. Seine Worte fanden begeisterte Aufnahme. Ein neuer Geist breitete sich aus. Es wäre natürlich falsch, anzunehmen zu wollen, daß die Lösung des deutschen Problems dadurch näher gerückt sei, oder daß Europa auf die notwendigen Vorsichtsmaßregeln, um ein Wiederaufleben einer deutschen Militärmacht zu verhindern, verzichten würde. Aber ein erster Schritt ist immerhin gemacht worden, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der ein wirklicher Friede in Europa entstehen kann. Frieden ist mehr eine Angelegenheit der Psychologie als eine Sache von Verträgen."

Die Weltwoche

Der Chefredakteur der Wochenschrift Karl von Schumacher beschäftigt sich mit der festen und entschlossenen Haltung der Westmächte gegenüber der Sowjetunion, wodurch der Aufbau einer friedlichen Welt ermöglicht werde. Die eigentliche Gefahr für Westeuropa liege nach Meinung des Verfassers in der Ziellosigkeit sowohl der Regierten als auch der Regierenden, die den kommunistischen Agenten die Tätigkeit erleichtere:

„Man muß sich im ganzen Westeuropa endlich darüber klar werden, daß Westeuropa entweder in Deutschland verteidigt werden muß, was ohne Wiederaufbau Deutschlands und ohne eine gewisse Wiederaufrüstung eben unmöglich ist, oder aber daß man, wie es lange der Plan der Amerikaner war, die ersten europäischen Verteidigungslinien erst auf den Pyrenäen halten kann. Die eine wie die andere Alternative wird wohl den Beifall der Westmächte nicht verunmöglichen, aber die Pyrenäen-Alternative bedeute zunächst einmal die Preisgabe von Frankreich, Holland, Belgien, Skandinavien, und was das für Folgen hat, das konnten die besetzten Länder im zweiten Weltkrieg zur Genüge erfahren.

In einer klaren Zielsetzung für alle diese Fragen scheint heute wirklich der Hauptsinn jeder positiven europäischen Zusammenarbeit zu liegen. Und wenn heute eine Spaltung im Ostblock unserem Kontinent unverhoffte neue Chancen bietet, dann müssen diese nun endlich zu einer ideologischen und materiellen Festigung des Westblocks ausgenutzt werden, denn nur so kann auf die Dauer die asiatische Sturmflut wirksam abgedämmt werden."

Basler Nachrichten

Der Pariser Korrespondent des Blattes schreibt im Zusammenhang mit den Beamtenstreiks, daß das Urteil darüber, was für den Staatshaushalt und für die Gesamtwirtschaft erträglich ist, nicht den Beamten zustehe, sondern dem Staat. Der Staat müsse dafür sorgen, daß sich jedermann nach der Decke strecke:

„Sicher ist, daß ein Staat ohne Autorität nicht bestehen kann. In Frankreich ist sie heute auf allen Gebieten nötiger als je. Es hat ein ungefügendes und veraltetes Rüstzeug, sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft. Der Marshall-Plan bietet ihm die Möglichkeit der Erneuerung und Stärkung seiner Produktionskraft. Aber nur dann, wenn die Kredite ungeteilt ausschließlich für die Anschaffung von Material verwendet werden." „Wenn wir lieber Getreide als Maschinen einführen", schreibt der Wirtschaftspolitiker Maurice Duverger, „wenn wir die Bequemlichkeit der Anleihen den Schwierigkeiten der Investierungen vorziehen, so werden diejenigen recht behalten, die uns die künftige Verknechtung voraussagen. Denn wir würden eine Hilfe nicht mehr entbehren können, die uns zur Gewohnheit geworden wäre. Durch einen Mechanismus gleicher Art haben die Russen sogar den Wunsch verloren, frei zu sein." „Die Wiederaufrichtung ist nur um den Preis von Entbehrungen möglich, die niemand gern auf sich nimmt und wofür die Freiwilligen nicht sehr zahlreich sind. Der Staat muß dafür sorgen, daß sich jedermann nach der Decke streckt."

— Hier abtrennen. —

An die

Mit Drucksachenporto frankieren

„Wirtschaftsrevue" Konstanz, Postfach 238

Bestellschein für einen **Probemonat**

Liefern Sie mir/uns die **„Wirtschaftsrevue"** Ausg. D

im Monat August *)

Lfd. m. monatl. Abbestellrecht *)

zum **monatl. Abonnementpreis** von . . . **DM 2.30**

L'ECONOMIE CONTINENTALE (Ausg. F) *) monatl. . . . DM 1.30
(Franz. Kurfassung)

CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E) *) monatl. . . 1.30
(Engl. Kurzfassung)

je zuzügl. 12 Pfg. Postzustellgebühr

*) Nichtzutreffendes streichen!

(Name) (Briefadr.)

(Ort) (Zone)

(Straße)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Bilanzen der Entflechtung

Verlustabschlüsse der nordwestdeutschen Eisenindustrie — Besserung im neuen Geschäftsjahr

Von unserem Düsseldorfer Korrespondenten

Etwa die Hälfte der bisher im Rahmen der Entflechtungsaktion neu gegründeten Gesellschaften der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie hat bis jetzt den Abschluß für das erste Geschäftsjahr vorgelegt. Die Berichte umfassen — entsprechend dem jeweiligen Beginn der betrieblichen Selbständigkeit — in einigen Fällen nur zwei oder drei Monate, höchstens aber sieben Monate, weil das Geschäftsjahr einheitlich bei allen entflochtenen Gesellschaften auf den Stichtag des 30. September abgestellt worden ist.

Wenn man die vorliegenden Bilanzen, von denen sich übrigens die noch ausstehenden Abschlüsse der übrigen Gesellschaften kaum wesentlich unterscheiden dürften, richtig würdigen will, muß man von der allgemeinen Situation ausgehen, in der sich die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie während der Berichtszeit befand und z. T. auch heute noch befindet. Seit dem Zusammenbruch war es deutlich geworden, daß sich die Schwerindustrie an der Ruhr in der Verlustzone befand und ihre Produktion nur fortsetzen konnte, wenn hohe Subventionen zur Verfügung gestellt wurden. Wir haben bei anderer Gelegenheit bereits darüber berichtet, daß die Zuschüsse für die Eisen- und Stahlindustrie sich bis etwa zum April 1948 — dem Zeitpunkt, da die Eisenpreiserhöhung in Kraft trat — sich auf rund eine Milliarde RM beliefen. Es ist daher durchaus nicht überraschend, wenn diese Tatsache auch in den Bilanzen der neuen Eisen- und Stahlgesellschaften zum Ausdruck kommt, und es muß festgestellt werden, daß die Unterbilanz in erster Linie nichts mit der Herauslösung der neuen Unternehmen aus ihrem früheren Konzernzusammenhang zu tun hat.

Von den uns augenblicklich vorliegenden 13 Abschlüssen der entflochtenen Gesellschaften weisen sieben diesen Verlust tatsächlich in der Gewinn- und Verlustrechnung aus, während die übrigen fünf formell mit einem Bilanzausgleich abschließen. Da die neuen Gesellschaften offenbar trotz ihrer Zusammenfassung in der Dachorganisation der Treuhandverwaltung freie Hand bei der Aufstellung ihrer Bilanzen gehabt haben, sind die tatsächlichen Verluste, die notwendigerweise durch die Lücke zwischen Selbstkosten und Preisen entstehen mußten, in verschiedener Weise in der Bilanz untergebracht worden. Hierbei kommt es eben darauf an, ob man die Subventionen als Erträge in die Bilanz einsetzt oder nicht, bzw. bis zu welcher Höhe man bereit ist, dies zu tun. Rein betriebsmäßig erscheint dies gerechtfertigt, sofern die Tatsache der durch die Festpreise nicht zu deckenden Selbstkosten als außerbetrieblicher Störungsfaktor angesehen wird, auf den das Unternehmen als solches keinen Einfluß hat. Es ist aufschlußreich, daß unter dem Posten „Erträge" Rohüberschüsse und Subventionen zusammengefaßt werden, wobei festzustellen ist — siehe die beigefügte Tabelle — daß in einigen Fällen der als Subvention ausgewiesene Ertrag den Rohüberschuß beträchtlich überschreitet.

Besonders aufschlußreich sind in den vorliegenden Bilanzen die ausgewiesenen Kredite. Es zeigt sich, daß die Zonenhauptkasse als der maßgeblichste Kreditgeber auftritt. Die Kredite gehen bis zu 20 Mill. RM. An zweiter Stelle tritt die Treuhandverwaltung als Kreditgeberin auf. Sie hat auch sämtliche Verluste, soweit sie ausgewiesen sind, übernommen. Bankkredite, also Privatkredite, spielen im Vergleich zu den beiden anderen Geldquellen nur eine untergeordnete Rolle, obwohl in verschiedenen Berichten ausdrücklich auch auf den in Anspruch genommenen Bankkredit verwiesen wird. Die Kredite sind in der Hauptsache dazu verwendet worden, die von den Konzerngesellschaften übernommenen Rohstoffvorräte zu bezahlen. Denn es stand von vornherein fest, daß sie nicht aus eigenen Mitteln beglichen werden konnten. Das Aktienkapital beläuft sich, wie bekannt, bei allen 23 Gesellschaften einheitlich auf 100 000 RM, gleichgültig, ob es sich um Werke mit einer vergleichsweise großen Kapazität und hoher Belegschaft, wie z. B. die Hüttenwerke Oberhausen AG. oder die Hüttenwerke Hörde AG., handelt oder nur um kleinere Gesellschaften mit einem Bruchteil dieser Arbeitsleistung. An eine Verzinsung der hohen Kredite kann überhaupt zur Zeit noch nicht gedacht werden. Daß jedoch ein Unternehmen schließlich auch die Kosten für seine in Anspruch genommenen Kredite eines Tages erarbeiten muß, liegt auf der Hand. Von dieser Seite können also die Bilanzen der entflochtenen Gesellschaften noch keineswegs als „privatwirtschaftlich" betrachtet werden.

Als ziemlich fiktiver, um nicht zu sagen willkürlicher Posten, erscheint uns auch die „Rückstellung", die von 8 der 13 Gesellschaften für die Bezahlung von Nutzungsgebühren an die Konzerngesellschaften gemacht worden sind. Rückstellungen, sofern sie echt sein sollen, können doch nur aus einem wirklichen Gewinn gemacht werden. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, so muß notwendigerweise ein anderes Loch aufgerissen oder vergrößert werden, um wenigstens ein Pflaster für die rückständigen Pachtgebühren zu haben. Von diesen Erwägungen scheinen auch die sechs anderen Gesellschaften ausgegangen zu sein, die auf solche „Rückstellungen" bei der augenblicklichen Gesamtlage verzichtet haben. Besonders mißverständlich scheint uns aber das Bilanzbild zu werden, wenn eine Gesellschaft Rückstellungen etwa in gleicher Höhe ausweist wie den Verlust.

Es wäre u. E. richtiger und für weite Kreise verständlicher gewesen, wenn die **allgemeine Kostenlage der Eisen-** und Stahlindustrie, sagen wir es deutlich: wenn die unheilvolle und für die gesamte Volkswirtschaft so folgenschwere Verlustwirtschaft der Eisen- und Stahlindustrie (die allerdings von ihr selbst nicht verantwortet zu werden braucht), auch im Zahlenwerk der Bilanztechnik unverhüllter zum Ausdruck gekommen wäre. Man hätte vielleicht allgemein deutlicher sagen können, daß unter kaufmännischen Gesichtspunkten dieser und jener Gesamtverlust entstanden sei, der durch Kredite und Subventionen aufgefangen worden ist.

Folgt man den Darstellungen einzelner Gesellschaften und den Äußerungen der Treuhandverwaltung, die über das zweite bis zum 30. September 1948 laufende Geschäftsjahr gemacht werden, so sind die meisten Werke im Laufe der letzten Zeit aus der Verlustzone herausgekommen. Die Eisenpreiserhöhung hat sich selbstverständlich stark auf die Selbstkostenrechnung ausgewirkt. Andererseits sind neue Gefahren für die Rentabilität entstanden durch die Erhöhung der Erzpreise. Wenn von einer Kostendeckung gesprochen wird, so dürfte damit u. E. aber kaum gemeint sein, daß die neuen Gesellschaften auch schon ihre sämtlichen Zins- und Pachtbelastungen selbst aufzubringen imstande sind. Dafür befindet sich die Eisen- und Stahlindustrie Westdeutschlands zur Zeit noch immer allzu sehr auf dem schmalen Grat zwischen Gewinn und Verlust. Überdurchschnittliche Belastungen durch Kreditkosten oder gar Dividenden können zweifellos einstweilen noch nicht verdient werden.

Sehr aufschlußreich und interessant sind die allgemeinen Bemerkungen, die die Vorstände der meisten Gesellschaften neben dem Zahlenwerk machen. Fast überall kommt zum Ausdruck, daß die Betriebsanlagen stark überaltert sind und daß hohe Reparaturbedürfnisse bestehen. Viele Gesellschaften berichten von Bauvorhaben für mehrere Millionen Mark, die entweder schon in Angriff genommen, zumindest aber vorgesehen seien. Die Kapazität war bei Abschluß des ersten Geschäftsjahres bei weitem noch nicht überall ausgelastet. Zahlreiche Hochöfen, Martinwerke und dergleichen standen noch nicht unter Feuer. In den inzwischen vergangenen Monaten des zweiten Geschäftsjahres sind in dieser Richtung beachtliche Erfolge erzielt worden. Trotzdem bleibt auch heute noch viel zu tun übrig, um die derzeit erreichbare Höchstleistung zu verwirklichen.

Der Auftragsbestand war bei den meisten Gesellschaften sehr hoch. Er belief sich im September 1947 auf durchschnittlich 4—6 Monate. Inzwischen war er weiter gewachsen, hat dann allerdings nach der Währungsreform einen Rückgang zu verzeichnen gehabt. Die Ausfuhr ist trotz großer Schwierigkeiten bereits in den Monaten des ersten Geschäftsjahres angelaufen. Einige Gesellschaften berichten sogar von guten Auslandsabschlüssen, während für andere übernormale Schwierigkeiten bestanden, wieder ins Exportgeschäft zu kommen. Auch in dieser Hinsicht hat das zweite Jahr weitere Fortschritte gebracht, und man erwartet für die nahe Zukunft weitere Exportabschlüsse, da zur Zeit über die Verhüttung schwedischer Erze in Westdeutschland für ausländische Rechnung verhandelt wird.

Aus den Bilanzen entflochtener Gesellschaften der westdeutschen Eisen- u. Stahlindustrie (erstes Geschäftsjahr)

Gesellschaft u. ehem. Konzernzugehörigkeit	Berichtsperiode	G.u.V.-Rechn.	Rohüberschuß	Subventionen	Kredite der Zo.-Hptk.	Kredite der Treuhand	Rückstellg. f. Abnutz.
Hüttenwerk Geisweid (Klöckn.-Ver. Stahlw.)	1. 7. — 30. 9.	0	1,20	0,28	2	½	0,055
Stahl- u. Röhrw. Reisholz (Ver. St.)	1. 8. — 30. 9.	—0,346	0,088	0,09	4		—
Gußstahlw. Gelsenkirchen (Ver. St.)	1. 6. — 30. 9.	—0,176	0,734	0,06	1,65		—
Stahlwerk Bochum (Weiß)	1. 3. — 30. 9.	—0,342	3,23	1,07	4,4	1,5	—
Gußstahlwerk Witten (Ver. St.)	1. 6. — 30. 9.	—0,176	0,533	—	1,36	—	0,166
Hüttenwerk Haspe (Klöckner)	1. 2. — 30. 9.	—1,084	1,66	3,6	3,6	2	—
Hüttenwerk Oberhausen (GHH)	1. 2. — 30. 9.	0	6,387	0,39	20	4,55	1,13
Stahlwerk Hagen (Hoesch)	1. 7. — 30. 9.	—0,22	0,64	0,13	4,5	0,13	—
Gußstahlwerk Witten (Ver. St.)	1. 6. — 30. 9.	—0,313	2,87	0,39	14		—
Hüttenwerk Duisburg-Meid. (Ver. St.)	1. 7. — 30. 9.	0	1,2	3,5	14	2	0,050
Hüttenwerk Hoerde (Ver. St.)	1. 2. — 30. 9.	0	10,1	8,3	18	2,6	8,2
Georgsmarienhütte (Klöckner)	1. 1. — 30. 9.	0	2,4	1	7	2	0,127

Deutsche Gesellschaften

Bartolith-Werke

Die Bartholith-Werke Erding/Oberbayern, das größte Unternehmen der Doppelsene für zementgebundene Leichtplatten, können mit ihren 180 Arbeitskräften bei Achtstundenbetrieb täglich rund 3 000 Quadratmeter Leichtbauplatten herstellen. Bei voller Ausnutzung der Maschinen und bei ausreichender Versorgung mit Kohle und Rohstoffen können die Bartholith-Werke monatlich bis zu 200 000 Quadratmeter Leichtbauplatten herstellen.

Das Berichtsjahr schließt mit einem Reingewinn von 0,68 (alle Werte in Mill. RM), der zusammen mit dem vorjährigen Vortrag von 0,85 vorgetragen werden soll. Die Betriebserlöse betrugen 4,71 (3,69) und außerordentliche Erträge 0,02 (0,14). Dagegen erforderten Löhne und Gehälter 0,96 (0,09) und Steuern 1,87 (0,47). Den Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen wurden, wie im Vorjahr 1,39 zugewiesen. Das Anlagevermögen steht mit 12,14 (11,67) zu Buch. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erscheinen mit 1,05 (1,13), Bankguthaben mit 0,81 (0,68) und Forderungen an das Reich mit 0,16 (0,17). Die Gesamtverbindlichkeiten gingen auf 1,26 (2,25) zurück. Wertberichtigungen werden mit 28,22 (26,86) und Rückstellungen mit 4,75 (3,39) ausgewiesen. Bei einem Grundkapital von 11,7 betragen die Rücklagen 7,6.

Triumph-Werke

Die Umstellung der Triumph-Werke Nürnberg AG., Nürnberg, auf Friedensfertigung brachte 1946/47 nur teilweise den erwarteten Erfolg. Die neu aufgenommene Erzeugung von gewerblichen Benzinmotoren lief befriedigend an, obgleich das Unternehmen weiterhin unter dem Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen litt. Die Belegschaft bestand aus 788 Arbeitern und Angestellten.

Bei einem Rohüberschuß von 2,11 (Vorjahr 1,53) (alle Werte in Mill. RM) und außerordentlichen Erträgen von 0,18 (0,28) schließt das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 0,88, um den sich der vorjährige Verlustvortrag auf 1 Million RM vermindert. Der Verlust wird übernommen. Anlagenabschreibungen erforderten 0,2 (0,19) und außerordentliche Aufwendungen 0,14 (0,12). Das Anlagevermögen steht mit 1,31 (1,21) zu Buch. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden mit 0,66 (0,60), halbfertige Erzeugnisse mit 2,12 (3,11) und Fertigerzeugnisse mit 0,24 (0,06) ausgewiesen. Forderungen an das Reich und Kriegsschädenansprüche erscheinen mit 3,39 (3,18). Die Rücklage für Ersatzbeschaffung von 0,62 (3,5) wird mit unter den Wertberichtigungen ausgewiesen, da sie vorläufig die Funktion einer solchen zu erfüllen hat. Eine Währungsverpflichtung beträgt 0,40 (0,46). Die Rückstellungen von 0,54 (0,97) beziehen sich vorwiegend auf Steuer- und Pensionsverpflichtungen und Instandsetzungskosten. Die Verbindlichkeiten gingen leicht auf 2,66 (2,18) zurück. Die auf den Grundstücken ruhenden Restkapitalschulden aus zwei Aufwertungshypotheken wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr ordnungsgemäß zurückgezahlt. Dagegen blieben die Höchstbetragssicherungshypotheken und Grundschuldbriefe unverändert. (Grundkapital 4 Mill. RM).

Astra-Werke

Der Umsatz der Bergedorfer Eisenwerk AG., Astra-Werke, Hamburg-Bergedorf, hat sich 1947 gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig vermindert, während er infolge Preisverbesserungen wertmäßig fast die Vorjahreshöhe erreichte. Da der dringliche Bedarf an Molkereimaschinen nur ungenügend gedeckt werden konnte, bemühte sich das Unternehmen, vorhandene Anlagen durch Ersatzteillieferungen und Reparaturen betriebsfähig zu halten. Auch in der Abteilung „Gewerbliche Kühlanlagen" blieb bei weiter steigendem Umsatz ein erheblicher Auftragsbestand.

Die flüssigen Mittel des Unternehmens machen über die Hälfte der Bilanzsumme aus. Nach Zuweisung von 50 000 RM (wie im Vorjahr) an die gesetzliche Rücklage schließt das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 30 000 (35 000) RM. Der Verlustvortrag aus 1946 vermindert sich dadurch auf 38 000 RM und wird übernommen.

Zellstoff Waldhof

Die Zellstoffabrik Waldhof, die zur Zeit in Westdeutschland über 8 nicht selbständige Werke — Mannheim, Kostheim, Kelheim, Wangen, Unterkochen und Mariathal — verfügt, hat vor einiger Zeit ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1944 veröffentlicht, über den wir bereits in Nummer 28 vom 8. Juli ausführlich berichteten. Wir brauchen daher hier kaum noch etwas nachzutragen.

Die Abschlüsse für die Jahre 1945 und 1946 sind noch nicht in endgültiger Form aufgestellt. Die Gesellschaft beabsichtigt, „diese der HV. erst vorzulegen, sobald über das Schicksal der Kriegsschädenforderungen an das Reich Klarheit besteht und die Auswirkungen der Währungsreform und des zu erwartenden Lastenausgleichs übersehen werden können." Damit geht Zellstoff Waldhof einen anderen Weg wie der größte Teil der deutschen Industrie. Die meisten deutschen Gesellschaften haben für 1945 und 1946 Bilanzen vorgelegt, aber bei Zellstoff Waldhof kann man die Zurückhaltung begreifen, da die Kriegsschädenansprüche allein 39,8 Mill. RM und damit die Hälfte des Aktienkapitals von 80,2 Mill. RM ausmachen. Dabei ist das berühmte Werk Kostheim bereits in der Bilanz 1944 voll abgeschrieben. Da aber schon in der Bilanz 1944 eine Rückstellung der Kriegsschäden in Höhe von 39,3 Mill. RM gemacht werden konnte, und die Verwaltung mitteilt, der Abschluß für 1947 ausgeglichen sein wird, ist anzunehmen, daß die Gesellschaft auch diese schwere Belastung überstanden hat und vielleicht im Verlauf des Jahres 1948 wieder zu Gewinnen kommen wird.

Metall- und Lackierwarenfabrik

Bei der Metall- und Lackierwarenfabrik AG., Ludwigsburg, gingen im Geschäftsjahr 1947 insgesamt 1½ Monate durch völlige Stromsperre verloren. Während weiterer 8 Wochen mußte mangels Tagstroms zu Nachtarbeit übergegangen werden. Infolge der minimalen Rohstoffzuteilungen mußte im Laufe des Berichtsjahres in großem Umfange die Herstellung von technischen Artikeln in Lohnarbeit übernommen werden. Auf diese Weise konnte der Umsatz trotz der erhöhten Ausfälle geringfügig gesteigert werden.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Reingewinn von 20 688 RM, der sich um den Gewinnvortrag aus 1946 auf 38 544 erhöht. Es wurde beschlossen, diesen Gewinn vorzutragen (i. V. 4% Dividende). Den schwer bewertbaren Vermögenswerten in Höhe von 423 183 stehen offene Rücklagen und Wertberichtigungen nebst dem Gewinnvortrag in Höhe von 432 042 gegenüber. Im Gegensatz zum Vorjahre verliefen die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres ohne nennenswerte Störungen. Die Umsätze lassen eine steigende Tendenz erkennen, wobei sich das Schwergewicht in noch stärkerem Maße als bisher auf die Durchführung von Lohnarbeiten verlagert. (Grundkapital: 0,5 Mill. RM).

Baumwollspinnerei Kolbermoor

Bei der Baumwollspinnerei Kolbermoor (Obbay.) war der Verlauf des Geschäftsjahres 1947 im wesentlichen durch die beiden Faktoren Rohstoff und Kraftversorgung bestimmt. Ausreichende Zuweisungen von USA-Baumwolle, die zum größten Teil zur Erfüllung der OMGUS-Exportkontrakte dienten, ermöglichten eine fortlaufende Beschäftigung. Lediglich die unzureichende Kohle- und Energieversorgung verursachte zeitweilige Betriebseinschränkungen. Durch die weiter erhöhte Zahl der laufenden Spindeln wurde gegenüber dem Vorjahr eine Produktionssteigerung erzielt. In der Bilanz ist das Anlagevermögen mit (in Mill. RM) 3,11 aktiviert, darunter Beteiligungen mit über 1,35. Im Umlaufvermögen erscheinen u. a. Vorräte mit 0,048, Lieferungs- und Leistungsforderungen mit 0,271, Forderung an Konzernunternehmen mit 0,050, Bankguthaben mit 1,055 und sonstige Forderungen mit rd. 0,052. Die Passiva weist Rücklagen mit 1,37 (darunter für Werkserneuerungsrücklage 0,3) aus, ferner Rückstellungen mit rd. 0,368 und Gesamtverbindlichkeiten mit rd. 0,384. Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält u. a. Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von rd. 0,187. Ausweispflichtiger Rohüberschuß: 1 236 141,44 RM. Der Jahresabschluß ergibt nach Aufwendungen von RM 888 327,44 für Steuern (ohne Umsatzsteuer) einen Jahresgewinn von 38 156,27 RM., der sich um den Verlustvortrag aus 1946 in Höhe von 38 221,88 RM auf 24 645,33 RM ermäßigt. Er soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. (Grundkapital: 4 Mill. RM).

Spinnerei und Weberei Pfersee

Im Geschäftsjahr 1947 der Spinnerei und Weberei Pfersee, Augsburg, wurde die Wiederingangsetzung stillgelegter und abmontierter Fabrikationsmaschinen in allen Werken fortgesetzt. Die Rohstofflage war in der Hauptsache durch das OMGUS-Programm gesichert. Die hierfür angelieferte Baumwolle wurde fast ausschließlich für den Export verarbeitet. Außerdem hatte das Unternehmen noch Lohnveredlungsgeschäfte mit dem Ausland abgeschlossen, die eine volle Ausnutzung der in Betrieb befindlichen Maschinen ermöglichten. Die Erzeugung für den Inlandsbedarf blieb sich in bescheidenen Grenzen. Insbesondere da auch Zellwollzuteilungen nur in geringem Ausmaß erfolgten. Der Rohertrag wird mit 2,12 Mill. ausgewiesen. Der Jahresabschluß weist nach Aufwendung von 0,020 für Steuern (ohne Umsatzsteuer) einen Jahresgewinn von 0,03 aus, durch den sich der Verlustvortrag aus 1946 von 0,234 auf 0,213 ermäßigt. Die o. HV. beschloß, diesen Verlust vorzutragen. (Grundkapital 4,8 Mill.). — Auch bei der Tochtergesellschaft, der Spinnerei und Weberei Kempten, Kempten (Allgäu), sind im Geschäftsjahr 1947 trotz des anhaltenden Facharbeitermangels und anderer Schwierigkeiten in der Ausnutzung der Produktionsanlagen, Fortschritte zu verzeichnen. Die Produktion war allerdings fast ausschließlich für den Export bestimmt. Herstellungsgenehmigungen für den Inlandsbedarf waren seit April 1947 nicht mehr zu erhalten. Der Jahresabschluß weist nach Aufwendung von 0,289 für Steuern (ohne Umsatzsteuer) einen Jahresverlust von RM 3 130 aus, durch den sich der Verlustvortrag von 1946 auf 0,31 erhöht. Auch hier wurde der Verlust vorgetragen. (Grundkapital: 1,8 Mill.).

Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei

Im Geschäftsjahr 1947 litt die Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei in Kollnau (Baden) besonders unter dem Mangel an Strom und Hilfsmaterialien. Wie im Vorjahr war es für die französische Militärregierung mit Lohn- und mit der Erledigung von Zonenaufträgen beschäftigt, wofür die nach der Maschinenentnahme verbliebenen Webstühle voll eingesetzt werden konnten. Diese Beschäftigung, in Verbindung mit einer Erhöhung der Spinn- und Webmargen verhinderte weitere Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Gewinn von 20 918 RM, um den sich der Verlustvortrag aus 1946 auf 12 425 vermindert. Der Jahresertrag wird mit 1,13 Mill. (0,87) ausgewiesen. (Grundkapital: 1,2 Mill. RM).

Württembergische Leinenindustrie

Der Umsatz der Württembergischen Leinenindustrie AG., Blaubeuren hat sich 1947 in allen Betriebsabteilungen wesentlich erhöht. Das finanzielle Ergebnis entspricht jedoch wegen der stark gedrückten Preise für Ausfuhrgewebe nicht völlig der Steigerung. Die vordringlichen Reparaturen an den Arbeiterwohnungen erforderten erhebliche Aufwendungen. Der vorliegende Auftragsbestand sichert die Beschäftigung für eine Reihe von Monaten. Wegen des Mangels an Fachkräften können die Werksanlagen aber nicht voll ausgenutzt werden.

Bei einem Rohertrag von 0,41 Mill. RM verbleibt nach Abzug der Aufwendungen einschließlich 0,03 Mill. Anlagenabschreibungen ein Gewinn von 0,005 Mill., um den sich der Verlustvortrag auf 0,31 Mill. RM ermäßigt. (Grundkapital 0,420 Mill. RM.)

Neue Augsburger Kattun

Erzeugung und Umsatz der Neuen Augsburger Kattunfabrik, Augsburg, haben sich im Geschäftsjahr 1947 infolge der zunehmenden Bedeutung von Ausfuhrgeschäften, die besonders im zweiten Halbjahr die Druckerei fast vollständig in Anspruch nahmen, erhöht. Neben den zentral gelenkten Omgus-Exporten kam auch das individuelle Ausfuhrgeschäft wieder in Gang. Die Wiederaufbauarbeiten schritten im laufenden Geschäftsjahr weiter fort.

Das Berichtsjahr schließt bei einem Rohüberschuß von 3,45 (Vorjahr 2,94) (alle Werte in Mill. RM) mit einem Gewinn von 0,14. Der vorjährige Verlustvortrag vermindert sich dadurch auf 0,31 und soll auf neue Rechnung übernommen werden. Das Anlagevermögen hat sich auf 1,81 (1,7) erhöht. Unter dem Umlaufvermögen von 4,88 (4,6) erscheinen Vorräte mit 2,89 (1,46). Die Kriegsschäden werden unvermindert mit 1,81 ausgewiesen. Die Gesamtverbindlichkeiten stiegen von 0,83 auf 1,03. Bei einem Grundkapital von 4,8 erscheinen die Rücklagen unverändert mit 1,17. Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen betragen 0,33 und Rückstellungen 0,7 (0,65).

Färberei Münchberg

Das Geschäftsjahr 1947 der Aktienfärberei Münchberg, Bayern, war durch einen empfindlichen Rückschlag in der Versorgung mit ausländischen Textilrohstoffen — besonders für den Inlandsmarkt — gekennzeichnet. Die Erzeugung der Spinnereien erreichte in der zweiten Jahreshälfte etwa nur 34% ihrer Kapazität. Die Buntwebereien waren durchschnittlich nur zu 30 bis 40% beschäftigt.

Der Rohüberschuß ging auf 1,72 (Vorjahr 1,8) (alle Werte in Mill. RM) zurück. Nach Anlagenabschreibungen von 0,13 (0,12) und Steueraufwendungen von 0,63 (0,65) verbleibt ein Reingewinn von 0,12, der sich um den Gewinnvortrag auf 0,13 erhöht. Daraus werden, wie bereits gemeldet, 3% Dividende auf die Stammaktien und 6% Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt. 0,07 werden vorgetragen. Das Anlagevermögen wird mit 1,14 (1,11) ausgewiesen. Das Umlaufvermögen von 5,34 (3,5) umfaßt Vorräte von 1,15 (0,76) und Bankguthaben von 0,4 (0,30). Die Gesamtverbindlichkeiten haben sich auf 0,78 (0,81) ermäßigt. Die Rückstellungen erscheinen mit 0,12 (0,30). (Grundkapital 3 Mill. RM).

Leonar-Werke

Der Umsatz der Leonar-Werke AG., Hamburg-Wandsbek, die den Übergang von der RM zur DM nach Mitteilung der Verwaltung reibungslos überwand, hat sich im Juli 1948 deutlich belebt, so daß für absehbare Zeit mit einem normalen Arbeitsablauf gerechnet wird. Im Geschäftsjahr 1947 ruhte die Fertigung wegen der durch den harten Winter verursachten Schwierigkeiten von Januar bis Ende April. Auch im Sommer wurde sie durch den Kohlenmangel nochmals längere Zeit unterbrochen. Im übrigen wurde in einem gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich verringerten Umfange gearbeitet. Der Absatz der Erzeugnisse beschränkte sich auf das Inland, hauptsächlich die britische und amerikanische Zone. Aus allen früheren Absatzgebieten besteht jedoch lebhafte Nachfrage nach den Erzeugnissen des Unternehmens, so daß die Ausfuhr voraussichtlich im laufenden Jahre wieder aufgenommen werden kann.

Das Berichtsjahr schließt mit einem Gewinn von 0,11 (in Mill. RM), der sich um den vorjährigen Verlustvortrag auf 0,5 ermäßigt und vorgetragen wird. Einem Rohüberschuß von 0,3 stehen Personalaufwendungen von 0,12 Anlagenabschreibungen von 0,01 und Steuern von 0,06 gegenüber. Das Anlagevermögen wird mit 4,32 ausgewiesen. Das Umlaufvermögen von 1,65 umfaßt Warenbestände von 0,11, Liefer- und Leistungsforderungen von 0,15, Kasse und Bankguthaben von 0,2 und Sonstige Forderungen von 2,16 — darunter Kriegsschäden vor Mai 1945 von 2,15. Ihm stehen Wertberichtigungen zu Posten des Umlaufvermögens von 1,66 gegenüber. Die Verbindlichkeiten betragen 0,2. Rücklagen werden mit 0,8 und Rückstellungen mit 0,7 ausgewiesen. (Grundkapital 5,5).

Preußen-Elektra

Bei der Preußischen Elektrizitäts AG., Hannover, die ihren Sitz von Berlin nach Hannover verlegt hat, konnte die Stromabgabe im laufenden Wirtschaftsjahr von 1,3 auf 1,6 Mrd. kWh erhöht werden. Infolge höherer Aufwendungen ist jedoch der Jahresertrag von 13,1 auf 8,35 Mill. RM zurückgegangen. Die Beteiligungen sind von 1,8 auf 1,3 Mill. RM zurückgegangen, die außerordentlichen Erträge jedoch von 0,3 auf 1,8 Mill. gestiegen. Gegenüber der ausgeglichenen Rechnung im Jahre 1946 ergab sich im laufenden Jahr ein Verlust von 6,4 Mill. RM, der vorgetragen wird.

Die Anlagen bilanzieren mit 88,9 Mill. RM gegenüber 136,1 Mill. vor dem Krieg. Die Beteiligungen sind unverändert mit 149,8 Mill. RM ausgewiesen. Das AK. beträgt 130 Mill., die Reserven und Fonds 62,3 und die Schulden 166,2 Mill.

H. E. W.

Die Hamburgischen Elektrizitätswerke Hamburg, deren AK. im Krieg von 80 auf 150 Mill. RM erhöht wurde, konnten 1947 die Stromabgabe von 785 auf 856 Mill. kWh erhöhen. Die Einnahmen erhöhten sich um 6,4% auf 65 Mill. RM. Der Jahresertrag stieg von 23,8 auf 30,5 Mill. RM, wozu noch außerordentliche Erträge von 7,1 Mill. hinzukommen. Nach Abzug der Anlagen und Abschreibungen ergibt sich ein Verlust von 1 Mill. RM, der sich durch einen restlichen Gewinnvortrag auf 0,6 Mill. vermindert. In der Bilanz werden die Anlagen mit 313,5 Mill. gegenüber 279,5 Mill. im Jahre 1946 ausgewiesen.

Kapitalveränderungen

bfg. Baden-Baden. Bergbau-Gesellschaft mbH. Moritz Feuerhake, Blumberg, von 20 000 RM auf 60 000 RM.

Badische Kindernährmittelfabrik Hochrhein GmbH., Grießingen, von 40 000 auf 100 000 RM und weiter auf 200 000 RM.

Gustav Raff GmbH., Villingen/Schw., von 100 000 auf 150 000 RM.

Ernst Reinhardt GmbH., Villingen, von 100 000 auf 200 000 RM.

Chemisch-pharmazeutisches Laboratorium Ravensburg GmbH., Ravensburg, von 27 000 auf 45 500 RM.

Hauptversammlungen

Habermann & Guckes AG., Berlin, am 28. 7. in Berlin. — Just & Co., Geraberg i. Thür., am 28. 7. in Ilmenau. — Lech-Elektrizitätswerke AG. Augsburg, am 28. 7. in Augsburg. — Liquidations-Casse in Hamburg AG., am 4. 8. in Hamburg. — Maschinenfabrik Turner AG., Frankfurt a. M., am 17. 8. in Frankfurt a. M. — Mechanische Weberei Ravensburg AG., Bielefeld-Schildesche, am 28. 7. in Bielefeld-Schildesche. — Moenus-Brauerei AG., Bochum-Langendreer, am 18. 8. in Bochum-Langendreer. — Passauer Industrie AG. Passau, am 5. 8. in Passau. — Spinnerei und Weberei Kottern am 30. 7. in Kottern bei Kempten. — Vereinigte Ultramarinfabriken AG. vorm. Leverkus, Zeltner & Cons., Köln a. Rh., am 29. 7. in Köln. — Zuckerfabrik Rethen AG. am 31. 7. in Rethen a. d. Leine.

Aus technischen Gründen erscheint unsere Anzeigen-Beilage erst am 30. 7. 1948

PERSONALIEN

Dem Aufsichtsrat der Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG. in Waldshut gehören an: Direktor a. D. Dr. Koepchen, Direktor Ernst Henke, Direktor a. D. Karl Peters, Direktor Fritz Sidderbusch, sämtliche in Essen aus dem Konzern des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes AG., ferner Regierungsrat Keller (Aarau), Dr. jur. Brunner in Zürich, Regierungsrat Dr. Siegrist und Regierungsrat Albert Studler, beide in Aarau, Präsident Dr. Hälg in Zürich als Vertreter der schweizerischen Gruppe und Oberbaurat Fettweiß, Karlsruhe, Direktor a. D. Roerle, Laufenburg, Direktor H. Schäfer, Essen, Kaufmann Wilhelm Wechsler, Neuß am Rhein, Präsident Dr. Anton Michel, Stuttgart.

Dr. Rheinige wurde in den Aufsichtsrat der „Neue Norddeutsche und Vereinigte Elbeschiffahrt AG., Hamburg" gewählt.

Bankdirektor Edmund Köhler von der Mitteldeutschen Kreditbank, Kassel, wurde zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Kassel ernannt. Zu Vizepräsidenten wurden bestellt Evert Habich, Willi Kneisel, Rudolf Majert und Hans Sauerwein.

Bankdirektor L. Liliger trat am 1. April bei dem Hamburger Bankhaus Conrad Hinrich Donner als Generalbevollmächtigter ein.

Dr. Menden wurde in den Aufsichtsrat der im Rahmen der Konzernentflechtung im Juni 1947 neugegründeten Hüttenwerke Geisweid AG., Geisweid, gewählt.

Direktor Hermann Enzensberger, München, ist aus dem Aufsichtsrat der „Fränkische Licht- und Kraftversorgung AG., Bamberg" ausgeschieden. Dem Aufsichtsrat wurde Direktor Dr.-Ing. Adolf Schmelz, München, neugewählt. Dem Aufsichtsrat gehören nunmehr an: Dipl.-Ing. Florian Schmid, München, Vorsitzer; Adolf Wächter, Höhenkirchen bei München, stellvertr. Vorsitzer; Bruno Bereuter, Köln; Dr. Josef Hertlerich, München-Pasing; Dr.-Ing. Adolf Schmelz, München; Ernst Weber, Bamberg. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus: Otto Wächter, Bamberg und Benedikt Polowy, Bamberg, Stellvertreter.

Dr. Felix Ullscheck wurde 60 Jahre alt.

In Konstanz starb, 41 Jahre alt, Hans E. Rosenberg, der sich als Fachschriftsteller in Fragen des Luftverkehrs im Inland und Ausland Ansehen erworben hat. Die Wirtschaftsrevue, die eine Reihe sehr instruktiver Beiträge Rosenbergs veröffentlichen durfte, verlor an ihm einen besonders geschätzten Mitarbeiter.

Friedrich Michael, Gründer der Firma Dr. Felix Ullscheck, Halle/Saale, Gr. Märkerstr. 6—7, ist an einem Schlaganfall im Alter von 76 Jahren verstorben.

Prof. Dr. Kurt Fischer, Gründer und Leiter der Hochspannungs-Gesellschaft Fischer & Co., Köln, ist verstorben.

Der bekannte deutsche Nationalökonom Wilhelm Lautenbach ist im Alter von 58 Jahren gestorben.

Schnelle Betriebsumstellung!

Die völlig neue Wirtschaftssituation verlangt schnelles Anpassen des Betriebes sowohl in der Fabrikation wie im Vertrieb. Die vorhandene Kapazität, Maschinen, Rohstoffe, Lagervorräte, Arbeitskräfte wollen Sie geschickt den neuen Bedürfnissen angleichen. Aber Sie möchten auch einen Mann neben sich haben, dem Sie vertrauen können und der mit Ihnen denkt. Fragen Sie die erfahrenen Spezialisten der

Industrie-Finanz GmbH.

Dr. jur. H. G. Hisam

Tübingen, Karlstraße 15, Telefon 31 88.

Plakatemalen Leicht gemacht!

DM 1.60 Nachnahme 60 Pfg. mehr.

bietet eine Lehrbroschüre (Kunstdruck) 48 Abbildungen — 21 Übungen. Werbefilmer Werkstätte direkt und liefert sofort Mehrfarben-Klarsichtplakate über Anzl.-Lager „Ruhr" Karl Kralisch, Duisburg-Hamborn, Lilienstr. 5, Postscheck Essen 797 87, Niederlassungen: Köln und Frankfurt a. M.

Wir liefern wieder in alter Friedensqualität

in beschränktem Umfang bezugscheinfrei an Groß- und Einzelhandel

Hela-Grob

Waschmittel für Weiß- u. Buntwäsche, grobes Paket Verbr.-Preis DM —.52.

Hela-Fein

Waschmittel für feinste Seidenwäsche, grobes Paket Verbr.-Preis DM —.57. Versand erfolgt in Leihkisten.

Generalvertreter des Hela-Werks für die Westzonen: Fa. Rudolf Frahm, Hamburg 39, Beim Jacobistift 9a, Tel. 53 57 48.

JABCHEMIE

Ein Begriff für Lieferungen!

Flüssige Seifen, Klebstoffe, alle Arten Fußbodenpflegemittel, Handwaschpasten etc., Industriebedarf, div. Haushaltsartikel. Wir versorgen Sie weiterhin wie bisher mit unseren eigenen Erzeugnissen. Über 2000 Großhändler werden laufend von uns beliefert, desgleichen sprechen über 4000 verschiedene Großverbraucher, Behörden, Krankenhäuser, Kliniken, Industrien für meine Leistungsfähigkeit. Neben Ihr Warenangebot kann Ihnen bald unser Werk helfen. Vertreter und andere Verkaufsgruppen wollen unverbindlich meine Angebote einholen. Ich errichte laufend für leistungsfähige Großabnehmer auf eigene Rechnung Servicevertrieb bzw. Alleinvertriebsrechte. Auch werden noch einige Vertreter, welche an intensivem Arbeiten gewohnt sind und sich eine Dauerexistenz schaffen wollen, eingestellt.

Josef August Bauer

chem.-techn. Produkte, Industrieerzeugnisse

KLEIN-AUHEIM/MAIN, SCHILLERSTRASSE 44

Telegramme: Jabchemie; Telef.: Amt Hanau 144 und 449

Die internationale Wochenzeitung „Der Standpunkt"

Erscheinungsort Meran, nunmehr auch in Deutschland erhältlich. Abonnementspreis jährlich DM 51.-, halbjährlich DM 26.- zuzüglich Versandspesen durch

Eduard Pohl & Co.

Buchhandlung G. m. b. H., München 13, Türkenstr. 68 (Postscheckamt München Nr. 195).

Bei Steuerbilanzierung

beraten Sie gewissenhaft und vertraulich die erfahrenen Spezialisten der

Industrie-Finanz GmbH.

Dr. jur. H. G. Hisam

Tübingen, Karlstraße 15, Telefon 31 88.

Welt-Warenmärkte

Steigende Kautschukproduktion

Der britische Handelsminister Wilson erklärte auf der Londoner Juni-Tagung der Gummi-Sachverständigen, die Welterzeugung an Naturkautschuk habe jetzt einen für die heutigen Verwendungszwecke genügend hohen Stand erreicht. Es sei daher an der Zeit, neue Verarbeitungsmöglichkeiten ausfindig zu machen, damit nicht in naher Zukunft das Angebot die Nachfrage [illegible] überwiege. [illegible]

Die Rohgummigewinnung hat sowohl in den Malayen-Staaten, wie in Niederländisch-Indien eine sehr befriedigende Entwicklung genommen. Die Weltproduktions-Schätzungen an Naturkautschuk belaufen sich für 1948 auf 1,50 Mill. t und für 1949 auf 1,55 Mill. t. [illegible]

In Verbindung hiermit sei weiter erwähnt, daß die Bemühungen, in den USA einen künstlichen Kautschuk herzustellen, der qualitativ dem Naturprodukt gleichkommt, einen erfolgreichen Verlauf nehmen.

[illegible]

Londoner Gummipreise (in Shilling und Pence je lb)

[illegible]

Getreide

Der Internationale Weizenrat trat in der zweiten Juliwoche unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammen, um über das kürzlich aufgestellte Abkommen zu verhandeln. [illegible]

Weizenpreise Winnipeg

[illegible]

Maispreise Chikago

[illegible]

Haferpreise Chikago

[illegible]

Roggenpreise Winnipeg

[illegible]

Gerstenpreise Winnipeg

[illegible]

Fette

[illegible]

Zucker

[illegible]

New Yorker Zuckerpreise

[illegible]

Kakao

[illegible]

Tee

[illegible]

Baumwolle

[illegible]

New Yorker Baumwollnotierungen

[illegible]

Bombay

[illegible]

Alexandria

[illegible]

Wolle

[illegible]

Jute

[illegible]

Leder

[illegible]

Metalle

[illegible]

Notenkurse in Zürich 21. Juli 1948

1 $	USA	[illegible]
1 £	England	[illegible]
100 Fr.	Frankreich	[illegible]
100 bfrs.	Belgien	[illegible]
100 hfl.	Holland	[illegible]
100 L.	Italien	[illegible]
100 Kr.	Norwegen	[illegible]
100 Kr.	Schweden	[illegible]
100 Kr.	Dänemark	[illegible]
100 Sch.	Österreich	[illegible]
100 For.	Ungarn	[illegible]
100 Kc.	Tschechoslowakei	[illegible]
100 Esc.	Portugal	[illegible]
100 Ptas.	Spanien	[illegible]
1 £	Türkei	[illegible]
100 Pes.	Argentinien	[illegible]
100	Silbermark Deutschland	[illegible]
100 DM	**Deutschland**	[illegible]

Europäische Filiale der Weltbank

Amsterdam. Nach einer Mitteilung amerikanischer Finanzkreise soll in Amsterdam eine europäische Filiale der Weltbank errichtet werden.

Neue Banknoten in Rumänien

Bukarest. In Rumänien werden neue Banknoten mit dem Zeichen der rumänischen Volksrepublik in den Verkehr gebracht.

Schiffahrts-Nachrichten

Frankreich

[illegible]

Norwegen

[illegible]

Australien

Das „AUSTRALIAN SHIPPING BOARD" [illegible]

England

[illegible] „CITY OF OXFORD" [illegible] „CITY OF BIRMINGHAM" [illegible]

Schweden

[illegible]

Bedenkliche Kursentwicklung

Für die Wiedereröffnung der westdeutschen Börsenplätze dürfte weniger die Notwendigkeit des Börsengeschäfts als solches maßgebend gewesen sein, als vielmehr die Schaffung einer ungefähren Bewertungsgrundlage der Effekten im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bekanntgabe des Lastenausgleichs. [illegible]

Es zeigte sich, daß die neuen Kurse, abgesehen von einzelnen Ostpapieren, fast ausschließlich Geldkurse waren, d. h. daß Effekten gesucht wurden. [illegible]

[illegible]

Frankfurter Effektenbörse

	18. Juni	16. Juli 48
Industrie-Aktien		
A.E.G.	[illegible]	[illegible]
Bekula	[illegible]	[illegible]
Elektr. Lieferungen	[illegible]	[illegible]
Elektr. Licht u. Kraft	[illegible]	[illegible]
Bremsmetall Borsig	[illegible]	[illegible]
Banken		
Commerzbank	[illegible]	[illegible]
Deutsche Bank	[illegible]	[illegible]
Dresdner Bank	[illegible]	[illegible]
Reichsbank	[illegible]	—
Verkehr		
Hapag	[illegible]	[illegible]
Norddeutscher Lloyd	[illegible]	[illegible]
Versicherungen		
Allianz u. Stuttg. Verein	[illegible]	[illegible]
Allianz Leben	[illegible]	[illegible]
Freiverkehr Aktien		
Charlottenburger Wasser	[illegible]	[illegible]
Dessauer Gas	[illegible]	[illegible]
Deutsche Waffen	[illegible]	[illegible]
Gutehoffnungshütte	[illegible]	[illegible]
Schwab. Zellstoff neue	[illegible]	[illegible]
Thür. Zellwolle NA	[illegible]	[illegible]
Thür. Zellwolle J.A.	[illegible]	[illegible]
Phrix	[illegible]	[illegible]
Pfandbriefe		
Dtsch. Centralbod. Pfdbr.	[illegible]	[illegible]
4% Meininger Pfandbr.	[illegible]	[illegible]
4% Pr. Ldspfdbr. Anst.	[illegible]	[illegible]
Industrieanleihen (Osten)		
Sächs. Werke	[illegible]	[illegible]
AKs. Dresden	[illegible]	[illegible]
(Westen)		
Krupp v. 36	—	[illegible]
Gelsenberg Benzin	[illegible]	[illegible]
Aug. Thyssen	[illegible]	[illegible]
Hoesch v. 44	[illegible]	[illegible]

STUTTGART: sehr fest

An der Stuttgarter Börse zeigte die Kursentwicklung der ersten drei Börsentage sprunghaft steigende Tendenz. Wir bringen im folgenden einige Kurse und zwar für jedes Papier in der Reihenfolge: 14.7., 16.7., 19.7. Dabei sei darauf verwiesen, daß weiter starke Materialknappheit herrscht und fast alle genannten Kurse Geldkurse sind. [illegible]

DÜSSELDORF: überwiegend Nachfrage

Die Rheinisch-Westfälische Wertpapierbörse wurde am 14. Juli wieder eröffnet. [illegible]

FRANKFURT: fest

Als erste Börse der Westzonen eröffnete Frankfurt am 14. Juli nach vierwöchiger Pause wieder seine Pforten. [illegible]

NEW YORK: flau

Die Tendenz war in Wall-Street während der Woche vom 12. bis 17. Juli sehr flau. [illegible]

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg